

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidiums Leipzig und des Stadtrats zu Groitzsch.

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volt und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pf. Telefon Sammelnummer 72206 — Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Insetenpreise: Die 10seitige Kolonelzeile 35 Pf., bei Blattvorricht 40 Pf.
Stellenangebote 10 Pf., Kolonelzeile 25 Pf., Familienanzeigen von Privaten
die 10 Pf., Kolonelzeile mit 50% Nachlaß. Reklamezeile 2 Mt. Inserate v. ausw.
die 10 Pf., Kolonelzeile 40 Pf., bei Blattvorricht 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweinhaber und alle Postanstalten entgegen

Die Abrechnung mit Mussolini.

Er ist nur ein Caligula.

Berlin, 9. Februar.

Während wohl die Mehrheit des deutschen Volkes mit den Gründzügen einverstanden ist, wie sie vom deutschen Außenminister, vom Genossen Stumpf und in würdigen Worten vom Präsidenten Löb am Schlusse der Sitzung für den Verfecht der Völker untereinander und die Tolerierung von Minderheiten in einzelnen Ländern betont wurden, gibt es doch auch Gruppen im Reichstage, die diese Grundsätze heftig bekämpfen und Mussolini entweder direkt verteidigt oder seine Gewaltspolitik als gerechtfertigt oder mindestens als verständlich erklärt haben: Es sind dies die Deutschnationalen, Kommunisten und die Völkischen. Nichts wäre verschieferter, als nun so zu tun, als hätte es gegenüber den unerhörten Angriffen und Belästigungen, die sich Mussolini Deutschland gegenüber geleistet hat, eine einzige geschlossene und entschlossene Abwehrfront im Reichstag gegeben. Möchten die Herren Dr. Spahn, Stöcker und Reventlow von ganz verschiedener Auffassung ausgehen, ihre Ausführungen ließen doch auf eine Rechtfertigung Mussolinis hinaus. Dass es Deutschnationale und Völkische sind, die die Einheitsabwehrfront durchbrochen, sie, die doch sonst nicht genug darüber zu zeitern wissen, dass das deutsche Volk gegen das Ausland nicht eifrig aufzutreten wisse; ist ein blutiger Witz der Gelächte und wird vielen ihrer Anhänger und Nachläufer die Augen über den immer gepredigten Grundsatz öffnen: Das Vaterland über die Partei! Dass diese Lehre zahlreichen Zuhörern gleich an Ort und Stelle gegeben wurde, hat besonderen Wert. Die zahlreich erschienenen ausländischen Vertreter werden sich über diesen beispiellosen Vorgang ihre besonderen Gedanken machen und wohl auch entsprechend nach Hause berichten. Die deutsch-nationale Fraktion hat durch ihren Sprecher, Dr. Spahn, klar und deutlich erklärt lassen, sie habe mit der Abwehraktion der Regierung gegen Mussolini nichts zu tun; er sagte ausdrücklich, seine Fraktion sei dadurch in einer unangenehmen Lage gekommen, dass sich die Regierung bei ihrem gestrigen Verlangen auf die deutsch-nationale Interpellation bezogen habe; für sie gelte es jetzt eine deutliche Scheidelinie zu ziehen, den ursprünglichen Stand wiederherzustellen und zu erklären, die Interpellation sei von ihr nicht vor allem wegen der deutschen Minderheit in Südtirol, sondern wegen deutschen Minderheiten in andern Ländern eingebrochen worden. Das ist auch für diejenigen deutlich, die geglaubt haben, die deutsch-nationale Seele leide wegen der Leiden, die die faschistische Gewaltspolitik den Deutschen in Südtirol zufügt. Wirabeln hier nicht und erheben gegen die Deutschnationalen auch keine Vorwürfe, wir stellen mit ihren eigenen Worten nur ihre Politik fest, was zur Aufklärung über deren „vaterländische“ Politik und deren Verhalten genügen wird.

Noch weiter als die Deutschnationalen gingen ihre radikalsten Freunde, die Völkischen, für die Reventlow sprach. Der Tenor seiner Ausführungen war: Möchte doch Deutschland auch einen solchen Mann wie Mussolini haben, der so schneidige Kriegsreden hält, dann stände es um Deutschland entschieden viel besser. Um den Gegensatz noch schärfer herauszuarbeiten, unterstellte Reventlow Stresemann, dieser habe mit seinem Angebot im Februar 1925 die Deutschen Eisack-Volkrings absichtlich an Frankreich ausgeliefert. Noch schwerere Vorwürfe sind wohl kaum möglich. Selbstverständlich fehlte auch die Kampfrede gegen Locarno, Völkerverbündung und Friedenspolitik nicht. In diesem Punkte befand er sich in voller Uebereinstimmung mit dem deutsch-nationalen und dem kommunistischen Redner. Sie alle sind mit ihrem Latein am Ende, wenn an die Stelle der Vernunft tritt. Zu welch grotesken Gedankengängen die Völkischen fähig sind, zeigte Reventlow mit den Sähen, Frankreich und England ständen auf Seiten Mussolinis, in Deutschland gebe es eine Minderheit, die sogar Vorrechte vor der Mehrheit habe, das seien die Juden. Diesen müssten die Vorrechte genommen und sie selbst in ihr Heimatland Palästina verwiesen werden. Als Beweis dafür, dass Frankreich auf Mussolinis Seite steht, zitierte der Redner den — Temps. Freilich wurde er wegen dieses Unsinn ausgelacht, das socht ihn keine Minute an.

Wer etwa bestreiten möchte, dass Kommunisten und Völkische in dieser außerpolitischen Frage nicht übereinstimmen, dem sei nur er eine Sache Stöckers wiederholt, dass Chamberlain, Briand und Mussolini ein Herz und eine Seele seien. Auch sonst waren dessen Darlegungen eine förmliche Verteidigung Mussolinis. So sagte er mit besonderem Nachdruck: Mussolini müsse so handeln, er sei doch nur der Beauftragte der italienischen Bourgeoisie. Die wütste Hes- und Belästigungsrede hat Mussolini nach Stöcker gehalten, um Krieg anzugozieren und damit seine innerpolitische Lage zu bessern. So plausibel dies klingen mag, so falsch ist es trotzdem, denn mit solchen schablonenhaften Bemerkungen erklärt man weder die augenblickliche politische Lage Italiens,

noch die europäische. Was die Uebereinstimmung Mussolinis mit Briand und Chamberlain anlangt, so wird sich bald herausstellen, wie es damit aussieht. Wenn wir heute die Politik dieser drei Gruppen gleich am Anfang etwas deutlich gezeigt haben, so vor allem deswegen, um auch unseren Lesern die Möglichkeit zu verschaffen, sich ein eigenes Urteil darüber zu bilden, was jene Kreise in einer Lage wie der gegenwärtigen unter geschlossener Abwehr auf Angriffe von außen verstehen und was das deutsche Volk von ihnen zu erwarten hat, wenn sie in Deutschland je die Herrschaft erlangten.

Die Regierungsparteien gaben durch den Volksparteier Dr. Scholz eine gemeinsame Erklärung ab, worin sie sich mit der Rede Stresemanns und der Haltung der Regierung einverstanden erklären; an der Aussprache beteiligten sie sich nicht.

Die Blätter der Regierungsparteien haben sich die heutige Aktion so wundervoll gedacht, nach ihnen war ein Zweifel an der geschlossenen Einheitsfront sämtlicher Parteien des Reichstages kaum denkbar. Alles kam jedoch anders. Nicht nur Stresemann trat mit dem Anspruch hervor, er wisse sich in der Abwehr mit dem ganzen Volke eins, auch sein grösster Antipode Reventlow behauptete im Namen des deutschen Volkes zu sprechen.

Die Rede Stresemanns ist ihrem Inhalt nach eine wirtschaftliche Abwehr auf die Frechheiten Mussolinis, sie wurde mit diesem Ernst vorgebracht und mehrmals durch spontane Beifall ausgezeichnet. Die Größenwahnfinagleien, mit denen Mussolini über die Deutschen glauben höhnen zu können, wurden von Stresemann gekennzeichnet, indem er ihnen Ausdrücke des selben Mannes aus dem Jahre 1920 gegenüberstellte, die Deutschlands Kultur hoch lobpreisen. Was Stresemann dann über den Schutz nationaler Minderheiten sagte und dabei das Versprechen des italienischen Königs und der italienischen Minister beim Friedensschluss von Saint Germain an die Deutschen in Südtirol wörtlich anzog, war schlagend und eindrucksvoll. Wenn nur Teile des italienischen Volkes diese Abwehrworte erfahren sollten, so werden sie sie mit Begeisterung lesen. Das so heilig gegebene Versprechen kann kein Mussolini mit den Worten vom Italienern aus der Welt schaffen. Sehr fein hat Stresemann auch Mussolinis Schwäche darüber abgetan, dass die deutsche Regierung der Presse nicht verbietet, Angriffe gegen Italien zu richten. Mussolini vergesse eben, dass die deutsche Regierung nicht wie die italienische verfahren könne.

Gegen den bayerischen Ministerpräsidenten Held hätte Stresemann aus außen- und innerpolitischen Gründen anders vorgehen sollen; es genügt nicht zu sagen, die Außenpolitik sei Sache des Reiches, das weiß Held auch, und trotzdem hat er sich angemahnt, über außenpolitische Dinge im Landtag eine Rede zu halten, die Deutschland schädigen muss. Hier ist es notwendig, das bayerische Sonderrecht gründlich zu bestimmen, wenn nicht im weiteren Verlauf der Dinge noch von dorthin Überraschungen kommen sollen. Diese Aufgabe erfüllte dann Genosse Stumpf mit seinen Ausführungen gegen Held sehr gut. Es ist anzunehmen, dass mit der heutigen Abwehr die Angelegenheit nicht erledigt ist, sondern dass sie noch eine Weile weitergehen und wahrscheinlich auch noch den Völkerbund beschäftigen wird. Notwendig und richtig war, dass Stresemann mit Nachdruck hervorhob, dass der bedauerliche Vorgang zeigt, wie notwendig der Völkerbund als die Stelle zu betrachten sei, die der Kriegs- und Gewaltspolitik zu wehren und die Minderheiten zu schützen habe. Die deutsche Regierung hatte nur das Interesse Deutschlands im Auge, als sie jetzt einstimmig den Eintritt in den Völkerbund beschloss.

Berlin, 9. Februar.

Haus und Tribünen sind sehr stark besetzt. In der Diplomatenloge sieht man den englischen Botschafter Abernon und den österreichischen Gesandten Dr. Frank. Präsident Löb eröffnet die Sitzung um 2½ Uhr. Erster Punkt der Tagesordnung ist die Beratung der von den Regierungsparteien und den Deutschnationalen eingebrochenen Interpellation über die Lage in Südtirol. Das Wort ergreift sofort:

Reichsausßenminister Dr. Stresemann:

Der rhetorische Ausbruch des Herrn Mussolini gäbe Veranlassung, ihm in der gleichen Weise zu antworten; die deutsche Reichsregierung muss es jedoch ablehnen,

der mehr auf Massenversammlungen als auf die Aussprache mit anderen Nationen berechnet Tonart des italienischen

Ministerpräsidenten zu folgen.

Wir wollen vielmehr in aller Sachlichkeit die Vorgänge untersuchen. Die Tatsache, dass Südtirol Italien zugedroschen ist, wird von uns anerkannt, die italienische Souveränität in diesem Gebiet ist von uns stets respektiert worden und wird immer respektiert werden. Diese politische Rechtslage erübt aber nicht die Gesamt-situation. Es gibt nicht nur ein internationales Recht, sondern auch eine internationale Moral. (Beifall.) Unter lauten Hörer-Rufen verließ der Minister dann die verschiedenen feierlichen Versicherungen des Königs von Italien und der amtlichen Stellen Italiens, in denen bei der Besiegerehrung Südtirols durch Italien standig zu (Bravo!).

der deutschen Bevölkerung jenes Landes die Wahrung ihrer Kultur und des deutschen Schulwesens in Südtirol zugesagt wurde. Im Gegensatz zu allen diesen Zusicherungen hat das faschistische Regime eine bewusste Italisierung und Enddeutschung Südtirols vor genommen. Über diese nicht zu leugnende und auch von Mussolini nicht gelungene Tatsache ist die Deutschnigkeit unterrichtet. Sie ist nur verwirrt worden durch unwahre und verschleierte Einzel-nachrichten, wie die von einem Berbot der Weihnachtsbaum und der geplanten Befestigung des Denkmals Walters vor der Vogelwiese in Bozen. Die deutsche Regierung hat diese falschen Nachrichten, denen sie vollkommen fern steht, außerordentlich bedauert und die Presse zu größter Vorsicht ermahnt. Es ist auch die Verwirrung gekauft worden, dass solche falschen Nachrichten absichtlich von Propagandisten verbreitet würden. Diese bedauerlichen falschen Nachrichten ändern aber nichts an dem Gesamtatlas der Italisierung Südtirols. (Sehr wahr!) In München ist in der Tat von wenigen Privatleuten eine Bewegung zum Boykott Italiens eingeleitet worden. Hinter dieser Bewegung stehen weder die bayrische Regierung noch deutsche amtliche Stellen. Ich halte es für durchaus unangebracht, wenn einige Dutzend Leute glauben, auf diese Weise deutsche Außenpolitik machen zu können.

Diese reine Privatbewegung von unverantwortlichen Leuten hat den italienischen Ministerpräsidenten veranlasst, dem deutschen Botschafter gegenüber zu erklären, dass er amtlich die Einfuhr deutscher Waren verbieten und zum Boykott Deutschlands auffordern würde, wenn derartige Verstrebungen nicht aufhören.

Ich halte es für ein unmögliches Vorgehen, die von der Regierung gemäßigte Bewegung unverantwortlicher Kreise mit dem Deutschen internationaler Handelspolitischer Abmachungen beantworten zu wollen. Wie an anderen Staaten, so ist auch an uns die Frage gerichtet worden, wie wir uns zu einer Revision der Brenner-Grenze stellen. Unsere Antwort war selbstverständlich die, dass wir für eine solche Frage nicht die richtige Adresse sind. Österreich, nicht wir, grenzt an Italien. Wir achten Selbstbestimmungsrecht der Völker und haben nur den Wunsch, dass unseren und Österreichs Wünschen, die auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruhen, nicht in die Ewigkeit hinein die Hindernisse entgegenstehen, die wir seit 1919 erjähren. Wir können uns auch nicht der Meinung verstellen, dass es zweierlei Grenzen in Europa gibt, solche, die vertraglich garantiert und solche, die labil sind. Das, was hier die deutschen Politik an Expansionsbestrebungen unterstellt wird, ist vollkommenes Unsin. Die deutsche Deutschnigkeit hat in den letzten Jahren Italien grosse Sympathie entgegengebracht. Das hat sich erst geändert, als die Nachrichten über die Unterdrückung der deutschen Bevölkerung Südtirols sich immer mehr verstärkt.

Wenn Herr Mussolini meint, diese veränderte Haltung der deutschen Presse sei auf einen Beschluss der deutschen Regierung zurückzuführen, so vergibt er, dass man in Berlin nicht wie in Rom die Freiheit der Presse willkürlich beschränken kann.

Das Reichskabinett hat gestern den Eintritt in den Völkerbund beschlossen und ist darin bestärkt worden durch die Mussolini-Rede. Diese Rede fordert nicht nur die Enddeutschung Südtirols, sondern sie ist in der ganzen Welt als eine Kriegsdrohung aufgezählt worden gegen Deutschland und Österreich. Derartige Drohungen sind mit dem Geiste des Völkerbund schlechthin unvereinbar, unvereinbar mit ihm ist der ganze Ton, die Überheblichkeit und Machlosigkeit von Mussolinis Aussführungen, die kein Ausdruck in einer Krise zu sein braucht. (Lebh. Zustimmung.) Mussolini wendet sich gegen die deutschen Touristen und spricht von Missbrauch italienischer Gastfreundschaft, droht aber gleichzeitig Repressalien an für einen etwaigen Reisekontakt Italiens durch Deutschland. Wenn die Zahl der deutschen Touristen in Italien zurückgeht, so dürfte das nicht die Folge deutscher Maßnahmen, sondern die Folge der Mussolini-Rede sein. (Lebh. Zustimmung.) Mussolini hat einst anders über Deutschland gesprochen. Noch 1920 rührte er in einer Rede den Wert deutschen Kultus und der deutschen Arbeit für den Wiederaufbau Europas. Mussolini hat zum Anlass für seine große Aktion die Landtagsrede des bayrischen Ministerpräsidenten Held genommen, ohne den Wortlaut dieser Rede erst abzuwarten. Ministerpräsident Held hat ganz klar nur von der kulturellen Freiheit der Deutschen Südtirols gesprochen. Mir erscheint es allerdings wünschenswert, dass auswärtige Politik nur von den Reichstagen und im Reichstag gemacht wird.

Man sollte nicht durch Interpellationen die Ministerpräsidenten der Länder in die Zwangslage bringen, über Außenpolitik zu sprechen. Die Verantwortung für die Außenpolitik trägt jedenfalls nur die Reichsregierung. Wir werden im Völkerbund ihr die nationalen Minderheiten eintreten. Wir haben keine Gegenseite zum italienischen Volk und wollen mit ihm in Frieden leben. Aber zur Grundlage des Friedens gehört auch jene Selbstsicherung, ohne die ein Volk vor sich selbst nicht bestehen kann. Menjore Machiavelli ist nicht gleichbedeutend mit dem Verlust unserer Kraft. Zu diesem Gesichtsweise ich die gegen Deutschland gerichteten Drohungen mit alter Entschiedenheit zurück. (Lebh. Beifall.)

Bei der Belehrung der Interpellation gibt Abg. Scholz für die vier Regierungsparteien eine Erklärung ab, in der die Hoffnung ausgesprochen wird, dass die Ausführungen des Reichsausßenministers überall richtig verstanden werden würden. Die Drohungen und Bedrohungen des Leiters der italienischen Politik liegen in einem Augenblick ausgesprochen worden, in dem in Europa eine Atmosphäre des Friedens geschaffen werden sollte. Und das gerade zu dem Zeitpunkt, wo Deutschland in den Völkerbund eintreten will. Das deutsche Volk stimmt den Ausführungen des Ministers vollständig zu. (Bravo!)

Abg. Stampfer (Soz.):

Der Rede des Herrn Außenministers stimme ich ganz besonders in dem Punkte zu, der den Anlaß zu dem gegenwärtigen internationalen Streitfall hervorgerufen hat, ich meine die Rede, die der bayrische Ministerpräsident Held am 4. Februar d. J. gehalten hat. (Sehr gute Zustimmung bei den Soz.) Ich kann mir vorstellen, daß ein preußischer Ministerpräsident, ein anderer, als der heute hier sitzt, Anlaß nimmt, wenig freundliche Worte an die Adresse, sagen wir Polens oder Dänemarks, zu richten. Ich kann mir denken, daß ein späterer heißlicher Staatspräsident sich in gleicher Weise gegen Frankreich wendet, oder daß ein sächsischer Ministerpräsident glaubt, mit der Tschechoslowakei abrechnen zu müssen. Jede dieser Reden mag für sich ausgezeichnet sein, aber was ich mir nicht vorstellen kann, das ist die Lage des bedauernswerten Mannes, der dann hier die auswärtige Politik des Reiches vertreten muß. (Sehr wohl! bei den Soz.) Durch die Rede des bayrischen Ministerpräsidenten und durch die Antwort Mussolinis wird in einem Rieselfeldkreis geraten, aus dem wir erst durch die heutige Sitzung bestimmt werden sind. Konsequenter wäre es ja gewesen, wenn Herr Held Mussolini geantwortet hätte, aber wir sind alle dafür dankbar, daß die Konsequenz nicht gezogen worden ist. Jeder moralische Protest gegen die Unterdrückung eines Teils des deutschen Volkes würde fruchtlos zu Boden sinken, wenn er nicht ein grundlegendes Bekenntnis zu dem Freiheitsrecht aller ist. (Sehr gut! bei den Soz.) Das ist ja das Wesen jenes überspannten Nationalismus, der uns in diesem Falle als Gegner gegenübersteht, daß er empfindlich ist, wo es um seine eigene Sache geht, daß er aber die Unempfindlichkeit einer Reiche dort voraussetzt, wo es sich um andere handelt. Dieser überspannte Nationalismus brüllt, hörbarlich gesprochen, wie 1900 Shrein, wenn er meint, daß irgendwer beschuldigt, ihm nahezu zu treten. Jedes Italiener kennt die Geschichte von dem österreichischen Feldmarschall Hahnau, der wegen der schändlichen Unterdrückungen in Oberitalien eines Tages in London von Brancaccio mit den Händen gepackt und in einen Brancaccio hineingestellt wurde.

Das könnte dem italienischen Ministerpräsidenten von heute zur Verteidigung dienen. (Sehr wohl! bei den Soz.) Es sei denn, er hätte alle Absichten auf weitere Auslandseisen aufgegeben, wozu er ja auch den Erhöhung von Vocans einige Anlaß zu haben scheint. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Wie soll Herr Mussolini Freiheit und Recht den wenigen Deutschen seines Landes angedeihen lassen können, wenn er sie den 42 Millionen Italienern verweigert. Wie soll Ordnung und Freiheit in Südtirol herstellen können, wenn in ganz Italien der politische Mord, die Brandstiftung gegen politische Gegner an der Tagesordnung ist. Herr Mussolini hält sich für einen Cäsar. Er ist nur ein Vatiqua. (Lebh. Beifall.) Einem Ministerpräsidenten, dessen Regierungsmethode selbst die Barbarei ist, steht es schlecht an, andere als Barbare zu bezeichnen (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) und über die primitiv gefestigten Individuen zu sprechen, die Italiens Straßen bevölkern, wo er selber doch einmal zu den primitiv gebliebenen Individuen gehört hat. Als ein solches Individuum haben wir ihn gesehen, aber damals hat er uns besser gefallen, als jetzt in seinem Herzogsmantel. (Sehr richtig!)

Ihm am allerwenigsten steht es an, im ausgeblasenen Hochmut eines Emporkömmlings über die zu spotten, die keine so guten Schneller haben wie er. (Sehr gut! und Heiterkeit.)

Es gibt ja Leute, die glauben, daß für ganz Europa eine Mussolinische Ära bevorsteht. Herr Mussolini selbst hat das einmal verkündet. Ich glaube an die Mussolinische Ära Europas nicht.

Es ist das tragödymische Missgeschick des Faschismus aller Länder, daß wenn er einen Führer braucht, er wartet muß, bis ein Sozialist verlässt geworden ist. (Große Heiterkeit.)

An die kommende Mussolinische Ära Deutschlands glaube ich deshalb nicht, weil wir untere Mussolinische Ära schon hinter uns haben, die Schreckensära der Verschämtheitsphrasen und wir wissen, was sie uns geliefert hat. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Weil wir Freunde Italiens sind und in diesem Augenblick unzertreitbar sind, dem geistigen Italien, dessen soziale Rechte zerstreut sind, dem geistigen Italien, dessen Freiheit in mahlloser, gewaltsamer Weise getnebelt ist, darum sprechen wir in dieser Stunde die Erwartung aus, daß es Italien rechtlich gelingen wird, sich zu befreien. Möge es die Zwangsjade, die es sich in einem unbewachten Augenblick überwerfen läßt, abstreifen und den hineinstecken, der in sie hineingehört. (Brandt bei den Soz.) Nicht als Feinde Italiens stehen wir deutschen Sozialdemokraten hier. Wir könnten wir ein Italien lassen, das in der internationalen Freiheitsbewegung so viele erlauchte Vorläufer gegeben hat? Einer der reinsten und edelsten Menschen war ein Italiener, er hieß Matteotti, und das Italien Matteottis lieben wir. Und so unheilig uns die Städte ist, von der aus ein Mussolini seine Brandreden in die Welt hinausstendert, so hellig ist uns die Städte, an der ein Matteotti begraben liegt, von den ruchlosen Werkzeugen Mussolinis ermordet. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Lassen Sie mich auch sprechen von Cäsare Battisti, dem Herr Mussolini in Bozen ein Denkmal setzen will. Wer war Cäsare Battisti? Das Personalregister des österreichischen Reichsrat meldet trocken, daß er laut Urteil vom 12. Juli 1911 sein Abgeordnetenmandat verloren hat. Dahinter verbirgt sich eine tiefe Tragödie. Battisti war ein Sozialist, der bei Kriegsausbruch sich vorbehaltlos zu Solidarität mit dem eigenen kämpfenden Volke bekannte. Wie Ludwig Frank, der Deutsche, so zog der Italiener Battisti in den Krieg auf Seiten Italiens. Tollkühn, wie er war — er war kein Mussolini — ging er an die vorderste Front. Er wurde gefangen genommen und nach fortsetzter Beschlechtung als Landesverträter hingerichtet, wie in Österreich Hunderte und Tausende hingerichtet worden sind, weil sie das Recht der Volkszugehörigkeit höher stellten, als die zuständigen Staatsgrenzen. Was soll der steinerne Battisti den Südtirolern sagen? Der tote Battisti könnte ihnen sehr viel sagen! Nach den stenographischen Protokollen des österreichischen Reichsrat hat er am 8. November 1911 die Schaffung der Autonomie des Trentino, und eine totale Aenderung in der Politik der österreichischen Regierung gefordert. Die Regierung, sagte Battisti weiter, soll nicht vergessen, daß zwischen der Behandlung der Italiener in der Monarchie und der äußeren Politik ein enger Zusammenhang besteht. Heraus mit der Autonomie des Trentino. Und am 12. Dezember 1911 erklärte er:

„Wir wollen ein Ende haben mit dieser verantwortungslosen Politik. Wie es sich auch nennen möge, der Insplator dieser Verwaltungspolitik“ gegen das Trentino des Hauses gegen die italienische Nation der Verschwundung und der bländigen Gesetze für alle Völker Österreichs, sei es, wer er will, ist tatsächlich ein unzurechnungsfähiger, ein Mensch, reißt es dem Narrenhaus, hört hört! bei den Soz.) Im Namen der Zivilisation und der Humanität müssen wir laut ausschreien, und den verantwortlichen zu rufen: Weg mit der Kriegspartei, weg mit dem blutsaugenden Faschismus und weg mit den Narren, die ihn führen.“

So der tote Battisti an den lebenden Mussolini. Wir sind bereit, uns an einer Sammlung für das Denkmal zu beteiligen, unter der Bedingung, daß diese Worte in goldenen Buchstaben auf den Sockel gesetzt werden. (Sehr gut! bei den Soz.)

Herr Mussolini droht uns jetzt mit Krieg. Ueberfälle bewaffneter auf Unbewaffnete gehören zu den Spezialitäten des Faschismus, aber ich glaube nicht, daß die Methoden aus dem inneren Italien ohne weiteres auf die internationale Praxis zu übertragen ist. Die deutschen Sozialdemokraten haben eine reiche Erfahrung darin, wie man auch ohne Waffe den Kampf gegen Unterdrückung führen kann, gestützt auf die Waffe des Rechts. Auf diese Waffe des Rechts postuliert, in brüderlicher Solidarität mit unseren italienischen Freunden und mit allen freien Geistern Italiens wollen wir getroffen den Tag erwarten, an dem die Waffen des Faschismus verlöschen und die Sonne der Freiheit scheint für Italien, für Südtirol, für alle! (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Spahn (Din.): Seit der Einbringung der deutsch-nationalen Interpellation über die Unterdrückung der Deutschen

Südtirols hätten sich die Verhältnisse noch verschärft. Gegen die Gewaltpolitik Mussolinis die Stimme zu erheben, war das Recht und die Pflicht des bayrischen Ministerpräsidenten Held. Mussolini, der so gern an die Geschichte der alten Römer anknüpft, vergibt ganz, daß die alten Römer niemals die Eigentümlichkeit der von ihnen besiegten Völker unterdrückt haben. Die Mussolinirede war keine gute Begegnung zu Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

Abg. Stoedter (Kommunist): Es sei bezeichnend, daß ein Mitglied des Völkerbundsrates in so ungehöflicher Weise auf der deutschen Wiederherstellung herumtrampelt und offene Kriegsdrohungen ausstreckt, mit der Tschechoslowakei abrechnen zu müssen. Jede dieser Reden mag für sich ausgezeichnet sein, aber was ich mir nicht vorstellen kann, das ist die Lage des bedauernswerten Mannes, der dann hier die auswärtige Politik des Reiches vertreten muß. (Sehr wohl! bei den Soz.) Durch die Rede des bayrischen Ministerpräsidenten und durch die Antwort Mussolinis wird in einem Rieselfeldkreis geraten, aus dem wir erst durch die heutige Sitzung bestimmt werden sind. Konsequenter wäre es ja gewesen, wenn Herr Held Mussolini geantwortet hätte, aber wir sind alle dafür dankbar, daß die Konsequenz nicht gezogen worden ist. Jeder moralische Protest gegen die Unterdrückung eines Teils des deutschen Volkes würde fruchtlos zu Boden sinken, wenn er nicht ein grundlegendes Bekenntnis zu dem Freiheitsrecht aller ist. (Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. Hampe (Wirtsh. Bvg.) begrüßt in einer kurzen Erklärung die Ausführungen des Außenministers. Er schließt sich der Erklärung der Regierungsparteien an.

Abg. Graf Nevenklow (Böll.): Es sei bezeichnend, daß ein Mitglied des Völkerbundsrates in so ungehöflicher Weise auf der deutschen Wiederherstellung herumtrampelt und offene Kriegsdrohungen ausstreckt, mit der Tschechoslowakei abrechnen zu müssen. Jede dieser Reden mag für sich ausgezeichnet sein, aber was ich mir nicht vorstellen kann, das ist die Lage des bedauernswerten Mannes, der dann hier die auswärtige Politik des Reiches vertreten muß. (Sehr wohl! bei den Soz.) Durch die Rede des bayrischen Ministerpräsidenten und durch die Antwort Mussolinis wird in einem Rieselfeldkreis geraten, aus dem wir erst durch die heutige Sitzung bestimmt werden sind. Konsequenter wäre es ja gewesen, wenn Herr Held Mussolini geantwortet hätte, aber wir sind alle dafür dankbar, daß die Konsequenz nicht gezogen worden ist. Jeder moralische Protest gegen die Unterdrückung eines Teils des deutschen Volkes würde fruchtlos zu Boden sinken, wenn er nicht ein grundlegendes Bekenntnis zu dem Freiheitsrecht aller ist. (Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. Mattozzi (Itali.): Es sei bezeichnend, daß ein Mitglied des Völkerbundsrates in so ungehöflicher Weise auf der deutschen Wiederherstellung herumtrampelt und offene Kriegsdrohungen ausstreckt, mit der Tschechoslowakei abrechnen zu müssen. Jede dieser Reden mag für sich ausgezeichnet sein, aber was ich mir nicht vorstellen kann, das ist die Lage des bedauernswerten Mannes, der dann hier die auswärtige Politik des Reiches vertreten muß. (Sehr wohl! bei den Soz.) Durch die Rede des bayrischen Ministerpräsidenten und durch die Antwort Mussolinis wird in einem Rieselfeldkreis geraten, aus dem wir erst durch die heutige Sitzung bestimmt werden sind. Konsequenter wäre es ja gewesen, wenn Herr Held Mussolini geantwortet hätte, aber wir sind alle dafür dankbar, daß die Konsequenz nicht gezogen worden ist. Jeder moralische Protest gegen die Unterdrückung eines Teils des deutschen Volkes würde fruchtlos zu Boden sinken, wenn er nicht ein grundlegendes Bekenntnis zu dem Freiheitsrecht aller ist. (Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. Mattozzi (Itali.): Es sei bezeichnend, daß ein Mitglied des Völkerbundsrates in so ungehöflicher Weise auf der deutschen Wiederherstellung herumtrampelt und offene Kriegsdrohungen ausstreckt, mit der Tschechoslowakei abrechnen zu müssen. Jede dieser Reden mag für sich ausgezeichnet sein, aber was ich mir nicht vorstellen kann, das ist die Lage des bedauernswerten Mannes, der dann hier die auswärtige Politik des Reiches vertreten muß. (Sehr wohl! bei den Soz.) Durch die Rede des bayrischen Ministerpräsidenten und durch die Antwort Mussolinis wird in einem Rieselfeldkreis geraten, aus dem wir erst durch die heutige Sitzung bestimmt werden sind. Konsequenter wäre es ja gewesen, wenn Herr Held Mussolini geantwortet hätte, aber wir sind alle dafür dankbar, daß die Konsequenz nicht gezogen worden ist. Jeder moralische Protest gegen die Unterdrückung eines Teils des deutschen Volkes würde fruchtlos zu Boden sinken, wenn er nicht ein grundlegendes Bekenntnis zu dem Freiheitsrecht aller ist. (Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. Mattozzi (Itali.): Es sei bezeichnend, daß ein Mitglied des Völkerbundsrates in so ungehöflicher Weise auf der deutschen Wiederherstellung herumtrampelt und offene Kriegsdrohungen ausstreckt, mit der Tschechoslowakei abrechnen zu müssen. Jede dieser Reden mag für sich ausgezeichnet sein, aber was ich mir nicht vorstellen kann, das ist die Lage des bedauernswerten Mannes, der dann hier die auswärtige Politik des Reiches vertreten muß. (Sehr wohl! bei den Soz.) Durch die Rede des bayrischen Ministerpräsidenten und durch die Antwort Mussolinis wird in einem Rieselfeldkreis geraten, aus dem wir erst durch die heutige Sitzung bestimmt werden sind. Konsequenter wäre es ja gewesen, wenn Herr Held Mussolini geantwortet hätte, aber wir sind alle dafür dankbar, daß die Konsequenz nicht gezogen worden ist. Jeder moralische Protest gegen die Unterdrückung eines Teils des deutschen Volkes würde fruchtlos zu Boden sinken, wenn er nicht ein grundlegendes Bekenntnis zu dem Freiheitsrecht aller ist. (Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. Mattozzi (Itali.): Es sei bezeichnend, daß ein Mitglied des Völkerbundsrates in so ungehöflicher Weise auf der deutschen Wiederherstellung herumtrampelt und offene Kriegsdrohungen ausstreckt, mit der Tschechoslowakei abrechnen zu müssen. Jede dieser Reden mag für sich ausgezeichnet sein, aber was ich mir nicht vorstellen kann, das ist die Lage des bedauernswerten Mannes, der dann hier die auswärtige Politik des Reiches vertreten muß. (Sehr wohl! bei den Soz.) Durch die Rede des bayrischen Ministerpräsidenten und durch die Antwort Mussolinis wird in einem Rieselfeldkreis geraten, aus dem wir erst durch die heutige Sitzung bestimmt werden sind. Konsequenter wäre es ja gewesen, wenn Herr Held Mussolini geantwortet hätte, aber wir sind alle dafür dankbar, daß die Konsequenz nicht gezogen worden ist. Jeder moralische Protest gegen die Unterdrückung eines Teils des deutschen Volkes würde fruchtlos zu Boden sinken, wenn er nicht ein grundlegendes Bekenntnis zu dem Freiheitsrecht aller ist. (Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. Mattozzi (Itali.): Es sei bezeichnend, daß ein Mitglied des Völkerbundsrates in so ungehöflicher Weise auf der deutschen Wiederherstellung herumtrampelt und offene Kriegsdrohungen ausstreckt, mit der Tschechoslowakei abrechnen zu müssen. Jede dieser Reden mag für sich ausgezeichnet sein, aber was ich mir nicht vorstellen kann, das ist die Lage des bedauernswerten Mannes, der dann hier die auswärtige Politik des Reiches vertreten muß. (Sehr wohl! bei den Soz.) Durch die Rede des bayrischen Ministerpräsidenten und durch die Antwort Mussolinis wird in einem Rieselfeldkreis geraten, aus dem wir erst durch die heutige Sitzung bestimmt werden sind. Konsequenter wäre es ja gewesen, wenn Herr Held Mussolini geantwortet hätte, aber wir sind alle dafür dankbar, daß die Konsequenz nicht gezogen worden ist. Jeder moralische Protest gegen die Unterdrückung eines Teils des deutschen Volkes würde fruchtlos zu Boden sinken, wenn er nicht ein grundlegendes Bekenntnis zu dem Freiheitsrecht aller ist. (Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. Mattozzi (Itali.): Es sei bezeichnend, daß ein Mitglied des Völkerbundsrates in so ungehöflicher Weise auf der deutschen Wiederherstellung herumtrampelt und offene Kriegsdrohungen ausstreckt, mit der Tschechoslowakei abrechnen zu müssen. Jede dieser Reden mag für sich ausgezeichnet sein, aber was ich mir nicht vorstellen kann, das ist die Lage des bedauernswerten Mannes, der dann hier die auswärtige Politik des Reiches vertreten muß. (Sehr wohl! bei den Soz.) Durch die Rede des bayrischen Ministerpräsidenten und durch die Antwort Mussolinis wird in einem Rieselfeldkreis geraten, aus dem wir erst durch die heutige Sitzung bestimmt werden sind. Konsequenter wäre es ja gewesen, wenn Herr Held Mussolini geantwortet hätte, aber wir sind alle dafür dankbar, daß die Konsequenz nicht gezogen worden ist. Jeder moralische Protest gegen die Unterdrückung eines Teils des deutschen Volkes würde fruchtlos zu Boden sinken, wenn er nicht ein grundlegendes Bekenntnis zu dem Freiheitsrecht aller ist. (Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. Mattozzi (Itali.): Es sei bezeichnend, daß ein Mitglied des Völkerbundsrates in so ungehöflicher Weise auf der deutschen Wiederherstellung herumtrampelt und offene Kriegsdrohungen ausstreckt, mit der Tschechoslowakei abrechnen zu müssen. Jede dieser Reden mag für sich ausgezeichnet sein, aber was ich mir nicht vorstellen kann, das ist die Lage des bedauernswerten Mannes, der dann hier die auswärtige Politik des Reiches vertreten muß. (Sehr wohl! bei den Soz.) Durch die Rede des bayrischen Ministerpräsidenten und durch die Antwort Mussolinis wird in einem Rieselfeldkreis geraten, aus dem wir erst durch die heutige Sitzung bestimmt werden sind. Konsequenter wäre es ja gewesen, wenn Herr Held Mussolini geantwortet hätte, aber wir sind alle dafür dankbar, daß die Konsequenz nicht gezogen worden ist. Jeder moralische Protest gegen die Unterdrückung eines Teils des deutschen Volkes würde fruchtlos zu Boden sinken, wenn er nicht ein grundlegendes Bekenntnis zu dem Freiheitsrecht aller ist. (Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. Mattozzi (Itali.): Es sei bezeichnend, daß ein Mitglied des Völkerbundsrates in so ungehöflicher Weise auf der deutschen Wiederherstellung herumtrampelt und offene Kriegsdrohungen ausstreckt, mit der Tschechoslowakei abrechnen zu müssen. Jede dieser Reden mag für sich ausgezeichnet sein, aber was ich mir nicht vorstellen kann, das ist die Lage des bedauernswerten Mannes, der dann hier die auswärtige Politik des Reiches vertreten muß. (Sehr wohl! bei den Soz.) Durch die Rede des bayrischen Ministerpräsidenten und durch die Antwort Mussolinis wird in einem Rieselfeldkreis geraten, aus dem wir erst durch die heutige Sitzung bestimmt werden sind. Konsequenter wäre es ja gewesen, wenn Herr Held Mussolini geantwortet hätte, aber wir sind alle dafür dankbar, daß die Konsequenz nicht gezogen worden ist. Jeder moralische Protest gegen die Unterdrückung eines Teils des deutschen Volkes würde fruchtlos zu Boden sinken, wenn er nicht ein grundlegendes Bekenntnis zu dem Freiheitsrecht aller ist. (Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. Mattozzi (Itali.): Es sei bezeichnend, daß ein Mitglied des Völkerbundsrates in so ungehöflicher Weise auf der deutschen Wiederherstellung herumtrampelt und offene Kriegsdrohungen ausstreckt, mit der Tschechoslowakei abrechnen zu müssen. Jede dieser Reden mag für sich ausgezeichnet sein, aber was ich mir nicht vorstellen kann, das ist die Lage des bedauernswerten Mannes, der dann hier die auswärtige Politik des Reiches vertreten muß. (Sehr wohl! bei den Soz.) Durch die Rede des bayrischen Ministerpräsidenten und durch die Antwort Mussolinis wird in einem Rieselfeldkreis geraten, aus dem wir erst durch die heutige Sitzung bestimmt werden sind. Konsequenter wäre es ja gewesen, wenn Herr Held Mussolini geantwortet hätte, aber wir sind alle dafür dankbar, daß die Konsequenz nicht gezogen worden ist. Jeder moralische Protest gegen die Unterdrückung eines Teils des deutschen Volkes würde fruchtlos zu Boden sinken, wenn er nicht ein grundlegendes Bekenntnis zu dem Freiheitsrecht aller ist. (Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. Mattozzi (Itali.): Es sei bezeichnend, daß ein Mitglied des Völkerbundsrates in so ungehöflicher Weise auf der deutschen Wiederherstellung herumtrampelt und offene Kriegsdrohungen ausstreckt, mit der Tschechoslowakei abrechnen zu müssen. Jede dieser Reden mag für sich ausgezeichnet sein, aber was ich mir nicht vorstellen kann, das ist die Lage des bedauernswerten Mannes, der dann hier die auswärtige Politik des Reiches vertreten muß. (Sehr wohl! bei den Soz.) Durch die Rede des bayrischen Ministerpräsidenten und durch die Antwort Mussolinis wird in einem Rieselfeldkreis geraten, aus dem wir erst durch die heutige Sitzung bestimmt werden sind. Konsequenter wäre es ja gewesen, wenn Herr Held Mussolini geantwortet hätte, aber wir sind alle dafür dankbar, daß die Konsequenz nicht gezogen worden ist. Jeder moralische Protest gegen die Unterdrückung eines Teils des deutschen Volkes würde fruchtlos zu Boden sinken, wenn er nicht ein grundlegendes Bekenntnis zu dem Freiheitsrecht aller ist. (Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. Mattozzi (Itali.): Es sei bezeichnend, daß ein Mitglied des Völkerbundsrates in so ungehöflicher Weise auf der deutschen Wiederherstellung herumtrampelt und offene Kriegsdrohungen ausstreckt, mit der Tschechoslowakei abrechnen zu müssen. Jede dieser Reden mag für sich ausgezeichnet sein, aber was ich mir nicht vorstellen kann, das ist die Lage des bedauernswerten Mannes, der dann hier die auswärtige Politik des Reiches vertreten muß. (Sehr wohl! bei den Soz.) Durch die Rede des bayrischen Ministerpräsidenten und durch die Antwort Mussolinis wird in einem Rieselfeldkreis geraten, aus dem wir erst durch die heutige Sitzung bestimmt werden sind. Konsequenter wäre es ja gewesen, wenn Herr Held Mussolini geantwortet hätte, aber wir sind alle dafür dankbar, daß die Konsequenz nicht gezogen worden ist. Jeder moralische Protest gegen die Unterdrückung eines Teils des deutschen Volkes würde fruchtlos zu Boden sinken, wenn er nicht ein grundlegendes Bekenntnis zu dem Freiheitsrecht aller ist. (Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. Mattozzi (Itali.): Es sei bezeichnend, daß ein Mitglied des Völkerbundsrates in so ungehöflicher Weise auf der deutschen Wiederherstellung herumtrampelt und offene Kriegsdrohungen ausstreckt, mit der Tschechoslowakei abrechnen zu müssen. Jede dieser Reden mag für sich ausgezeichnet sein, aber was ich mir nicht vorstellen kann, das ist die Lage des bedauernswerten Mannes, der dann hier die auswärtige Politik des Reiches vertreten muß. (Sehr wohl! bei den Soz.) Durch die Rede des bayrischen Ministerpräsidenten und durch die Antwort Mussolinis wird in einem Rieselfeldkreis geraten, aus dem wir erst durch die heutige Sitzung bestimmt werden sind. Konsequenter wäre es ja gewesen, wenn Herr Held Mussolini geantwortet hätte, aber wir sind alle dafür dankbar, daß die Konsequenz nicht gezogen worden ist. Jeder moralische Protest gegen die Unterdrückung eines Teils des deutschen Volkes würde fruchtlos zu Boden sinken, wenn er nicht ein grundlegendes Bekenntnis zu dem Freiheitsrecht aller ist. (Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. Mattozzi (Itali.): Es sei bezeichnend, daß ein Mitglied des Völkerbundsrates in so ungehöflicher Weise auf der deutschen Wiederherstellung herumtrampelt und offene Kriegsdrohungen ausstreckt, mit der Tschechoslowakei abrechnen zu müssen. Jede dieser Reden mag für sich ausgezeichnet sein, aber was ich mir nicht vorstellen kann, das ist die Lage des bedauernswerten Mannes, der dann hier die auswärtige Politik des Reiches vertreten muß. (Sehr wohl! bei den Soz.) Durch die Rede des bayrischen Ministerpräsidenten und durch die Antwort Mussolinis wird in einem Rieselfeldkreis geraten, aus dem wir erst durch die heutige Sitzung bestimmt werden sind. Konsequenter wäre es ja gewesen, wenn Herr Held Mussolini ge

Die Pensionen der Prinzen. „Vollzvertreter“ als Fürstenanwälte.

SPD. Dem Reichsausschuss des Reichstags legte die Reichsregierung am Dienstag eine Aufführung über die Militärpensionen bezüge der ehemals regierenden Fürsten vor. Danach beziehen im ganzen 19 Fürsten bzw. ihre Witwen Militärpensionen. An der Spitze steht Prinz Heinrich mit 17127 Mill., dann folgt Prinz Leopold von Bayern mit 16283 Mill., Prinz Eitel Friedrich mit 10074 Mill. Die übrigen beziehen 7551 Mill. bis 1503 Mill. jährlich. In die Deutschnationalen rückte Genosse Dr. Rosenfeld die Frage, ob es wahr sei, daß die Deutschnationalen Abgeordnete in den letzten Wochen mit dem ehemaligen deutschen Kronprinzen über die Auseinandersetzung mit den Hohenzollern verhandelt und die Tatsache besprochen haben, die eingezogenen werden soll, um das sogenannte Hohenzollernvermögen zu schützen. Das Deutschnationale Auszugsmitglied Barth, Amtsgerichtsrat in Zwickau, sah in der Aussage Dr. Rosenfelds eine „ganz unehrenhafte Frage“. Die Beziehungen der Deutschnationalen zu den Hohenzollern gingen niemand etwas an. Die Deutschnationalen Auszugsmitglieder hätten mit solcher kaiserlichen Hoheit, dem Kronprinzen, keine Verhandlungen gehabt. Demgegenüber erklärte Dr. Rosenfeld, daß im Interesse des deutschen Volkes festgestellt werden müsse, ob Mitglieder des Reichstags sich mit interessierten Fürsten über die im Reichstag bei der Verhandlung der Fürstenauseinandersetzung zu beobachtende Tatsche verständigen.

Am 28. und 29. Januar haben nämlich im Niedersächsischen Palais und bei Hitler zwei Zusammenkünste stattgefunden, an denen der ehemalige deutsche Kronprinz, Vertreter der hohenzollerschen Vermögensverwaltung und deutschnationale Reichstagsabgeordnete teilgenommen haben. Der Kronprinz ist unmittelbar darauf nach Holland gefahren. Genosse Rosenfeld wies darauf hin, daß nach dem Fall Everling, der schon eine gewisse Aufklärung gab über die Beziehungen deutschnationaler „Vollzvertreter“ zu einem Fürstenhaus, das jetzt der zweite Fall sei, in dem sich herausstellt, daß deutschnationale Abgeordnete im Reichstag nicht als Vertreter des Volkes, sondern als Vertreter von Fürsteninteressen tätig sind. Noch einmal wiederholte Abg. Barth gegenüber dieser Feststellung die Behauptung, daß die Deutschnationalen Mitglieder des Ausschusses nicht die Ehre gehabt hätten, mit der Kaiserlichen Hoheit zu sprechen. Der Fürstenanwalt Everling verwehrte sich unter allgemeiner Heiterkeit der Ausschusssitzung, daß die gekürzte Rechte der Fürstenfamilie und die Interessen des Volkes in Gegenwart gezeigt werden. Ein Reichstagsabgeordneter, wie er gegenüber den Fürsten erscheint werde, belaste das Volk mit einem Male. Diesen Malek hielten die Deutschnationalen von dem Volke fernzuhalten. Im übrigen sei es keine Sache, mit wem er verkehrt. Der Deutschnationale Lehmann, Landgerichtsdirektor in Altona, erklärte, niemand habe ein Recht, den Deutschnationalen einen Vorwurf zu machen, wenn sie mit Fürsten verhandeln. Das täte sie nur, um sich ein gerechtes Urteil zu bilden. Demgegenüber stellte Genosse Dr. Rosenfeld fest, daß die Deutschnationalen Abgeordneten, die mit Fürsten darüber verhandeln, wie am besten deren Vermögensinteressen im Reichstag gewahrt werden, den schärfsten Vorwurf verdienen, da sie die elementarsten Pflichten jedes Vollzvertresters verleichten.

In der dann anschließenden Aussprache über das Absindungskompromiß wies der Demokrat v. Richthofen darauf hin, daß der Kompromißantrag auch für alle Schlosser und Parkanlagen ginge, an denen ein kulturelles Interesse des Staates bestehe. Es könne auch zur Enteignung von Landbesitz geschriften werden, wenn er im Widerstand zum Umsiedlung und Besitz des Landes stehe. Wenn den fürstlichen Familien eine würdige Lebensführung gewährleistet werden sollte, so sei damit nicht gemeint, daß sie ihre früheren Lebensweise fortsetzen können. Für die Deutschnationalen gab Dr. Barth die Erklärung ab, daß sowohl der kommunalistiche als auch der demokratische Antrag unannehmbar sei und daß auch der bürgerliche Kompromißantrag nicht annehmbar erscheine.

Als Vertreter des Hauses Hohenzollern in Berlin hat der Leibadjutant Wilhelms II., Major v. Möldner, an das Berliner Tageblatt ein Schreiben gerichtet, in dem behauptet wird, daß sich der Kronprinz in der Auseinandersetzungfrage äußerst zurückhaltend aufgezeigt und Ende Januar wieder im Niedersächsischen Palais zu Berlin noch in dem Weinrestaurant Hitler Versprechungen über die Fürstenabsindung geführt hat. Das Berliner Tageblatt bemerkt zu dieser Aufschrift: „Es kommt das Restaurant Töpfer (also nicht Hitler) in Frage. Dass am 20. Januar im Haushaltministerium (Niedersächsisches Palais) ein Vortrag abgehalten ist, darüber ist die Absindungsfrage erörtert wurde, kann nicht gut bestritten werden. An diesem Abend nahmen etwa 30 Herren teil, darunter auch ein Juristischer Berater der Hohenzollern sowie die Deutschnationalen Abgeordneten Professor Hochsch und Barth, sowie der Führer der Wirtschaftspartei, Reichstagsabgeordneter Professor Bredt.“

Wohnungselend und Wohnungsbau. Eine Denkschrift des Reichsarbeitsamtes.

Das Reichsarbeitsministerium hat eine Denkschrift ausgearbeitet, in der eine Belebung des deutschen Baumarktes durch Ausführung von Krediten in die Bauindustrie befürwortet wird. Die Denkschrift errechnet, daß in Deutschland augenblicklich 800 000 Wohnungen fehlen. Dazu tritt ein jährlicher Neubedarf von 150 000 Wohnungen. Auf Grund der voraussichtlichen Wohnungsbauprogramme werden über höchstens 90–100 000 Wohnungen gebaut.

Die Denkschrift betont, daß die Hemmungen für eine umjährende Belebung des deutschen Baumarktes in einem Umfang, der fast gleich eine Anflutung anderer Wirtschaftswege bedeutet, in dem Mangel an Bauplatzkapital begründet liegen. Aus der Mietzinsteuer stehen heute, nach Abzug des Teils im Steueraufkommen, der für Verwaltungs- oder andere Zwecke verwendet wird, rund 500–800 Mill. Mark für den Baumarkt zur Verfügung. Vor dem Kriegelossen aber über die Immobilienkredite aus Realkrediten dem Baumarkt 1200 Mill. Mark zu, während in den beiden Jahren nach der Stabilisierung aus dem Realkredit nur ungefähr 350–400 Mill. Mark für den Baumarkt erzielt werden konnten. Der Reichsarbeitsminister schlägt nun vor, den Unterschied zwischen der für eine umfassende Belebung des Baumarktes erforderlichen und der aus dem deutschen Realkredit zur Verfügung stehenden Summe – schätzungsweise 1½ Milliarden für die beiden nächsten Jahre – durch Auslandshypotheken zu beschaffen. Im übrigen werden Vorschläge für die Verzinsung dieses Auslandskredits aus der Hauszinssteuer gemacht.

Es handelt sich also hier um Pläne, die in letzter Zeit in Frankreich ebenfalls erörtert worden sind. Hier wurde u. a. auf die Gefahr aufmerksam gemacht, daß durch die vom Arbeitsministerium vorgeschlagene Herannahme von Auslandskrediten bedeutende Summen, die späterhin für unsere Wirtschaft eine arge Belastung bedeuten, immobilitiert werden.

Wie der Soz. Presseidienst erfährt, werden die Gewerkschaften schon in den nächsten Tagen zu einer Befreiung mit der Regierung zu der Denkschrift des Arbeitsministers Stellung nehmen. Vorläufig hat die Textilarbeiter-Zeitung, das Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verein, das Problem der Herannahme von Auslandskrediten zur Belebung des Baumarktes und Anflutung der Wirtschaft in ihrer am Sonnabend erschienenen Nummer eingehend erörtert. Sie erkennt die Wichtigkeit und die Möglichkeit einer Anflutung der Wirtschaft über den Baumarkt durchaus an, macht aber darauf aufmerksam, daß die Baufosten heute so hoch sind, und eine Fixierung des Baumarktes aus den zur Verfügung stehenden

Mitteln nicht von langer Dauer sein kann. Deshalb müßte der Weg, den wohnungslosen Volksgenossen die nötigen Wohnungen zu schaffen und dadurch zu gleicher Zeit den Arbeitsmarkt zu entlasten, über eine radikale Senkung der Baufosten gehen. Unseres Erachtens ist damit der Regel auf den Kopf getreten worden und eine Erörterung der vom Reichsarbeitsministerium gemachten Vorschläge kann nur soweit möglich sein, als die Regierung für eine Senkung der Baufosten und damit für eine Belebung des Baumarktes im erforderlichen Umfang garantieren kann.

Gehlert und die Schwarze Reichswehr.

SPD. Den Haushaltsausschuß des Reichstages begann am Dienstag die Beratung des Haushalts des Reichsministeriums für 1926. Genosse Stübben bemängelte als Berichterstatter eine Reihe von Mehrausgaben, die nicht den Willen vom Sparen vertraten und stellte an den Reichswehrminister die Frage, welche Verbindung zwischen Reichswehr und Schwarzer Reichswehr besteht. — Der Reichswehrminister erklärte, daß er und der Chef der Heeresleitung immer die „Schwarze Reichswehr“ — der Name stammt von den Deutschnationalen — abgelehnt hätten. Tatsache sei, daß im Jahre 1923 General Ludendorff General Seest vorwarf und den Vorschlag zur Bildung einer schwachen Reichswehr machte. General Seest habe dies ansatzlos abgelehnt. Den deutschösterreichischen Abg. v. Graefe, der den Vorschlag Ludendorffs wiederholte, habe Seest gar nicht empfangen. Nach dem verhängnisvollen Empfang des Oberstleutnants Rohrbach durch den Reichskanzler Cuno habe sich dann in der Öffentlichkeit das Gerücht gebildet, als wären offizielle oder offizielle Fräden gelponnen zwischen der richtigen und der Schwarzen Reichswehr.

Genosse Kühlstet erklärte, daß nach Auffassung der Sozialdemokratischen Fraktion am Haushalt des Reichswehrministeriums gewaltige Abschüsse gemacht werden müssen. Die Sozialdemokratie verlangt, daß endlich das antirepublikanische Treiben gewisser Offiziere aufhört.

Ist das wahr?

Der Sozialistische Presseidienst schreibt: Ist es wirklich wahr, daß der Oberstleutnant Rohrbach in den Jahren, wo er ständig verfolgt wurde, aber angeblich unauffindbar war, von der zuständigen Verwaltungsstelle jeden Monat pünktlich seine Offizierspension noch Salzburg gesetzt bekommen hat?

Man sollte es für ganz ausgeschlossen halten, daß eine Reichsbehörde gegenüber einem Hochverräter und putschistischen Führer so verfahren könnte. Nach den bisherigen Erfahrungen muß man indessen leider sagen: In Gehlerts Reich ist in dieser Hinsicht kein Ding unmöglich.

Die „patriotischen“ Ziele der Frankensässer.

Budapest, 9. Februar. Die Blätter wissen aus dem Haag über die Aussichten von Arzt Janowitsch zu berichten. Danach soll Janowitsch, nachdem er anfangs jede Aussage verweigert hatte, später gestanden haben, daß er tatsächlich Frankennoten vom Prinzen Windischgrätz erhalten habe. Das Ziel der Fällungen sei gewesen, daß eine irredentistische Gruppe die gegenwärtige Regierung stürzen und die Macht an sich reißen sollte. Ein weiteres Ziel sei gewesen, die Integrität Ungarns wieder herzustellen, und ein drittes, daß an Frankreich wegen des Vertrages von Trianon zu rächen. Janowitsch sei der Schatzmeister des katholischen Konföderations gewesen. Die vom Prinzen Windischgrätz erhaltenen Summen habe er in Dollars umgetauscht, um daraus die Kosten für die Kuriere zu decken. So habe Andreas Andor, als er nach Mailand reiste, 140 Dollar erhalten und Tibor, Schwez und Olahvar gleich hohe Beträge.

Nach einer Meldung der Telegraphen-Union aus Budapest soll jetzt die Identität des vielfrequentierten Deutschen Schulze festgestellt worden sein. Schulze heißt mit Vornamen Artur und sei mit dem Erzberger-Mörder Schulz nicht identisch. Auch zu den böhmischen Haltenkreuzern habe er keine Verbindung gehabt. Er soll den technischen Teil der Frankensässer-Altona geleitet haben. Gewiß sei, daß er sich in der Umgebung von Sarospatak versteckt hielt, wo er im Schloß des Prinzen Windischgrätz früher längere Zeit lebte. Er soll nicht ausgegeschlossen sein, daß er von dort irgendwie über die Grenze gelangt ist.

Deutsch-polnische Streitfragen vor dem Haager Gerichtshof.

SPD. Vor wenigen Tagen ist der ständige Internationale Gerichtshof im Haag zu seiner 10. außerordentlichen Sessjon zusammengetreten. Er verhandelte vor allem deutsch-polnische Streitfragen, die die Liquidation oberösterreichischer Besitzungen und die Begrenzung des Stützpunkts Choroz durch den polnischen Staat betreffen. Diese polnischen Maßnahmen sind nach deutscher Ansicht im Widerstreit zu dem Generalkommissionen über Oberschlesien bzw. dem Versailler Vertrag erfolgt. Die deutsche Regierung hatte daher bereits im Frühjahr vorigen Jahres Klage vor dem Haager Gericht erhoben, das in seinen Verhandlungen vom August bis entgegen dem polnischen Einspruch auch für zuständig erklärte. Auf den in der Zwischenzeit erfolgten Austausch der beiden seitigen Dokumente folgen nun die militärischen Plädoyers. Am 5. Februar hat im Friedenspalast die erste öffentliche Sitzung stattgefunden, die durch die Versammlung vieler erster Rechtsgelehrter der Welt und ein glänzendes Plädoyer des deutschen Vertreters Kaufmann einen lebhaften Eindruck erweckt. Bei der Kompliziertheit der Streitfragen, deren jede mehrjährige Plädoyer von beiden Seiten bringen wird, ist ein rascher Abschluß der militärischen Verhandlungen nicht zu erwarten. Der Urteilstreff spricht selbst dafür, erst gegen Ostern erfolgen. Das ist allerdings der letzte Termin, weil dann die nächste ordentliche Session beginnt, für die schon viel Stoff vorliegt, darunter u. a. wieder deutsch-polnische Streitfragen.

Wie politisch unang zum Schaden Deutschlands gewisse Rechtskreise Deutschlands urteilen, wenn sie aus prinzipieller Überzeugung gegen internationale Instanzen auch dem Haager Gerichtshof ablehnen gegenüberstehen, beweisen die bisher mit diesem Institut gemachten Erfahrungen unverkennbar. Hier hat man es mit einer von politischen Erwägungen freien, auf wissenschaftlicher Höhe stehenden Rechtsprechung zu tun, und für Deutschland wird es noch auf lange Zeit hinaus eine Lebensfrage sein, gerade seine Rechtsanprüche zur Geltung bringen zu können. Der Einwand, daß dem Haager Gerichtshof eine Ertüchtigung kaum möglich ist, verkennt die alte Römische Weisheit von den „Imponderabilien“. Keine Macht kann sich über ein Haager Urteil hinwegsetzen, ohne sich politisch damit selbst zu schaden. Polen hat diese einfache Weisheit noch nicht begripen und verdankt dem zum guten Teil seine politische Isolierung.

Der Kampf um die polnische Vermögenssteuer.

SPD. Das Parteiorgan der polnischen Nationalen Arbeiterpartei, die an der Regierungskoalition beteiligt ist, der Glos Godziany, veröffentlicht heute einen Leitartikel über die Zukunft der Regierung unter dem Titel: „Der Horizont ist verfinstert.“ Den Ausgangspunkt der Schwierigkeiten bildet die Vermögenssteuer. Ende 1923 wurde beschlossen, in einer dreijährigen Periode insgesamt 1 Milliarde Zloty einzuziehen, tatsächlich sind 1924 und 1925 nur 200 Mill. einziehbar gewesen. Der gegenwärtige Finanzminister verzerrt daher

in der Kommission eine Neuformung des Gesetzes, nach welcher das Gesamtmittel auf 422 Mill. belassen wird. Hiergegen opponieren die Linksparteien in der Koalition. Die Sozialisten und die Nationale Arbeiterpartei fordern die Beibehaltung eines Steuersolls von 1 Milliarde; die Piatz-Partei befürwortet 800 Mill.; die Rechtsparteien sind für den Vorschlag des Finanzministers mit 152 Mill. Da innerhalb der Regierung ein Ausgleich nicht erzielt werden konnte, stand gestern unter Vorsteh des Ministerpräsidenten Skarbek und Teilnahme des Sejmmeralls Rataj eine Konferenz der Führer der Koalitionsparteien statt. Es wurde beschlossen, das Projekt des Finanzministers über die Vermögenssteuer zurückzuziehen und ihn mit einer Neubearbeitung zu beauftragen. Der Schwerpunkt der Kritik ist augenscheinlich in die Sozialdemokratie verlegt, wo besonders der Arbeitminister Moraczewski eine sehr scharfe Kritik betreffs der Vermögenssteuer vertritt, wobei er abermals seinen Ministerposten der Partei zur Verfügung stellt. Die Pariserberatungen dauern fort.

Der Arbeitsminister Moraczewski ist zurückgetreten. Seine Stelle wird voraussichtlich im Laufe der nächsten Tage ein anderer der sozialdemokratischen Partei angehörender Politiker übernehmen. Wie der SPD. bemerkt, dürfte der Genosse Nielski das Arbeitsministerium übernehmen.

Um Deutschlands Sitz im Völkerbundsrat. Mussolini's Intrigen.

SPD. Berlin, 10. Februar. (Radio.) Aus London wird gemeldet, daß man nicht nur in dortigen Regierungskreisen, sondern auch in den des Völkerbundes erwägt, ob man Deutschland nicht den Vorschlag machen soll, auf seine Wahl zum Völkerbundsrat bis zum September zu verzögern. Der Grund dieses Planes hat seine Ursache darin, daß auch Spanien, Brasilien und Polen einen Ratssitz beanspruchen, während insbesondere die englische Regierung die Auffassung ist, daß als Mächte ersten Ranges nur Deutschland, Russland und Amerika noch in Frage kommen und infolgedessen auch sie einen Ratssitz zu beanspruchen haben. Die Verlegung des deutschen Anspruchs für September soll für den „Block der Alliierten“ die Möglichkeit schaffen, Spanien, Brasilien, Polen oder Spanien nicht in den Rat zu wählen und den bisher vorgeschlagenen Grund erledigen, nachdem diese Länder die Einräumung eines zuständigen Ratssitzes an Deutschland von einem ähnlichen Zugeständnis an sie selbst abhängig machen. Die viel erörterte neueste Intrige gegen Deutschland ist vor allem auf Rom zurückzuführen. Wie wir erfahren, hat Mussolini sogar dem italienischen Völkerbunddelegierten Anweisung gegeben, in Zukunft grundsätzlich gegen Deutschland zu stimmen.

Jedenfalls hat Deutschland keine Ursache, irgendwelcher Intrigen eines geisteskranken Menschen wegen auf einen berechtigten Anspruch auch nur fünf Minuten lang zu verzichten.

Wie aus Genf gemeldet wird, hat der Generalsekretär des Völkerbundes im Auftrage des derzeitigen Vorsitzenden des Völkerbundsrates, Scialoja, den Rat zu einer außerordentlichen Sitzung auf Freitag, den 12. Februar, nach Genf einberufen.

Der Marokkrieg lebt wieder auf.

WPB. Paris, 9. Februar. Havas meldet aus Genf: Die französische Artillerie hat feindliche Abteilungen in der Gegend des Oschebel Selur Saidur und bei den Beni Mahmed unter Feuer genommen. Eine im Journal veröffentlichte Meldung aus Genf besagt, daß der Drus, den die Riffen ausführen, sich in der Gegend von Safa und bei den Beni Utiguel versteckt. Das Romish und die Bébans leben von Dissidenten wieder besiegt worden, nachdem die französischen Truppen, die dort nach Osten hin eine Säuberungsaktion unternommen hatten, sich zurückgezogen haben. Abd el Krim habe bei den Beni Selur Giseila genommen. Die Wachtposten der Dissidenten hätten Auftrag, um jeden Preis zu verhindern, daß Artillerieabteilungen sich zwecks Unterwerfung zu den Frankos begeben. An der Uerghafkont sei alles ruhig.

TU. Paris, 10. Februar. Wie aus Rabat gemeldet wird, haben die französischen Streitkräfte das Massiv von Bibane, um das im vergangenen Sommer stark gefämpft wurde, angeblich wegen des fortgeschrittenen schlechten Wetters geräumt. Außerdem wird berichtet, daß sich die Anhänger Abd el Krim in dieser Gegend wieder sichtbar machen.

Das Massiv von Bibane, das im Vorjahr mehrmals seinen Besitzer wechselte und seit einigen Monaten in französischem Besitz war, ist ein äußerst wichtiger strategischer Punkt, von großer Bedeutung für die Verbindung der spanischen und französischen Front.

Zusammenkunft von Vandervelde und Briand.

SPD. Paris, 9. Februar. Der belgische Außenminister Vandervelde wird am Mittwoch zu einer Aussprache mit Briand erwartet. Wie man in den hiergegen unterrichteten Kreisen annimmt, gilt dieses erste Zusammentreffen der beiden Außenminister nach Locarno vor allem der französischen Regierung in Aussicht genommenen Erhöhung der französischen Zollsätze bis um 30 Prozent. Außerdem wird auch die Frage der Befreiung des Rheinlandes und der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund den Gegenstand der Unterredung bilden.

Der französische Frank erlebte am Dienstag abermals einen schweren Sturz. An der Pariser Börse fiel der Frank auf 182,50 Franken, der Dollar auf 27,00 Franken. An der Berliner Börse fiel der Frank von 15,81 Reichspfennig auf 15,40.

Holzmann in Brüssel verhaftet.

SPD. Berlin, 9. Februar. (Radio.) Aus Brüssel wird gemeldet, daß dort der aus dem Projekt gegen den Regierungsrat Bartels bekannte russische Staatsangehörige Holzmann verhaftet worden ist. Holzmann suchte sich wenige Tage vor dem Beginn des Holzmann-Bartels-Prozesses die Flucht der Verantwortung zu entziehen. Seine Flucht erfolgte unter Beteiligung eines deutschen Kriminalbeamten.

Im Holzmann-Bartels-Prozess wurde am Montag der Aktinalbetriebsassistent Rothe wegen passiver Bestechung unter Berücksichtigung mildender Umstände zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt. Rothe wurde ihm die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu besetzen, für die Dauer von drei Jahren abgesprochen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen stehen nach einer Mitteilung des französischen Handelsministeriums vor dem Abbruch. Die deutsche Delegation erwartet nur noch ihre letzten Anweisungen aus Berlin. Die Reichsregierung wird sich hiermit in den nächsten Tagen beschäftigen.

Berantwortlich für den redaktionellen Teil:
Georg Fuhs, Leipzig.
Berantwortlich für den Inseraten Teil:
Hugo Seppenrad in Leipzig.

Druk u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei, Aktiengesellschaft, Leipzig.
Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Berichterstattung vom Landesparteitag.

Gestern abend fand im Volkshaus eine Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei statt, in der Genosse Gustav Adolf Müller vorstellt über die Verhandlungen des in Dresden stattgefundenen Landesparteitages erstaute. Genosse Müller legte der außerordentlichen Außerordentlichkeit etwas folgendes dar:

Der Vorträger habe seinerzeit in Betrachtungen über den Heilbronner Parteitag den Sachsenkonflikt als eine partizipatoristische Krähwinkel bezeichnet. Der weitere Verlauf der Dinge und die Tatsache, daß auch der Parteivorstand sich der Auffassung der Minorität der Landtagsfraktion mehr und mehr hat anschließen müssen, sowie die weitere Tatsache, daß alle anderen Parteien dem Sachsenkonflikt das größte Interesse entgegenbrachten, zeigte jedoch, daß es sich doch wohl um mehr als eine "Krähwinkel" handelt. Daß die Sozialdemokratische Partei durch all die Stürme hindurch ein festes Fundament gehalten habe, sei ein unüberholtbares Verdienst der Funktionäre. Die Haltung der Sozialdemokratie bei der letzten Regierungsumbildung im Reich, die Ablehnung der Koalition mit der Volkspartei, habe der Politik der sächsischen Parteigenossen recht gegeben, die dahin geht: Koalitionspolitik darf nicht EndzuEnd, sondern nur Mittel zum Zweck sein, Mittel zur Förderung der Klasse gegen den Proletariato. Diese Voraussetzung hat aber die in Sachsen politisch nicht erfüllt.

Nach der Erledigung des Sachsenkonflikts, der die Partei wieder für ein erfolgreiches Wirken freimacht, muß das ist der Wille der Landesversammlung, wiederum alle Aufmerksamkeit dem System der Betriebsvereinigungen zugeschlagen werden. Von den Betrieben aus müsse auch die Hauptarbeit für die Wiederherstellung der verloren gegangenen und die Werbung neuer Mitglieder ausgehen. Auch die Bildungsanstaltungen müssen bestmöglichsten Ausbau finden. Hinsichtlich der Jugendbewegung sei es in den letzten Jahren bereits um vieles besser geworden. Die Organisation der Jungsozialisten kommt als Glied der mit der Sozialdemokratie verbundenen Arbeiterbewegung nur somit in Betracht, als es sich dabei um Mitglieder der sozialistischen Organisation handelt. Die Kinderfreizeitbewegung, die bereits achttausend Kinder in Gruppen zusammengeführt habe, finde viele freudige Mitarbeit und mache unausgelebt Fortschritte. Der Kommunalpolitische Ausschuss, der zur Förderung und Vereinheitlichung der kommunalpolitischen Maßnahmen der Sozialdemokratie in Sachsen eingesetzt sei, habe sich bestens bewährt.

Über den Sachsenkonflikt berichtet Redner, daß die Fraktionssmehrheit die von der Minderheit zur Vereinigung des Sachsenkonflikts ausgearbeiteten Gesetzentwürfe zunächst abgelehnt habe, obwohl der Parteivorstand ihnen seine Zustimmung gab. Nach längeren Verhandlungen, die zu einem Teil in nichtöffentlichen Tagungen geführt wurden, hat die Landesversammlung die Formel für eine Lösung gefunden, die vom Landesparteitag einstimmig angenommen und einstimmige Annahme, also auch die Zustimmung der 23. Auch der Parteivorstand, der jahrelang in Gegnerschaft zu den von der sächsischen Parteigenossen geführten Politik stand, vertritt heute einen anderen Standpunkt. Der einstimmige Beschluß des Landesversammlung, die Zustimmung der 23 und die Umstellung des Parteivorstandes, so schließt der Redner, gebe die Hoffnung, daß nunmehr der sächsische Parteikonflikt ein Ende gefunden und die Partei wieder die Hände zu intensiver Werbearbeit und politischer Machtaufstellung freibekommen hat.

Die Ausführungen des Genossen Müller wurden mit lebhaften Beifallsbezeugungen aufgenommen. Der Leiter der Versammlung, Genosse Schopfand, stellte hierauf die nachfolgende Resolution mit zur Debatte:

Die am 9. Februar tagende Mitgliederversammlung des Unterbezirks Groß-Leipzig der SPD billigt die Haltung der Leipziger Delegierten auf der Landesversammlung in Dresden. Sie erwartet von der Landtagsfraktion, daß sie entsprechend den gesetzlichen Beschlüssen der Landesversammlung handelt und durch ihr Verhalten für die Einheit und Geschlossenheit der sächsischen Parteiorganisation sorgt.

In der Debatte sprach als erster Redner Genosse Frenzel, der ausführte, daß sehr viele Parteigenossen mit großem Optimismus zur Landesversammlung gekommen seien. Aber zum erstenmal erfolgte hier ein Auseinanderfall der Fraktionssmehrheit und zum erstenmal erklärten die überstimmt Fraktionssangehörigen, sich den Beschlüssen folgen zu wollen. Die Haltung der Minderheit der Landtagsfraktion sowohl wie die der sächsischen Delegierten aus dem Heilbronner Parteitag sei durch den Ausgang der Landesversammlung und die Schwertung des Parteivorstandes durchaus gerechtfertigt worden. Die zur Vereinigung des Konflikts geplanten Gesetzentwürfe seien bereits eingebrochen worden. Die Landtagswahlauflösung würde bei nummerlicher Auflösung in eine außerordentlich günstige Zeit fallen. Der Kampf um die entschädigungslose Enteignung der Fürsten, der bis dahin in vollem Gang sein werde, gäbe auch der Wahlbewegung eine größere Lebendigkeit und Frische. Am Donnerstag werde über die Anträge im Landtag verhandelt. In diesem Tage stehe auch der kommunistische Antrag auf Landtagsauflösung zur Verhandlung. Genosse Frenzel schließt mit dem Wunsche, daß die Optimisten recht behalten mögen, damit wir nunmehr in Sachsen einen Wahlkampf führen können, mit dessen Ergebnis die sächsische Partei vor dem gesamten deutschen Proletariat nicht nur, sondern auch vor der gesamten sozialistischen Internationale bestehen könne. (Lebhafter Beifall.)

Genosse Ziegler weist darauf hin, daß der Sachsenkonflikt aus der Differenz der Auffassungen über die Koalitionspolitik entstanden sei. Der Ausgang des Antrags der Hemmungen habe wohl klar gezeigt, daß Vertreter der Sozialdemokratie sich nicht dauernd in Gegenfahrt zur Organisation stellen dürfen. Die Frage der Koalition wird uns nicht nur im Reiche, sondern auch in Sachsen über kurz oder lang wieder beschäftigen müssen. Man kann sowohl innerhalb wie außerhalb der Koalition gute und schlechte Kabinettpolitik treffen. Die Partei müsse in Zukunft ihre Kabinettsformulierung, daß den beweglichen Ausgaben des Klassenkampfes in bester Weise Rechnung getragen werden können. Das Kabinettsbewußtsein zu haben, sei die Hauptaufgabe der Partei. Dazu werde eine intensive und gut organisierte Bildungsarbeit ihr gute Dienste leisten. (Beifall.)

Genosse Ziegler ist erfreut, daß die Beschlüsse der Landesversammlung die Kräfte der Partei wieder zu konzentrieren beginnen. Sie bedauert jedoch, daß weder in dem Referat des Genossen Müller noch genug gezeigt, daß Vertreter der Sozialdemokratie sich nicht dauernd in Gegenfahrt zur Organisation stellen dürfen. Die Vertretungen zu verschaffen, weil die Männer die Frauen sonst abschließen verlässt. Es sei auch notwendig, wieder einen Reichsraumtag zu veranstalten, weil solche Frauengänge der Verbreitung sozialistischer Weltanschauung außerordentlich förderlich seien.

Genosse Koppisch erinnert an den Heilbronner Beschluss, die Sportbewegung für die Partei nutzbar zu machen. Die Genossen Ziegler habe recht, daß die Frauen sehr leicht vergessen werden. Daselbe trifft aber für die Sportbewegung zu. Die Partei aber müsse aus tiefen Quellen Kräfte ziehen. Unerlässlich sei es, die Frauen nicht als bisher für die sozialistische Bewegung zu interessieren. Vor allem sollten die Männer sich dazu verstehen, die Frauen mit in die Versammlungen zu bringen. (Beifall.)

Damit ist die Debatte zu Ende.

Genosse Müller sagt in seinem Schluswort, der Vortrag der Genossen Ziegler, die Frauenbewegung sei von Edel und ihm vergeben worden, treffe nicht zu, denn die Frauenfrage habe auf dem Landesparteitag gar nicht mit auf der Tagesordnung gestanden. Aller Blöde seien auf die Löfung des Sachsenkonflikts gerichtet gewesen. Frauen- und Sportbewegung seien aus diesen Gründen nicht gegenstand der Debatte gewesen. Sont seien Einwendungen gegen keine Ausführungen nicht gemacht. Wenn Treu und Glauben noch gelten, müßten die Beschlüsse von Dresden geeignet sein, den Konflikt in Sachsen endlich zu beenden.

Hierauf erfolgte die Abstimmung. Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Hierauf richtet Genosse Frenzel noch einige Worte an die Versammlung. Er betont, Beweismaterial in Händen zu haben, demzufolge die SPD die Volksbewegung zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten zu einem schändlichen Parteigehalt missbrauchen will. Sie hat bei der großen Arme B. G. Leibnitz Sammelstellen in Umlauf gebracht, die die Unterzeichnung "Kommunistische und sozialistische Fraktion" tragen. Die SPD hat keine gemeldet, daß beide Parteien den Kampf selbstständig führen und selbstständig für die erforderlichen Mitteln einzutreten haben. Die SPD wird eigene Sammelstellen herausgeben, die nicht nur in den Betrieben, sondern auch von Haus zu Haus verteilt werden sollen. Sie möchte erfragen, in den Betrieben, überall, wo Sie auf diese angeblich kommunistisch-sozialistischen Sammelstellen stoßen, auf das ungewöhnliche Vertragsmonopol der Kommunisten hinzuweisen und mit allem Nachdruck zu verlangen, daß die KPD unter freiem Mißbrauch des Namens der Sozialdemokratischen Partei Gelder lediglich für ihre Zwecke sammelt.

Nach einem kurzen Appell an die Anwesenden, dem Ernst der Lage entsprechend stets in ehrlicher Weise für die Partei zu werben und besonders in den Betrieben alle Kräfte der Propaganda spielen zu lassen, schloß Genosse Schopfand die Versammlung.

Hierauf richtet Genosse Frenzel noch einige Worte an die Versammlung. Er betonte, daß die Herberge die erste Bezirkshauptherberge in Sachsen sei und daß insgesamt das Land und die Staatsregierung einen ganz besonderen Anteil an dieser Herberge nehmen. Die Herberge liegt in beträchtlicher Höhe am Walde, zum mit einem weiten Blick in das Ritterguttal. Es lohnt sich für jeden Jugendlichen, sich dieses schönen und zweckmäßigen Bauwerks mit der prächtigen Außenpracht im Innern anzuschauen und dort zu übernachten. Anmeldungen an das Bezirksfürsorgeamt der Amtsverwaltung Schwarzenberg oder unmittelbar an die Bezirksjugendherberge in Rittergut im Erzgebirge.

Vollspartei und Demokraten zu den sozialdemokratischen Anträgen.

Im Landtag fanden am gestrigen Dienstag Fraktionsitzungen der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei statt, die sich beide mit den sozialdemokratischen Anträgen zur Erwerbslosenfürsorge usw. beschäftigten. Wie die Sächsische Republikanische Korrespondenz berichtet, endeten beide Sitzungen mit dem Beschluss, der Überweisung der Anträge in die einzelnen Ausschüsse zu stimmen.

Aus der bürgerlichen Dunkelkammer.

Ein seines Bureaustaatsstück leistete sich das Amtsgericht in Königstein. Der Pirnaer Volkszeitung aufgezeigt brauchte es vier Jahre zu folgendem Schreiben:

In der Strafsache gegen den Fabrikarbeiter F. in Königstein werden Ihnen an die 412 in Papiermark, die am 25. 9. 1922 dem F. abgenommen worden sind, zur weiteren Verfolgung übertragen. Das Geld war nicht beschlagnahmt und konnte deshalb hier nicht vereinnahmt werden. Amtsgericht Königstein. Unterschrift f. A. (412 M. in Papiermark).

Also: die 412 Papiermark wurden im September 1922, als man damit noch etwas anfangen konnte, gestohlen und am 25. September 1922 dem erklarten Spieldaten abgenommen. Im Januar 1923 endlich erhält der Betroffene einen Brief, frankiert mit 10 Pf., in dem er — 0.000 000 412 RM. postliefert. Welch herrliches Altkindlind mög außerdem in dieser Zeit durch die Strafat entstanden sein?

Bundestag der sächsischen Staatsbeamten. Der Bund Sächsischer Staatsbeamter hält am 13. und 14. März in Zwickau seinen 9. Bundestag ab. Auf der Tagesordnung steht unter anderem ein Vortrag des Ministerialdirektors I. W. Brill - Weimar über "Beamtecht und Beamtenbedarf" und des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Falkenberg, über "Gewerkschaftliche Bildungsbestrebungen".

Neunzig Prozent der Arbeiterschaft erwerblos. Das bekannte Territorium Sachsen in Böhmen bei Rothenburg hat seinen Bedarf stillgelegt, wodurch rund 450 Arbeiter erwerblos geworden sind. In der Gemeinde Böhmen, die 1168 Einwohner zählt, sind nun mehr 90 Prozent der gewerbsfähigen Arbeiter arbeitslos.

Streich eines Kirchenchores. In Zittau ist der dortige Kirchenchor wegen - Lohnunterschieden in den Streik getreten.

Bandung eines tschechischen Fliegers. Unweit vom Ort Schönbrunn landete ein tschechischer Flieger, der auf dem Flugplatz in Eger aufgestiegen war. Plauener Polizeimannschaften haben die Überwachung des Flugzeugs übernommen. Das Flugzeug muß abmontiert werden. Vor Eger sind Mannschaften eingetroffen, um es heute abzuholen.

Die Jagd auf Marder in Sachsen verboten! Um die als Pelztiere wertvollen, ziemlich selten gewordenen Marder vor der Ausrottung zu schützen, hat die sächsische Landesforstdirektion das Schießen und Fangen der Marder in freier Wildbahn unterstellt. Sofern in besonderen Fällen, z. B. zum Schutz der Niederrang, Ausnahmen von dem Verbot angezeigt erscheinen, müssen sie bei der Landesforstdirektion beantragt werden.

Dresden. Nächtlicher Mord. Als der 35jährige Ratsarbeiter Paul Höhler sich Montagnacht zur Nacharbeit begeben wollte, begegnete ihm bei Überquerung der Nähnigasse ein unbekannter, der aus bisher unauffälliger Ursache ohne weiteres einen Schuß auf ihn abgab. Höhler stürzte zu Boden und starb um Hilfe, worauf der Unbekannte nochmals auf ihn zueilte und einen zweiten Schuß aus unmittelbarer Nähe auf ihn abgab, der den Tod herbeiführte. Der Unbekannte ergriff hierauf die Flucht durch Obergraben und Hauptstraße nach dem Albertplatz zu und ist entkommen.

Dresden. Stillstand am Arbeitsmarkt? Nach einer Mitteilung des öffentlichen Arbeitsnachweises Dresden und Umgegend hat der Zugang an Arbeitssuchenden in fast allen Berufsgruppen nachgelassen. Der Bestand an Arbeitsuchenden hat sich gegenüber der Vorwoche um 602 auf 28 089 vermindert. Auch die Zahl der Unterstützungsempfänger hat eine Abnahme um 233 erreicht.

Chemnitz. Wohnungsbau-Ausstellung. Am Sonntag wurde die im städtischen Museum untergebrachte Wohnungsbauausstellung durch den Deutschen Verband des städtischen Wohn- und Siedlungsamtes, Stadtrat Chlalan, eröffnet. Die Ausstellung enthält Pläne und Modelle in den verschiedensten Bauformen vom Standpunkt des modernen Städtebaues.

Limbach. Herzschlag auf der Flucht. Ein hier wohnhafter, von der Polizei geflüchteter Ausländer sprang, um der Verhaftung zu entgehen, in den Limbacher Teich und schwamm, voll bekleidet, der etwa 150 Meter entfernt liegenden Insel zu. Auf der Insel stürzte er zu Boden. Als die Beamten auf der Insel einsamen, war der Ausländer tot. Er hatte einen Herzschlag erlitten.

Werdau. Was so ein Kindergehirn alles ausheckt. Eine Tat, die leicht hätte schlimme Folgen haben können, ist vergangen. Mittwoch in der hiesigen alten Knabenschule verlor einen Schülern, das in Lübzschena schulpflichtige Kinder, deren Namen des Bez.-Schulamts festgestellt hat, die katholische Privatschule in Schleiden (Preußen) besuchten. Dabei wird zur Bedingung gemacht, daß die Erziehungspläne des Bezirksschulrats, dem der Leiter der katholischen Privatschule in Schleiden dem Schulabschluß zu Lübzschena ein Ausweis über den regelmäßigen Schulbesuch dieser 6 Kinder vorgelegt wird.

Min. f. Volksbildung
C. I 2/50.

Dresden, 7. März 1925.

Das Min. genehmigt unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs, daß 6 in Lübzschena schulpflichtige Kinder, deren Namen des Bez.-Schulamts festgestellt hat, die katholische Privatschule in Schleiden (Preußen) besuchen.

Dabei wird zur Bedingung gemacht, daß die Erziehungspläne des Bezirksschulrats, dem der Leiter der katholischen Privatschule in Schleiden dem Schulabschluß zu Lübzschena ein Ausweis über den regelmäßigen Schulbesuch dieser 6 Kinder vorgelegt wird.

Min. f. Volksbildung
ges. Dr. Woelker.

Am das
Bez.-Schulamt Leipzig II.
Kinder eines sächsischen Ortes, der eine sechsklassige Volksschule hat, gehen mit Genehmigung der obersten Schulbehörde in die eine Stunde vom Holzmarkt gelegene einklassige katholische Privatschule, die Eigentum der katholischen Kirchengemeinde Schleiden ist und vom dortigen Ordensgeistlichen geleitet wird. Zwischenzeitlich ist diese Zweckbildung zwecklos geworden.

Wenn man ganz optimistisch sein will, kann man in dieser Entscheidung einen Schritt in der Entwicklung zum deutschen Einheitsstaat sehen. Wie sieht es aber mit der Gültigkeit von § 4 des Übergangsgesetzes, der besagt: "Die Volksschulen sind als allgemeine Volksschulen für alle Kinder des Schulbezirks, ohne Unterschied des Vermögens und der Religion einzurichten." Heute ist man jederzeit in der Lage, das Gegenteil zu beweisen.

Die erste sächsische Bezirkshauptherberge.

Unter großer Beteiligung der Bevölkerung des Bezirksvorstandes und des Bezirksschulamts Schwarzenberg sowie der umliegenden Gemeinden fand vorigen Sonntag, den 7. Februar 1925, die Eröffnung der Bezirkshauptherberge der Amtsverwaltung Schwarzenberg in Rittergut statt. Als Vertreter des Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums war Studienrat Thiele er-

mäßt. In der Tauberfläche, die gegenwärtig erneuert wird, öffnete man einen unter einem Altar liegenden Grabs, in der man die Gebeine der Familie Peucer fand, darunter zwei Schwiegereltern Melanchthon. In der Grube fand man weiter drei Knochen, die noch am Leben waren. Da der Alter 150 Jahre steht und die letzte Erneuerung 66 Jahre zurücklag, müssen die Knochen mindestens 66 Jahre eingemauert gewesen sein.

Gewerkschaftsbewegung.

Maschinen ohne Schuhvorrichtungen.

Vor kurzem hat in Leipzig die Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft eine Befragung mit ca. 15 großen Maschinenfabrikanten und Mitgliedern der Berufsgenossenschaft in Leipzig abgehalten, um zu versuchen, auf dem Verhandlungswege mit den Herstellern von Maschinen über die Anbringung von Schuhvorrichtungen an bestimmten Maschinen zu einer Vereinbarung zu gelangen. Der Leiter des technischen Aufsichtsdienstes der NBB, Herr Direktor Urban - Berlin, hatte das Referat übernommen und stand reichsweite Worte gegen die Fabrikanten, die trotz des jahrelangen Kampfes um Schuhvorrichtungen zum Teil noch nicht zu der Einsicht gekommen sind, daß an zur Ablieferung kommenden Maschinen auch die notwendigen Schuhvorrichtungen vorhanden sein müssen. Den Darlegungen des Referenten entnehmen wir, daß zahlreiche Unfälle auf das Fehlen der Schuhvorrichtungen zurückzuführen sind. In den letzten Jahren sind durchschnittlich alljährlich in den Betrieben der gewerblichen Berufsgenossenschaft 8000 Unfälle tödlich verunglückt, 100000 Arbeitnehmer wurden infolge erlittener Unfälle Renten zugestanden und 600000 Unfälle sind zur Ausmeldung gelangt. Eine Aufstellung ergab, daß ungefähr 200 verschiedene Maschinenfabriken im Jahre 1925 ungeschützte oder mangelhaft geschützte Maschinen geliefert haben. Der Referent führte eine Reihe Maschinenfabrikanten an, die in letzter Zeit Maschinen ohne Schuhvorrichtungen lieferten, die zu Unfällen geführt haben. Das vorgetragene Material zeigte so entweder Vorwissen, daß man erstaunt ist, daß es heute noch Maschinenhersteller gibt, die ihre Maschinen nur dann mit Schuhvorrichtungen liefern, wenn solche mit bestellt werden. Dies bestätigte auch ein in der Befragung anwesender Maschinenhersteller, indem er sagte: „Wenn die Schuhvorrichtungen nicht besonders bestellt werden, werden solche an den Maschinen auch nicht angebracht.“

Mit welchen Widerstreichen sich einzelne Maschinenfabrikanten gegen den unfaßbareren Ausbau ihrer Maschinen sträuben, zeigt folgender, vom Referenten geschilderte Fall: Eine Maschinenfabrik, die eine große Rolle in der Holzbearbeitungs-Maschinenbranche spielt, hat der Berufsgenossenschaft erklärt, daß die zum Schutz der Arbeiter erforderlichen Unfallverhütungsvorschriften sie gar nichts angehen, sie sei auch nicht willens, irgendeinen Revers über die Mittierung von Schuhvorrichtungen zu unterzeichnen. Sie lehnen sich von jetzt ab auf den Bestellungen den Begriff an: „Wir verzichten auf eine Schuhvorrichtung.“

Ed seine meistenteils höhere Maschinenfabrikanten, so führte der Referent weiter aus, die über die Unfallverhütungsvorschriften ächtlos hinweggingen und dadurch die größten Unfälle verschuldeten. Es wäre doch schon aus rein menschlichem Empfinden zu erwarten, daß den Wünschen der Berufsgenossenschaft, Schuhvorrichtungen anzubringen, ohne weiteres Rechnung getragen wird. Aber die Berufsgenossenschaft ist immer wieder mit ihren Forderungen auf Widerstand gestoßen. So wurde bei einer Firma in Sachsen vor der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft die Bitte ausgesprochen, mehr Beachtung den Unfallverhütungsvorschriften bei Ablieferung von Maschinen zu schenken. Darauf hat die Firma mitgeteilt: „Ich gehöre der für Maschinenbetriebe zuständigen Berufsgenossenschaft an und habe mit Ihrer Berufsgenossenschaft absolut nichts zu tun.“

Vom Referenten wurde darauf hingewiesen, daß ein Maschinen-Schuhgesetz geschaffen werden müsse. Ein großer Teil der Teilnehmer an der Befragung stimmte dafür, ein kleiner Teil war dagegen. Darunter befand sich der Vertreter Deutscher Maschinenbauanstalten, der zum Ausdruck brachte, daß bei Vorhandensein eines Maschinen-Schuhgesetzes die Arbeit eine viel größere sein wird als bei der jetzigen freiwilligen Zusammenarbeit. Dem wurde natürlich widersprochen und selbst ein Syndikus gab seine Zustimmung für ein Maschinen-Schuhgesetz mit folgenden Worten: „Ich kann Ihnen sagen, daß die heutige Aussprache mich mehr denn je zu der Überzeugung brachte, daß ein Maschinen-Schuhgesetz geschaffen werden muß und in diesem Bestreben steht mein Verband fest hinter mir.“

Der Vertreter der Deutschen Werkzeugmaschinenfabrikanten erklärte: „Wenn das Maschinen-Schuhgesetz zum Schutz unserer Arbeiter zulässiglos gefordert wird, so kann ich das durchaus verstehen, oder ich werde bis zuletzt dafür kämpfen, daß wir das Maschinen-Schuhgesetz nicht bekommen; denn ich würde darin eine Hemmung der Fortentwicklung der Industrie erblicken.“ Diesem Herrn wurde von verschiedenen Seiten entgegengestellt, daß ein Maschinen-Schuhgesetz eine Hemmung der Fortentwicklung der Industrie nicht sein könne.

Der Verwaltungsdirektor einer anderen Berufsgenossenschaft meinte, es gebe noch einen Weg, um zu erreichen, was die Schaffung eines Maschinen-Schuhgesetzes erstrebt. Das sei die Verhängung der Haftung. Im Jahre 1909 habe die Regierung auf dem Gebiete eines Automobils ein Gesetz geschaffen, in dem von dem Nachweis einer Verschuldung abgesehen und dem Automobil eine reine Gefährdungshaftung auferlegt wird; d. h. jeder Besitzer eines Privatautos haftet für Unfälle, die sein Wagen verursacht, ganz abgesehen von der Frage des Verschuldens. Würde man dieses Gesetz auf die Maschinenindustrie übertragen, dann könnte man streng bestimmen, daß jeder Lieferant einer Maschine für jeden Unfall haftet, der von einer neu gelieferten Maschine verursacht wird, weil diese mit den vorgeschriebenen Unfallverhütungseinrichtungen nicht ausgestattet war. Auch gegen solche Haftpflichtansprüche sträubten sich die Ma-

schinenfabrikanten. Herr Direktor Urban teilte noch mit, daß die Unfallbelastung der NBB vom Februar/Oktobe 1925 wegen ungeliessener oder nur mangelhaft geschützter Maschinen annähernd 300000 M. betrug. Er saß vor, damit das Wort „Verordnung“, das verschiedenen Herren nicht genehm sei, auscheidet, in den Hochzeitsungen folgendes zu veröffentlichen:

„Der BVB mit seinen unterzeichneten Mitgliedsfirmen hat sich der Nahrungsmittelindustrie-Berufsgenossenschaft gegenüber bereit erklärt, gegen Zahlung einer Konventionalstrafe seiner Mitglieder alle seine Maschinen durch den Aufsichtsdienst der NBB abnehmen zu lassen. Wir warnen vor dem Ankauf anderer Maschinen.“ Durch eine solche Maßnahme säme man einen guten Schritt vorwärts. Das praktische England ist heute auf diesem Gebiete weiter vorgeschritten als Deutschland; denn aus den englischen Maschinenausstellungen konnte man lesen, daß die Maschinen vom Hauptinspektor abgenommen waren und ein entsprechendes Plakat stehen ließen: „Sofern wir Sicherheit versetzen, daß die Maschinenindustriellen ganz besonderen Wert auf dieses Plakat legen. Man sieht daraus, daß Deutschland auf dem Gebiete des Maschinen-Schuhes hinterherhinkt.“

Von drei technischen Aufsichtsbeamten der NBB wurde eine Resolution unterbreitet, in der festgestellt wird, daß die Zahl der Unfälle zur Ablieferung kommenden Maschinen im starken Steigen ist. Insbesondere treten zahlreiche Schwere, durch ungeschützte Maschinen hervorgerufene Unfälle in Erscheinung. Die technischen Aufsichtsbeamten der Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft sind der Auffassung, daß, wenn das Maschinen-Schuhgesetz nicht durchgesetzt werden sollte, der Ablieferung ungeschützter Maschinen auf andre Weise unbedingt Einhalt geboten werden muss. Das Ziel wird am besten dadurch erreicht, daß für Unfälle, die durch ungeschützte Maschinen hervorgerufen sind, die in Frage kommende Maschinenfabrik haftbar gemacht wird. Es wird nichts beobachtet, als eine Abnahme neuer Maschinen gesetzlich zu regeln. Zu einer solchen Maßnahme zwinge die Menge des außerordentlich umfangreichen Materials.“

Zu dieser Resolution nahm Dir. Urban nicht Stellung, erklärte aber, daß dieser Resolution, die aus dem Kreis der besten Spezialisten auf dem Gebiete der technischen Unfallverhütung und der Betriebsverhältnisse der zur Nahrungsmittel-Industrie-Berufsgenossenschaft gehörigen Betriebe stamme ganz besonderer Bedeutung zu schenken sei.

Es ist nur zu wünschen, daß baldigst gesetzlich auf dem Gebiete der Anbringung von Schuhvorrichtungen an Maschinen etwas geschieht, damit Leben und Gesundheit der Arbeiter und Arbeiterinnen infolge von kapitalistischen Profitgründen bestimmten Verhaltens der Maschinenfabrikanten nicht freudlich aufs Spiel gesetzt wird.

Beruhigungspulver der Reichsbahngesellschaft.

Von zuständiger Seite erschien Wolffs Telegraphen-Bureau: Immer wieder taucht in der Öffentlichkeit und im Reichstag die Behauptung auf, die Reichsbahn-Gesellschaft beabsichtige das Betriebsbeamtenamt zu beseitigen und immer wieder sieht sich die Reichsbahn-Gesellschaft genötigt, dieser Behauptung entgegenzutreten. Schon die Tatsache, daß es bei der Durchführung des Dawesplanes gelungen ist, an Stelle von Angestellten den Reichsbahnamt zu schaffen, sollte genügen, diese Behauptungen zu entkräften. Nunmehr wird die Absicht der Reichsbahn-Gesellschaft, die hinsichtlich der Kündbarkeit und Unkündbarkeit bei den ehemaligen Länderbahnen bestehenden Verschiedenheiten endlich durch eine für die gesamte Reichsbahn einheitliche Regelung zu erledigen, ernst zum Vorwand für die Wiederholung der gleichen Behauptung aufgegriffen. Mit dieser Absicht ist indessen eine „Entzerrung der Beamten“ leineswegs verbunden; sie bezieht sich ausschließlich auf neu angestellte Beamte, taftet also die bestehenden Rechte auch nicht eines einzigen bereits im Dienst befindlichen Reichsbahnbeamten in irgendeiner Weise an. Den vorhandenen Beamten wird nichts genommen werden; im Gegenteil, laufende von Beamten würden durch die beobachtigte Neuregelung besser gestellt als bisher.

Die scharfe Kritik des Reichstages an der Beamten- und Lohnpolitik der Reichsbahn-Gesellschaft hat diese zur Verabschiebung obigen Beruhigungspulvers an die Öffentlichkeit veranlaßt.

In letzter Zeit ist es in verschiedenen Provinzialheil- und Pflegeanstalten üblich geworden, für das beauftragte Pflegepersonal Arbeitszeiten einzuführen, die das Mahl dessen erheblich überstreichen, was Menschen zu leisten imstande sind. In einer Anstalt Ostpreußens z. B. müssen Pflegerinnen bei pflegebedürftigen Kindern in der Woche 81 Stunden reinen Tag dienen und selbst Sonntags für einige Zeit zur Verfügung stehen. In Anstalten Pommerns und Schlesiens sind sogar Arbeitszeiten seinfach Arbeitsbereitschaftsdienst) von 131 Stunden wöchentlich üblich. In diesen Anstalten wird auch von dem übrigen Pflegepersonal zum Teil solche Arbeitszeit verlangt, obgleich die Verordnung über die Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten vom

13. Februar 1924 für dieses Personal eine Hocharbeitszeit von 60 Stunden für die Woche festlegt.

Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtags fordert deshalb, daß die Provinzialverwaltungen angewiesen werden, die Arbeitszeiten des Pflegepersonals im Sinne der Verordnung vom 13. Februar 1924 zu regulieren.

Zur Schulentschlüsselung.

In kurzer Zeit entlässt die Schule wieder viele Kinder in das Berufsleben. Die Entscheidung für einen Beruf wird nicht immer leicht sein und es hat sich später oft gezeigt, daß junge Menschen für den erwählten Beruf nicht die Eignung besaßen, um den beruflichen Anforderungen völlig gerecht zu werden. Nirgendwo ist mehr Vorsicht geboten, als bei dem Berufswahl. Alle Eltern, die die Absicht haben, ihre Schulentslassenen Kinder vom laufmännischen Berufe zu zuführen, wenden sich aus diesem Grunde rechtzeitig an den Zentralverband der Angestellten. Er erfüllt in allen Fragen der Berufswahl kostengünstige Auskunft. Die Leipziger Geschäftsstelle befindet sich Brüderstraße 17.

Eisenbahnerstreik in Elsass-Lothringen.

U. Strasbourg, 10. Februar. Die elsass-lothringischen Eisenbahner-Gewerkschaften haben am Dienstagabend den Streik beschlossen, weil ihre Forderungen vom französischen Arbeitsminister nicht bewilligt worden sind.

Sozialdemokratischer Antrag zur Verminderung der Gewerkschaftslosigkeit in Preußen. Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtags fordert in einem Antrage zur Verminderung der Gewerkschaftslosigkeit insbesondere, daß ein namhafter Teil der für 1924 vorgesehenen Mittel für öffentliche Bauten schon jetzt zur Verfügung gestellt werde. Für die Finanzierung des Wohnungsbaus soll vorschreitweise ein Betrag von 50 Millionen Reichsmark den Kommunalverbänden überwiesen werden.

Zur Berechnung der Wartegelds- und Ruhegehaltsbezüge. Im Reichstag ist ein Antrag eingegangen, in dem die Reichsregierung erachtet wird, 1. der Berechnung der Wartegelds- und Ruhegehaltsbezüge nur das Grundgehalt zugrunde zu legen und daneben das volle Wohnungsgeld des jeweiligen Wohnungsortes zu gewähren; 2. der Berechnung der Bezüge von Witwen- und Waisen den Beitrag des in dieser Weise berechneten Ruhegehalts zugrunde zu legen, sowie das Wohnungsgeld, auf das der Verkörperte Anspruch gehabt hätte.

Die Bedürftigkeitsprüfung erwerblosen Tabakarbeiter. Ein vom Steuerausschuß des Reichstags gehöriger Untersuchungsausschuss hat am Montag beschlossen, im Steuerausschuß eine Änderung des Artikels 3 des Tabaksteuergesetzes dahingehend vorzuschlagen, daß für die vollerwerbstreibenden Tabakarbeiter und Angestellten die Bedürftigkeitsprüfung künftig in Fortfall kommen soll.

Rückbildung des Mantelaristes in der östlichen Textilindustrie. Die Unternehmer der Textilindustrie in Ostfalen haben den Mantelarist gekündigt, der am 28. Februar d. J. abläuft. Die Rückbildung kann doch nur den Zweck haben, den gegenwärtigen schlechten Beschäftigungsgrad zu beruhigen, um der Arbeiterschaft schlechtere Arbeitsbedingungen aufzuzwingen. Bis jetzt haben die Unternehmer noch keine neue Vorlage eingerichtet, auch ist noch kein neuer Verhandlungstermin angesetzt.

Wohnabbau in der rheinischen Zuckerindustrie. Wolffs Telegraphenbüro meldet: In der heutigen Schiedsgerichtssitzung, zu der beide Parteien selbstgewählte Bevölkerung gestellt hatten, wurde einstimmig ein Schiedsspruch dahin gefällt, die Löhne von 65 auf 80 Pf. bis zur nächsten Kampagne herabzusezen.

Coolidge lehnt die Vermittlung im Kohlenarbeiterstreik ab. Präsident Coolidge hat die Vermittlung in dem seit Monaten währenden pennsylvanischen Kohlenarbeiterstreik abgelehnt.



In Stadt und
Land
Warna!
als gute Kernseife bekannt

Eros im Stacheldraht.

Bon Hans Otto Henel.

Nachdruck verboten.

Der „König in Holland“ erhält unter den Besatzungstruppen bald den Ruf eines Ortes, wo man sich lustig und ungeniert austoben könne. Abends, nach dem Dienst, ziehen hier nicht nur die eingeschworenen Feldgendarmen, sondern auch Leute von anderen Truppenteilen sanden sich ein. In den von Tabaksqualm erfüllten großen Gaststücken herrsche ein lärmvoller Trubel. Charlot ließ die Wirtschaft nach von Dienstboten besorgen und fühle sich neben ihrem Liebhaber am wohlsten unter den tollenden Gästen.

An Julias lärmstem Geburtstage ging es im Gasthaus außergewöhnlich hoch her. Da erfuhren die Wachtmänner durch einen unbedachten Wort Charlot von dem Festtag des Mädchens. Unter Jubel wurde das junge Ding hereingeholt, wurde als nunmehriges Fräulein gefeiert und mußte mit dem einen und anderen auf ihre Gesundheit anstoßen. Und wo Julia war, kam natürlich Mariete noch. Die beiden Kinder wurden im Handumdrehen Mittelpunkt dieser Gesellschaft färmender Soldaten, und empfanden es selbst nur als unschuldige Fröhlichkeit. Sog doch die Mutter, im gewohnten Zustande der Halbunkultur, mit unter den lachenden Männern. Als man hörte, daß beide Mädchen gute Klavierspielerinnen seien, musten sie sich an das Piano setzen und spielen. Da sie nur die ersten Sachen ihrer kindlichen Schule vortrugen, schwor der Offizier-Stellvertreter, daß er ihnen morgen einen ganzen Paket Noten der neuesten lustigen Lieder besorgen werde.

Und er brachte sie. Die Mädchen waren jetzt jeden Abend in der Gaststube, musterten die neuen Gassenhäuser und lernten mit den Gästen scherzen. Der Mutter fiel es gar nicht mehr auf, wenn die Kinder zu ihrem Geplauder den von den Soldaten untergelegten Text sangen:

Die kleinen Mädchen, die muß man irrogen,
Ob sie im Sommer auch Höschen tragen,
Die kleinen Mädchen sind sehr gescheit,
Sie wissen mit den Hosen schon Bescheid.

Charlot hinderte sie nicht, sondern trällerte das Zeug vergnügt mit. Sie hatte jede Unterscheidung, den Blöf für das, was

sie tot, verloren. Die tonangehenden Herren im Hause waren die Wachtmänner, vor allem Charlot's Gefährter. Die Dienstboten hielten die Wirtschaft im Gange, und Charlot selbst hatte eigentlich nur noch Sinn für das Trinken und die nächtlichen Ausflusungen im Bett ihres Liebsten. Der Alte und das Stimmrozeln des Offizier-Stellvertreters beherrschten sie. Ost war sie schon um die Mittagszeit nicht mehr nützlich. Wenn Pieter Molnar sich unverhohlen zurückgekommen wäre, so hätte er sein Haus und seine Familie sicherlich nur mit Entsetzen wiedererkennen.

Als Charlot eines Nachts mit ihrem Gefährten ihre Kammer aufsuchte, überraschte sie Julia auf dem Korridor in den Armen eines Wachtmasters. Obwohl fast betrunknen, machte sie doch einen schwärmischen Versuch, das Paar zur Rede zu stellen, aber der Offizier-Stellvertreter beschwichtigte sie leichtlich:

„Läßt sie doch! Das Mädchen ist reif und macht nichts anderes, als was wir alle tun. Einmal muß sie doch anfangen.“

Charlot gab sich wirklich aufzuladen, und am anderen Morgen wußte sie schon nichts mehr davon. Was hätte auch ein Protest oder eine erzieherische Vermahnung genutzt? Die beiden Mädchen waren ihr ja doch über den Kopf gewachsen und hätten sich von niemand, am wenigsten von der beispielgebenden Mutter, aufrecht rütteln lassen. Julie zum mindesten verfehlte mit der Mutter aus gleichberechtigtem Huße.

Um Weihnachten herum spürte Julia die Anzeichen der Schwangerschaft. Unter Flüchen erzählte sie es der Mutter und mit Flüchen nahm diese die Mitteilung auf. Ein Apotheker, der im Hause verkehrte, wurde um seine Hilfe angegangen, und sein Mittel befriedigte Julia auch von der Sorge. Aber jetzt gab es für die Kleine überhaupt keine Hemmung mehr. Die Bloßhaber wechselte sie nach ihrer Laune oder von Geschenken, die diese anlegen konnten. Von den einquartierten Wachtmännern wurde sie als gemeinschaftliches Eigentum angesehen, und es gab kein Bett in den einzelnen Quartierstuben, das sie nicht benutzen konnte.

Charlot sah alles und sah doch nichts. Der andauernde Alkoholgenuss hatte sie stumpfsinnig gemacht. Von ihrem Liebhaber aufgegeben, war sie in ihrer Verkommenheit so widerwärtig geworden, daß sich nur selten noch ein Neuling in ihr Bett verirrte. Die Männer hielten sich viel lieber an die nun sechzehnjährige ge-

wordene Julia, und mancher schwelte, wenn auch vorläufig noch vergebens, auf das knappende Matrasse.

Das Idyll der Feldgendarmen im „König in Holland“ hatte zwei Jahre gewährt und hätte vielleicht auch die zwei weiteren Jahre der deutschen Besetzung angedauert, wenn ihm nicht durch ein Machtwort der obersten Belagerungsbehörde ein jähes Ende bereitet worden wäre. Und das kam so:

Ein Wachmeister meldete sich bei seinem zuständigen Stabsarzt als geschlechtskrank. Er gab an, in den letzten Monaten einzige gefordert, untersucht und als schwer erkrankt befunden. Sie durfte nicht einmal nach Hause zurückkehren, sondern wurde unverzüglich nach dem Hospitalgefängnis für geschlechtskrank Frauen transportiert. Aufmerksam geworden, beauftragte die Sanitätspolizei, auch die übrigen Hausbewohner zur ärztlichen Untersuchung, und es stellte sich heraus, daß die ganze Einquartierung, zwölf Wachtmänner der Feldgendarmen, mit Gonorrhöe infiziert waren. Sie wurden alle in das Lazarett eingeliefert, und das Haus war nun mit einem Schlag leer.

Aber nur zwei Tage. Dann erhielt die Wirtin den Befehl der Stadtkommandantur, das Haus sofort zu räumen. Es wurde die nötigsten Sachen auf einem Wägelchen hinter sich herziehend, da sie froh des frühen Morgens wie gewöhnlich schon leicht bewußt waren, hergerichtet. Bei ihrer Schweiße in einem Häuschen der Vorstadt fand die einst in ganz Holland als mustergültige Wirtin verblümt Frau ein befreudendes Unterkommen. Als sie aber bei der zu nehmenden Rolle das blutjunge Mariete dazu anhielt, sich an deutsche Offiziere zu verlügen, schwieg sie nach einiger Zeit von den empörten Nachbarn verfragt. Ja Brügge weiß niemand, was aus ihr geworden ist. Mariete aber, und nach ihrer Entlassung aus dem Hospital auch Julia, haben dann während der Dauer der deutschen Besetzung eine Rolle als Soldatenbüttchen gespielt.

Ob Pieter Molnar nach dem Friedensschluß zurückgekehrt ist und was er angesichts der Zerstörung seines Familiengutes gefestigt hat, -- das wird man in Brügge nachfragen müssen.
(Fortsetzung folgt.)

Seuilleton

Mittwoch, 10. Februar 1926

Bei den Verschollenen.

Von Albert Daudet.

Gleich zu meiner Ankunft in Marcella ging ich, begleitet von meinem Leben, dem Gedanken nach: „Was nun?“ Ich geriet dabei in immer lästiger werdenden Unbehagen. Denn Marcella schien mir zu trocken und roh daher, weil ich mich schließlich schon nach Spanien sehnte, bloß noch Pferdemist. Da ich kein Geld mehr bezahle, und ich als mein Vermögen nicht mit wenigstens einem vierzig Liter Wein leben könnte, bewogen eilte ich in den Hafen, auf die schöne Mole. Das Meer atmete ruhig. Und die Wellen leise die unteren Konten der wild aufeinandergekippten, gewölbten Uferblöcke, an denen sonst die Sturmflut zerkleinerte. Auf einmal, als ich schon so einigermaßen bestürzt auf der langen Mole dahin läuft, vernahm ich aus einem Spalt zwischen den schweren Betonfelsen ein Gemurmel deutscher Stimmen. Ich lauschte.

Und da mich plötzlich von da unten her ein rauhes Auflachen in den Ohren ließ, fragte ich ermuntert in den Spalt. Ich gesangt in eine niedrige Höhle, die in ihrer Breite ganz offen war zur See, und deren Ausgang besant und flach im Wasser endete. In diesem Raum hockten wie Tüten drei struppige, bartähnliche Burschen einem Aten gegenüber, dessen flachgelber Bolshoi wie neu aussah. Ich begrüßte die bestrendet schauende Gesellschaft schon doch halb freundlich, weil ich ja, ohne es zu sagen, zum Ausdruck bringen wollte: „Guckt, ich bin ja so arm wie ihr; lasst mich bei euch verweilen! Der eine Bursche fragte mich, von wo ich komme. Ich legte mich also neben den Aten und berichtete über meine Herkunft. Als ich ihnen auf ihr Verlangen auch von meinen Romanwerken und ganz besonders von meinem jüngsten Roman „Wegen Trauer geschlossen“ erzählte hatte, da sagte der eine der verworchoft austschiedenden Burschen: „Du, geh bloß nicht weiter! Gib acht! Sonst geht's dir wie uns!“ Ich horchte auf in Bewunderung über diese Seele, die da zu mir sprach. Und wie schwiegen eine Weile...

Plötzlich lagte ich aus meiner Beiseite heraus, die mich bannete: „Wenn ich bloß wieder einen Reisepack hätte; meine wurde mir in Monte Carlo geraubt, der war in meiner Reisetasche. Verflucht...“

Die drei struppigen, bartähnlichen Burschen und der zerlumpte Aten schauten vor sich hin und atmeten schwer wie Schlafende. Es ward düster in der Höhle. Auf einmal räusperte sich der Bursche und sagte: „Wir können die helfen!“ Er zog aus seiner Hosentasche ein Notizbuch; dem entnahm er einen Schell und reichte ihm mir mit den Worten: „Da sieh' drauf, daß du Karl Biermann heißt, am 23. November 1899 in Eisenach geboren wurdest und von Beruf Steinmetz bist!“ Ich nahm den Schein, und als ich sah, daß es ein prächtlicher Pap war, der von dem deutschen Konsul in Genf herausgegeben wurde, da fragte ich den Burschen, der mit den Pauschalen ausgehändigte hatte: „Wo ist denn der...?“ Er und sein linker Nebenmann beantworteten meine Frage mit Achselzucken. Und ich forschte: „Wiezo denn...?“ Und da sagte der rechte Nebenmann des einen: „Wie drei hier und Karl Biermann, wie und abends hinausgeschwommen auf Reede vor Kalkutta, an einen Dampfer, auf dem wir dann 'was zu essen kriegt haben, von den Seeleuten. Karl Biermann aber kam damals nicht an dem Dampfer an... Wir fanden dann an Land nur seine Jacke neben den unregen wieder. Aber er kam auch nicht an Land an, das heißt: er — er ist verschollen.“ Dort gibt's viele Haine...“

Der Aten flüsterte vor sich hin: „Vor dreizeig Jahren begann ich meine Reise...“ Der eine Bursche: „Mich vermißt auch niemand mehr!“ Und die andern nickten. Der Ate: „Aber wirbleben hier noch beisammen, wir...“ Der linke Nebenmann: „Bald wird uns hier die Flut vertreiben!“ Der Aten schaute hin zum Wasser und seufzte: „Die kommt erst heute Nacht!“ Der eine Bursche: „Ich verborge mich...“ Der linke Nebenmann ergänzte: „Wir müssen uns verbergen, noch heute Nacht, an Bord...“ Ich fragte: „Wo ist euer Ziel?“

Da bestätigte der rechte Nebenmann, der jüngste: „Kuba! — wir drei, wir wollen mit nach Kuba, heimlich, heute Nacht, mit nach Kuba!“ Eine unheimliche Stille erschützte die Höhle. Und da lachte der Aten plötzlich auf, rauh, verzweifelt... Ich erschrak. Ich verbarg den Pausch-Schein in meiner Rocktasche und lauerte mich. Auch die andern lauerten... So hockten wir beisammen in der Dunkelheit, bis uns die Füße hochtraten.

Während wir schwiegend auf der Mole zum Hafen gingen, sah ich, hinschauend auf das noch schwarze Wasser, auf dem der Mond einen Schwarm heller Wellen durcheinander plätschern ließ, daß ich am liebsten noch heute Nacht Marcella verlassen würde. Der eine Bursche erwiderte mir: „Ob unten, dieser Dampfer, der schwarze, fährt morgen früh ab nach Barcelona!“ Und da fühlte ich mich plötzlich erleichtert durch den Gedanken: „Spanien!“ In der Nähe des schwarzen Dampfers verabschiedete ich mich von den Verschollenen. Dann schlich ich an Bord und verbarg mich, um ganz sicher versteckt zu sein, in dem tiefen Dunkel des Kohlenbunkers...

Die kleine Stadt.

Von Anna Siemsen.

Wir haben in Deutschland eine Menge Geschichten, welche die kleine Stadt von ihrer freundlichen, behaglichen, röhrenden Seite schildern. Deutschland ist bis vor wenigen Jahrzehnten ein Land der kleinen Städte und ihrer Kultur gewesen. Und alle Lobredner der guten alten Zeit und aller Verehrer der Heimatkunst sehen in ihr den Inbegriff des Behagens, den Boden, auf dem persönliche Eigenart, Originalität und Humor gedeihen. Sogar der Spott, der sich mit ihr beschäftigt, ist heiter und wohlwollend, von Gottfried Kellers Seldwyanos bis zu Ludwig Thomas därmlichen Kleinstadtdächungen. Einzig Heinrich Mann bringt einen Mikro-Fluss in diesen Chor wohlwollender Zufriedenheit. Er sieht die Gemeinde, den Amt, die dumpe Beschränktheit der kleinen Städte und die erbitterten Kämpfe, die im engen Rahmen um so erbarmungsloser ausgetragen werden. Und Hans Reimann gibt uns einen besonderen, den hässlichen Typus des Spießbürgers, nüchtern und lächlich wie ein sezierender Arzt.

Im übrigen gehört es zum guten Ton, die kleine Stadt durch die Brille einer heiteren Rührung zu betrachten, eine gefährliche Sache in unserer Zeit der harten Wirklichkeiten und Gegenwart.

Darum ist es nicht nur literarisch, sondern auch politisch ein Verdienst, daß der Büchereicls (Dieder-Verlag, Berlin) als letzte Veröffentlichung eine Kleinstadtdichtung von Maxim Gorki: Der Sohn deronne, herausgebracht hat, die nicht rosig verklärt, sondern schwer Wirklichkeit schildert.

Es scheint mir sehr wenig zu bedeuten, daß diese Geschichte in Russland spielt. Wir wissen alle, wie die großen russischen Dichter erzählen. Wir kennen alle Gorkis schwermütige Innigkeit. Es ist wunderschön, wie er einen Klostergarten schildert, eine gräßig bewachsene Straße in Sonnagsruhe, das russische Land im drängenden Frühling unter der heiteren Himmelsdecke, im Erstarken des Winters. Es ist wundervoll, wie er Menschen lebendig werden läßt. Aber nicht das ist in dieser Geschichte das Wichtigste, und das Freude der russischen Lektüre ist sogar nebenbüchlich.

Gorki schildert uns das Leben eines einfachen Menschen. Er hat Leidenschaft und Lebenssehnsucht vom Vater geerbt, Gefühle für

Liebe, Reinheit und Gerechtigkeit von der Mutter, die ins Kloster geschlossen ist. Sein Leben erschlägt in dem irigen Sumpf des kleinstädtischen Daseins. Alles, was ihn umgibt, ist dumpf, niedrig und hoffnungslos. Alle Menschen in dieser Stadt laufen einander auf, flüchten einander, suchen sich zu schaden und zu überstimmen. Es gibt keine Freude an ihrer Arbeit, nur ein unfruchtbare Herauswirtschaften. Wer es kann, verlässt und verschlägt den Tag. Es gibt keine Teilnahme an persönlichen oder öffentlichen Dingen, nur Klatschsucht und Neugier. Es gibt kein Lernen und Vorwärtsstreben. Überglücke und dumme Unwissenheit verbaulen jeden Weg nach vorn. Es gibt weder Liebe, noch Wohlwollen oder Vertrauen. Die Männer mißhandeln und vergewaltigen die Frauen, die Eltern die Kinder, die Kinder die Armen, und noch die Armen gucken herunter auf die Dauern und sind empört, daß ihre Leibbegierden aufgehoben wurde.

Nicht etwa daß diese Menschen schlecht sind. O nein, es ist die Atmosphäre der hoffnungslosen Enge und Armut, die solch kleine Städte umgibt. Um die festen Schlingen dieser trostlosen Langeweile zu zerreißen, die in dem Menschen zuerst das Tier weckt und ihn dann, seine Seele ganz unmerklich entzündet, in ein stumpfes Glück Bieb verwandelt, bedarf es einer ununterbrochenen Anspannung der ganzen geistigen Kraft und eines unerschütterlichen Glaubens an die menschliche Vernunft. Diesen Glauben aber gibt dem Menschen nur die rege Teilnahme an dem großen Leben der Welt, wie die Sterne am Himmel müssen ihm stets die Leuchtfelder aller Hoffnungen und edlen Bestrebungen, die unverlöslich auf dem Erdentund stammen, sichtbar bleiben. Von Oktow aus sind diese Leuchtfelder freilich schwer zu ergründen...

Oktow lag überall in Rusland, wo in einem engen Leben unter dem Druck der Kaiserlichen Gewaltsherrschaft die Menschen unglücklich, feig und brutal geworden sind. Oktow, die kleine Stadt, die Provinz, das Spießbürgertum, ist die Gesicht für die russische Entwicklung, wie für jede Entwicklung. Es ist gut, dies Buch zu lesen, um sich klar zu werden, welche ungeheure Arbeit der Erziehung und des Aufbaues in Rusland zu leisten ist, bevor die neue Gesellschaft sich bilden kann.

Oktow liegt nicht nur in Rusland. Es liegt auch in Deutschland an Hunderten von Stellen. Vielleicht äußert sich bei uns die Brutalität etwas verhältnismäßig und der Überglücke etwas „gebildeter“. Aber wir brauchen nur in irgendwie Losabblättchen zu gucken oder in den Eisenbahn und im Restaurant den Neden der Herren Müller und Schulz aus Tuntendorf und Buxtehude zu hören. Hier wie dort ist die gleiche stumpfe Atemlosigkeit. Die Brutalität aus Angst, die Klatschsucht aus Langeweile, die schäßige Missgunst aus Unwissenheit. Hier wie dort quälen entstellt und entartete Menschen sich und andere durch ein Leben, das nicht lebenswert ist.

Es kann einen wohl die Angst erfassen, wenn man unsere proletarische Jugend zuversichtlich singen hört: „Der Mensch ist gut“, und dann diese Männer und Frauen sieht, die gar nicht menschlich mehr sind, vornehmst durch die Enge und Dode eines unerträlichen Daseins. Es könnte einen die Angst erfassen, wenn wir nicht wählen, daß solche Missbildungen verschwinden mit ihren gesellschaftlichen Ursachen.

Gorki bringt eine junge Frau in die kleine Stadt, als politische Verdonne, die bisher „das Volk“ nicht kannte, die den hoffnungslosen Sumpf dieses Kleinstadtlebens und die gewaltige Aufgabe sieht, ihn trocken zu legen. Sie weiß in dem Helden das Bewußtsein, daß es ein anderes, besseres, höheres, daß es ein Leben gibt, das diesen Namen verdient. Und für ihren Sohn schreibt er als Preis seinen Bericht, damit er von den traurigen Zuständen des russischen Kleinstadtlebens ein richtiges Bild erhalten. Das ist Gorkis Ausbildung in die Zukunft. Er legt Zeugnis ab von den Dingen, die sind, um ihre Heilung möglich zu machen.

Das ist der politische Wert dieses Buches: es öffnet unsere Augen für das, was ist, und was wir kennen müssen, um es zu überwinden. Es zeigt uns die hoffnungslose Tot und die stumpfe Gemeinkheit, die hinter unsern materiellen Kleinstadtstilen ebenso sich verbirgen, wie hinter den Hatten und Kürschentuppen des russischen Oktow. Es zeigt uns, welche Aufzähmbarkeit auf uns wartet.

Sein dichterischer Wert ist seine tiefe und reine Menschlichkeit, die durch alle die Schilderungen der Trostlosigkeit hindurch „singt wie eine ewige Melodie. Aber dafür braucht man bei Gorki keine Worte zu verlieren.“

Das Stadthallen-Projekt.

Endlich haben alle Kreise der Arbeiterschaft und des Bürgertums die Notwendigkeit einer Stadthalle für Leipzig eingesehen. Bereits vor einem Jahre hatte ich schon einmal diesen Gedanken aufgeworfen, auch war eine Eingabe an den Rat schon fertig, doch der Plan scheiterte leider an der Gegenerklärung des Generalmusikdirektors Brecher: „Leipzig habe eine solch Halle nicht nötig.“ Doch hielt ich an der Idee fest und glaubte an ihre Verwirklichung, wenn alle Leipziger Leute dafür interessiert würden und siekt mich mit dem zweiten Gauvorstand des Bürgerlichen Sängerbundes, Rechtsanwalt Brecht, in Verbindung, der auch den Bau einer Stadthalle für dringend notwendig hält. Die Einladung der Arbeiter- und Bürgerschen Korporationen erfolgte und unsere Vorschläge wurden von allen mit Begeisterung aufgenommen und nun mit einer Eingabe an den Rat und die Stadtverordneten gerichtet.

Darin wird vor allem um die Festlegung eines Platzes für die Halle gebeten, und zwar sind im Vorschlag die Lindenauer Wiesen und die Straße des 18. Oktober; letztere wegen der besseren Verbindung mit der Technischen Universität. Beide Plätze haben den Vorteil, in der Nähe der inneren Stadt zu liegen. Auf alle Fälle möchte ich hier vorwerben, daß die Rentabilität der Halle gesichert ist, da nicht nur große Chorlongerie (wozu sich die Überhalle, das Zentraltheater und der Zoo schon lange nicht mehr eignen), sondern auch Turn- und Sportveranstaltungen, große Konzerte, Versammlungen, Volks-Sinfoniekonzerte darin abgehalten werden können. Durch die Größe der Halle, die drei bis viertausend Personen fassen soll, wird der Bevölkerung Gelegenheit geboten, Veranstaltungen, sei es künstlerischer oder anderer Art, für ganz billige Eintrittspreise zu besuchen. Sehr wichtig ist natürlich bei solch einer großen Halle die Bauausführung; denn wenn sie drei- bis viertausend Zuhörer zählt, Zuhauer fassen soll, muß man auf ungefähr tausend Mitwirkende rechnen, dazu noch der Einbau einer Orgel. Dabei werden Schwierigkeiten entstehen, eine gute Akustik zu erzielen. Darum braucht man vor allem einen tüchtigen Baumeister. — Ich bin fest überzeugt, daß sich die großen Kongresse von Leipzig nur deshalb ferngehalten haben, weil sie keinen geeigneten Raum dazu besaßen. Die Mirog sowie das Mehlamt werden auch die Halle gut gebrauchen können, namentlich die Messe, die für ihre Aussteller nicht genug Raum findet, wird starkes Interesse daran haben.

Um den Raum der Stadthalle gut auszunutzen, kann der Rat — wenn er die Angliederung des Orchesters, die ich in meinem Artikel vom 15. Januar vorschlug, vornehmen sollte — große Volks-Sinfoniekonzerte darin veranstalten. Natürlich wird von verschiedenen Seiten der Einwand kommen, wir brauchen Geld für wichtige Angelegenheiten als der Bau einer Stadthalle. Dem liegt ich erwidern, daß gerade die großen Arbeitslosigkeit durch solche Projekte ein wenig abgeholzen werden könnte, zumal neuesten Mitteilungen zufolge das Reich Mittel zur Verfügung stellt, um die allgemeine Bauaktivität zu fördern. Die Stadt Halle, die doch kaum die Hälfte der Einwohnerzahl Leipzigs

besitzt, berichtet am 18. Dezember 1925: „Die Stadtverordneten beschlossen, das 46 Morgen große Gelände „Lehmans Feld“ aus dem Besitz des verstorbenen Bankiers Lehmann für 80 000 Mk. auszuladen, um dort eine Stadthalle zu bauen, eift recht einschneidend. Jedenfalls sollte verhüllt werden, daß bei ablehnender Entlastung des Rates die ganze Sache etwa dem Privatkapital überlassen bleibt. Man wäre sonst wieder privater Interessenwirtschaft ausgesetzt, und von Verbildigung einzelner Veranstaltungen wäre keine Rede mehr. Vielmehr müßte der Rat das Mehlamt und die Mirog zur Herstellung des Baues heranziehen, dann würden durch ihre Mitbeteiligung dem Rat die Kosten nicht allein aufgebürdet. Über der Rat und die Stadtverordneten werden das Projekt jedenfalls ernstlich erwogen und sich hoffentlich selbst darüber einsehen, daß es bald verwirklicht wird.“

Baronet Lichi.

Krisis im Rundfunk?

In der Radio-Literatur wird immer häufiger von der Krisis im Rundfunk gesprochen. Man bezeichnet damit die Tatsache, daß monatlich Tausende von Rundfunkhörern die Zahlung der Gebühren einstellen. Es melden sich zwar immer wieder neue Tausende an und die Anmeldungen übersteigen die Abmeldungen, aber die Neu anmeldungen haben ihre Grenze in der Bevölkerungszahl. Eines Tages werden nur noch Abmeldungen zu verzeichnen sein. Was dann? fragt man.

Es steht uns nicht an, zu prophezieren, aber wir beweisen, daß die heutige Art des Abonnements wird aufrechterhalten lassen. Solange aber die gegenwärtige Regelung bestehen bleibt, muß ver sucht werden, die Krisis zu beheben, deren äußerliches Symptom die Abmeldungen sind. Die Krisis selbst liegt in den Programmen, in ihrer Wirkung auf die Hörer. Nachdem das Ungewohnte, Neue der Radiotechnik an sich keine Anziehungskraft mehr ausübt, müssen die Hörer sie immer wieder Interesse einföhlen.

Das Leipziger Rundfunk-Programm der vergangenen Woche gibt Anlaß zu solcher Betrachtung. Es brachte Operettenschlösser und Wiener „Hamur“ für die weniger Anspruchsvollen. Heim ausgewählte Dichtungen für den verblödeten Geschmack. Einen guten Mendelssohnabend und ein Sinfoniekonzert. Schließlich war ein Abend der „Musik am Sächsischen Hofe“ gewidmet. Dies ist eine Lieblingsbeschäftigung des Rundfunks. Ausgrabungen auf künstlerischem Gebiete zu veranstalten, anstatt mit seinem neuen Mittel auch dem Neuen zu dienen. Man hat erwartet, daß das Radio gefüllt würde mit neuem Inhalt, daß es Verbreiter und Anreger würde für die jungen Kulturellen Ideale. Aber nichts von dem. Das vergangene Jahr brachte ein typisches Beispiel für das Programm der deutschen Sender. Obwohl der Leipziger Sender öfters mutige Ansätze gemacht hat, gilt allgemein, daß man in ausgetretenen Bahnen geht. Wir glauben, daß darin die Krisis begründet ist. Denn die Krisis im Rundfunk ist keine Einzelerscheinung. Sie ist bedingt durch die Krisis der gesamten bürgerlichen Kultur, auf die er stützt. Man glaubt dadurch Abhilfe zu schaffen, daß man ver sucht, jedem Geschmack etwas zu bieten, ohne zu bedenken, daß dies dahin führen könnte, den primitivsten Instinkten entgegenzukommen, solange man die alten Bahnen befreit. Man denkt an die Ausstattungsrevue, ans Kino. Der Rundfunk will das vermeiden. Er muß deshalb neue Wege suchen, über die noch zu sprechen sein wird.

Kleine Chronik.

Ein Kenner des menschlichen Gehirns. Mit dem Tode des Professors Camillo Golgi von der Universität Pavia in einem 83. Lebensjahr ist eine Leuchte der internationalen Wissenschaft erloschen. Seit Albert von Köller, der Würzburger Rektor der mikroskopischen Anatomie und Embryologie, im Jahre 1887 auf die jubiläumigen Einzeluntersuchungen des Pavianer Gehirns über das Zentralnervensystem hingewiesen hat, zählt Golgi in der internationalen Vergleichswelt zu den Großen, dessen klinische Erfolge seinen Fortschrittsrumm übertragen. Das von Golgi soeben anberholtene Gebiet bildete die Lehre von den feinen Geweben im Gehirn, in der grauen Rinde und in der weißen Masse; seine Methode besteht in der Färbung der Nervenbahnen und -fasern mit Silbernitrat, wodurch sie schwarz werden und dadurch die feinen Verästelungen in der Zentralelektrographieleitung mit ihrem engmaschigen Netz, mit ihren Umhüllungen durch Kette und Einschlag und den verschiedensten Leitungsbahnen zwischen den Nervenzweigen und unterteilten Zentren im Gehirn aufzeigen. Für den unendlich komplizierten Aufbau des Zentralnervensystems vertrat C. Golgi mit seinen Entdeckungen des Nervengewebes, der Neuroglia und den winzigen Körperchen (Golgische Zellen) die Theorie, daß die Weiterleitung der Nerventeile, das Neurocyt, nicht durch Continguität, sondern durch Continuität des Nervenzweiges bzw. ihrer Fortsätze erfolge; dieser Beweis wurde durch die mikroskopische Erforschung der Gewebezone in den Ganglionen und Fibillen erbracht. Ramon y Cajal in Madrid steht völlig auf den Schultern Golgis. Zusammen mit R. v. Bunge in Basel, A. Forel in Zürich (Vevey) beschäftigte sich Golgi mit den Vergleichungserscheinungen des Gehirns durch Alcohol und Morphium, durch die Pestizide und Malaria. In wackerem Belästigung des Materialiebers suchte Golgi durch seine Untersuchungen über die tertären und quaternären Formen des bovinen Nervens nebst Grassi und Magliocaja an erster Stelle als wichtiger Wohlträger für die Menschheit. Golgi war von vorbildlicher Beherrschung und einfacher Lebendsführung; der ihm anno 1906 verliehene Nobelpreis für Medizin (192 000 Lire) ist von dem anpruchsvollen Gehirnen und unermüdlichen Arbeitserstoss wissenschaftlichen und wohltätigen Stiftungen zu gewichen worden.

Dr. F. L. Helz Salander vom Operetten-Theater singt Lieber zur Laute. Seine etwas harte, wenig geschliffene Sopranstimme zeigt gleichwohl vollkommen scharfe Beherrschung des Instruments. Sänger kann er auch, und trotzdem kommt seine bestredigende Leistung aufzustecken. Salander schreit zu sehr nach außen, er verwendet zuviel Energie auf die Herausarbeitung tenorischer Gesichtslösung, die zum Klappern und unangebracht ist. Daß der Sänger seine Texte nicht beherrschte, wirkt ebenso peinlich wie seine Entschuldigung deswegen.

Mitteilungen des Städtischen Theaterintendanten. Sonnabend, den 13. Februar in „Tristan und Isolde“ singt Melanie Kurt die Rolle. — „Rumpelstilzchen“ kommt Sonntag, den 14. Februar zum 50. Male zur Aufführung.

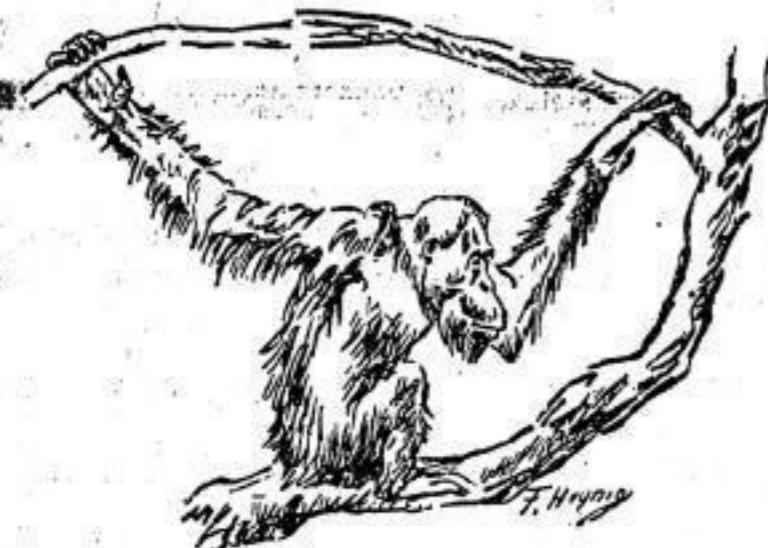
Wegen der andauernden Nachfrage nach „Triumph der Jugend“ wurde Pamela Wedekind für zwei weitere Gastspiele Freitag, den 12. und Sonntag, den 14. Februar verpflichtet.

E. T. A. Hoffmann-Ausstellung in der Deutschen Bücherei. Aus Anlaß des 150. Geburtstags von E. T. A. Hoffmann (geb. 24. Januar 1776) findet in der Deutschen Bücherei eine Ausstellung seines künstlerischen Schaffens statt. Aus der Fülle der Hoffmann-Literatur sind vor allem Schriften der letzten Zeit berücksichtigt. Neben einer Anzahl von neueren Gesamtausgaben des Dichters wird eine große Reihe von illustrierten Einzelwerken gezeigt. Auch Hoffmann selbst kommt als Zeichner zur Geltung, die Ausstellung bringt über 70 Blätter mit originalreichen Wiedergaben graphischen Werke des Dichters. Ebenso ist Hoffmann durch Proben seines musikalischen Schaffens vertreten. Die Ausstellung ist vom 7. Februar bis zum 7. März wochentags von 9 bis 12. Sonntags von 12 bis 4 Uhr geöffnet und der Besuch kostenlos.

Der Orang-Utan

Sinnend stehen wir im Affenhaus des Zoos vor diesem seltsamen Gaß, dessen Anfunkt wir schon beschrieben haben, und suchen in diesem Tierbild einer Menschenart, das die Gelehrten zeitweise *Homo satyrus* genannt haben, menschenähnliche Züge auf. Nur wenige finden wir. Das Haar z. B., das bei manchen Stücken an Arm und Rücken bis zu 50 Zentimeter lang werden kann, ist etwas abweichend verteilt. Die plattgequollte Nase erinnert fast an Fledermäuse. Und das vorspringende, runzlige Nasenmaul sieht bald aus wie ein quer aufgeschlitzter faltiger Hammelball: es fehlen die ausgeworfenen Lippenläuse. Die innere Schleimhaut greift nicht über, wie bei uns. Alle übrigen Unterschiede sind nur solche des Grades und werden fast restlos verständlich, wenn man bedenkt, daß man einen „Waldmenschen“ — das bedeutet nämlich Orang-Utan — vor sich hat, einen Kletterer, der zum Leben einen reichen Urwald braucht. Klettern muß man das Tier sehen, sonst kommen einem die Greifzähne wie verkrallt vor. Der Orang braucht sie doch kaum zum Geben. Wenn kommt er denn überhaupt einmal auf den Boden? In der Freiheit höchstens, wenn er sich ein paar junge Schößlinge abzieht. Auch hier im Garten sieht man das Tier fast nie von seinem Hochsitz herunterkommen. Aus dem Kletterleben erschärft sich übrigens auch mancherlei Verwachungen zwischen Finger- und Zehengliedern.

Hier scheiden sich eben die Wege, die der Mensch und der Menschenaffe ging. Jener wagte es, den Fuß für immer der festen Erde anzutrauen und auf den Schuh im Wosel zu verzichten; der aufrechte Gang und das höherentwickelte Hirn dürften die Folge im geistigen Daseinskampf gewesen sein. Der Menschenaffe behielt das Baumleben bei bzw. passte sich ihm weiterhin an. So erworb der Orang unter den Anthropomorphen die längsten Arme und die kürzesten Beine. Ich lach den höchsten nie frei aufrecht geben. Immer hält er sich dabei an und steht dann meist gegrüßt mit aufwändig durchgebüxteten Knien. So sieht ihm auch ein Körperteil, der von der menschlichen Gesellschaft gern veracht und zugleich als Miserwichter bezeichnet wird; d. i. nämlich diejenige Mustermasse, die unsern aufrechten Gang ermöglicht. Ein Schuhvogel könnte also mit gewissem Recht behaupten, daß der Hintere und das Hirn anteilig den Kulturfortschritt bedingt hätten.



„Wer rumort denn dort herum?“

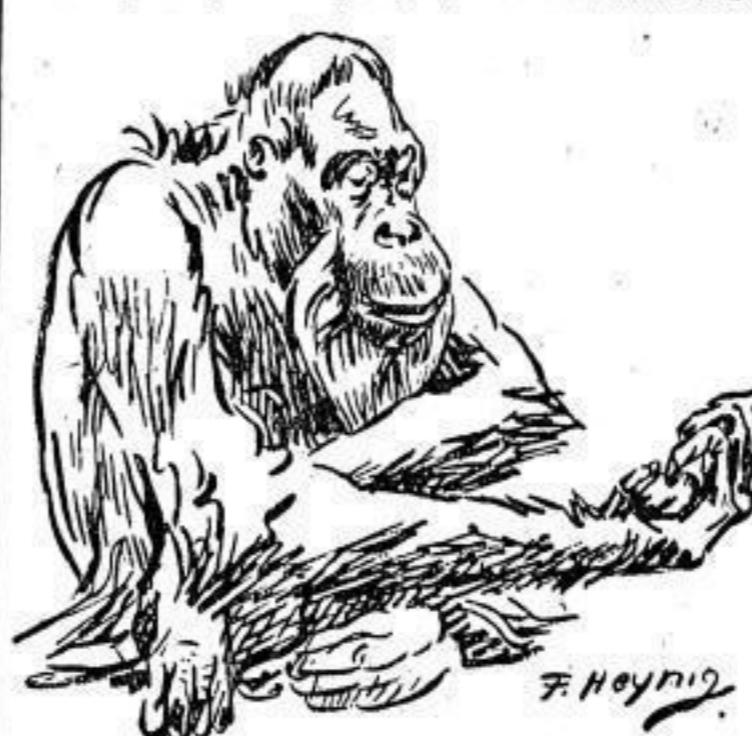
Die vergleichenden Anatomen haben ja auch längst darauf hingewiesen, daß das Becken der Menschenaffen der am wenigsten menschlich entwinkelte Körperteil sei.

Pötzlich fahren wir erschrocken uns unsern Betrachtungen auf. Es donnert und poltert durch den Raum. Aha. Der Schimpanse im Nachbarhäuschen kommt mit einer Schuerbüste angelobt, trommelt wie besessen über den Holzboden, schwungt sich hoch und trommelt

nun mit den Füßen gegen ein klapperndes Schubrett, das einem Hören und Schen vergiebt. Die abgeschwabte Schuerbüste wirkt in seinem Stubennashab durchs „Fenster“; eine Saugloose folgt grüßend hinterher. Der neue, zwangsunterkühlte Mieter aus Borneo dreht zu all dem Schabernack noch nicht einmal den Kopf. Nur sein braunes Auge sucht den Krakeeler. Den aber spontan die Erfolglosigkeit zu neuen Taten an. Schon hat er, einem berührt Feuerwehrmann vergleichbar, ein Tau wie einen Spritzen

Nase wischen. Hilft das nicht, dann tun's die langen Finger. Vor einigen Tagen fürchtete ein Besucher sogar, jener Orang damit bis zum „Gehirn“ vor. Keine Angst!

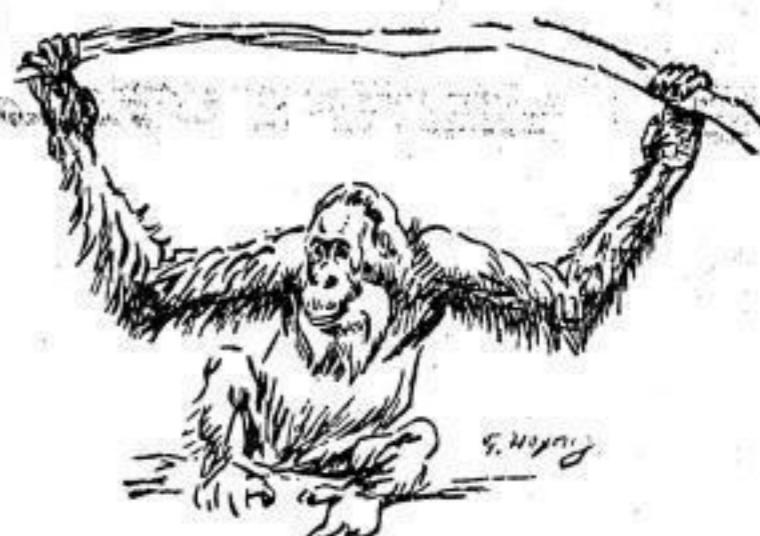
Doch der Orang keinen schlechten Geschmack hat und auch darin dem Menschen nahesteht, das müssen die Farmer von Borneo und Sumatra erfahren, wenn eine Anzahl von „Moricks“ ihre Pflanzungen bedroht. Der unsere ist ein ausgesprochener Pflanzensieder. Sein Leibgericht ist aufgekochter, gezuckerter Reis. Jedesmal ein Kloß. Den steckt er, wie gesagt, in seinen geräumigen Lippenmußloß, tränkt ihn auf seinen Kosten, wo er, wie ein Orientale kostet, gemächlich zu weinen anfängt. Vorher heißt er ein Stück der zusammengeballten Matte, die er des öfteren auf der schuppenförmigen Unterlippe, seinem Suppenlöffel, weil vorzieht und dann beständig beäugen kann. Hierauf sagt er wohl mit den Oberzähnen den fertiggemachten Bampf ab. Das dauert nicht lange, ist so ein Kloß verschachtelt. Im Tag genießt er etwa zehn solcher Säcken, gelegentlich auch drei Stück mehr. Dazwischen nimmt er gern eine Apfelsine an. Ist sie ganz, wird sie natürlich erst geschält. Ist sie in der Schale geviertelt, dann wird jedes Teil nur ausgelutscht, andernfalls wird auch das Fleisch mit aufgegessen. Datteln sind gleichfalls willkommen. Die Kerne werden ausgeschuppt und aus der Schale im Mund eine Art Priem zuschuppt. Pfefferbissen sind für ihn frisch rohe Eier. Die nimmt er gern überaus vorsichtig mit Daumen und Zeigefinger aus der Hand und bringt sie in seiner Mundhannettasche fort. Ich muß dabei immer an einen Unteroffizier im Felde denken, der zum Gaudium der Kameraden rohe Eier im Mund zerbiß und verschluckte, bis ihm einmal ein faultes untergeschoben wurde. Das könnte unserm Morick nicht passieren. Behutsam drückt er mit einem Etui ein Loch hinein, klappt mit den Händen ein paar Schalenstückchen ab und saugt den Inhalt mit Begeisterung aus. Notfalls lassen die hageren Finger mit hinein. Mit einem gelockten Ei verführt er ähnlich, brach es auseinander, war über den festen, leuchtend gelben Dotter höchst erstaunt. Sobald es mehrfach an die Nasenlöcher und stellte es, durchs Gitter fallen lassen, dem Spender wieder zur Verfügung. Getrunken hat Morick bis jetzt noch nicht. Dafür lauft er ja täglich bis zu 10 Apfelsinen aus.



Der Philosoph mit dem Ei in der Hand.

schlauch herangeschleppt, zerrt es mit hoch und lanciert das Ende durchs Zwischengitter, zerriß es mit hoch und lanciert das Ende durchs Zwischengitter. Jemand wie muss die Verbindung mit dem neuen roten Kumpen da drüber doch aufgenommen werden. Das bringt den Orang endlich aus der Ruhe. Bedächtig hängt er auf einen Bambusstock, bemerkte den Schwarzen, tollen Kobold, schiebt langsam seinen kurzen Hals vor und blickt hart auf die Hanswurstladen seines Hausgenossen. Von seinem vorspringenden Untergesicht fällt der schwarzartige Bart. Über den Mundwinkeln liegt der an und läuft in einen vorwärtsgerichteten Bartsbart aus. Ein Kopf wie Rübezahl. Die Leute, die sich soeben noch über den verkrüppelten „Schimbo“ vor Lachen schütteln, betrachten den ernsten, mürrischen Waldgesellen beinahe andachtsvoll. Welch ein Gegen-
sat: im Nebengesäß der rumorende, immer zum ausgelassenen Spiel aufgelegte, lospernde Afrikaner, und hier der in sich geschrückte verschlossene, jeder unnötigen Neuerung ablehnende, ältere Insulaner. Fast hat er etwas Teufisches angenommen. Dabei sind beide Typen Glieder der einen Menschenaffenfamilie. Die Eingeborenen halten sie so doch beide für Menschen, die nur nicht sprechen wollen, um nicht arbeiten zu müssen. Auch eine Lessart!

Gemeessen und voll Gedacht geht der Orang auch im Urwald vor wenn er sich von Aß zu Aß schwingt; hier eine Frucht, da einen losenden Blätterweig mit Knospen heranholtend. Die Reisendberichten darüber fast übereinstimmend. Vermutlich macht er's dabei ähnlich wie hier im Affenhaus, wenn er, sobald ihm etwas Wohlgeschmecktes gereicht wird, die Frucht oder was es sei, vorerst in sein großes Frothmaul steckt und dann auf seinen Kosten turnt, der ihm Tisch und Bett zugleich ist. Diese Lippen sind ja die reinen Mittätschen für ihn. Eier, Klöße, Apfelsinen, alles nehmen sie auf. Leider kann die Unterlippe vollständig über die obere hinweggezogen werden und an Stelle eines Taschentuches bequem die



„Wie albern sich doch bloß Schimbo benannt.“

Nach jeder Mahlzeit macht er reinen Tisch. Mit seinem Handrücken wischt er Elektrosalat, Kartoffelkraut, Reiswürfelchen und sonstige Überreste von seinem Kasten, so vornehm läßt in der Gebärde, wie es nur werlose Dinge verdienen können. Mein Nebenmann, der eigens nach Leipzig gereist war, um diesen sonderbaren Heiligen zu sehen, meinte, es gäbe Menschen, die nicht so manierlich bei Tisch seien wie eben unser Orang. Karl Marx Schneider.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 10. Februar.

Ordnung!

Ordnung muß sein! ruft der Spießer. Er hat die Sozialisten, die Pazifisten, die Freidenker, die Alkohol- und Impfgegner, weiß die nach seiner Meinung nur Unordnung in die Welt bringen wollten.

Als Ordnung sieht diese Stütze der geistigen, politischen und wirtschaftlichen Trägheit die kapitalistische Ausbeutung an, deren Grundlage das Privateigentum und die Unternehmer sind.

Alle bürgerlichen Reporter, die meisten Pfarrer, Staatsanwälte und Professoren sagen: „Wir brauchen das Privateigentum, den Unternehmer, seine Initiative, seine Tatkraft, seinen Unternehmungstrieb, seinen sparsamen Sinn. Nur zwei Beispiele, wie sich die „private Initiative“ bewährt.“

Eine hiesige Zeitung brachte kürzlich die Mitteilung, Herr James Klein, der ehemalige Direktor des Leipziger Operettentheaters, hätte zu der Zeit, als sein Personal in Berlin sich mit Abschlagszahlungen hätte begnügen müssen, in Paris in einer Woche mit seinen Freunden 10 000 Mark in Vergnügungslokalen ausgegeben. Herr Klein hat diese Angaben nicht widerruhen, also werden sie wohl stimmen. Der Herr hat vor einiger Zeit noch nationalistische Schauflüde steigen lassen. Sein „Patriotismus“ hat ihn aber nicht daran gehindert, das viele Geld in Paris, im Lande des „Erbfeindes“, für Vergnügungs Zwecke zu verwenden.

Wir sehen hier, wie sich die „private Initiative“ bewährt. Die armen Chormädchen werden mit einigen Mark in der Woche abgefunden. Herr Klein dagegen bringt den vielgerühmten Sparsturm des deutschen Unternehmers dadurch zum Ausdruck, daß er in einer Woche zehntausend Mark für Feste in Paris bezahlt.

Ja, das ist noch Tatkraft und Großzügigkeit. Die Choristinnen können ja warten.

Und noch ein Bild! Wir leben in der Zeit der Konkurse. Da

werden mancherlei Feststellungen gemacht. So muhten die Gläubiger des Kaufmannsverbandes mit Wehmut konstatierten, daß das Haupt dieser Gesellschaft, Herr Kaufmann, in einem Jahre für seinen persönlichen Aufwand über 400 000 Mark verbraucht hätte. Im Keller sind 200 000 Flaschen Wein gefunden worden.

Das ist doch noch Ordnung! Dem bürgerlichen Reporter wird das Herz im Leibe gelacht haben, als er diese Batterien gefüllter Weinstäbchen im Keller geschenkt hat. Ja, dieser Unternehmer hat noch Initiative gehabt. Und wie sparsam sein Sinn gewesen ist. Er hat den Wein viel billiger erhalten, weil er ihn „en gros“ gekauft hat. So etwas bringt eben nur ein tüchtiger Unternehmer fertig. Sicherlich hat er sich auch bei seinen Ausgaben für seinen persönlichen Aufwand noch — einschränken müssen, sonst hätte er bei seiner bewährten Initiative eine halbe Million Flaschen Wein erworben. Dann hätte er sie noch preiswerter erhalten. Er wird daher nicht schlecht gesezt haben über die „hohen Arbeitersöhne“, über die „hohen Steuern“, die es ihm nicht erlaubt haben, so zu disponieren, wie es sein rastloser Unternehmungsgeist verlangte.

Ordnung muß sein! sagt der Philister. In dieser Welt der Ordnung hungern Millionen und prassen einzelne.

Die 200 000 Flaschen Wein im Keller eines Unternehmers in dieser Zeit des Lohnbruches, der Not, zeigen uns, wie die „Ordnung“ aussieht, die bürgerliche Journalisten, zahlreiche Pastoren, Staatsanwälte, Parlamentarier und Staatsmänner als die einzige richtige verteidigen.

Okuli.

gemeinsame Geldsammung der KPD und SPD. So ist bei der Firma B. G. Teubner eine Sammliste den dort Beschäftigten zum Beziehen von Geldbeiträgen für das Volksbegehren unterbreitet worden, auf der gedruckt stand: Kommunistisch-sozialdemokratische Fraktion. Ancheinend laufen noch mehr solche kommunistischen Sammlisten unter falscher Flagge herum.

Die Sozialdemokratische Partei hat gemeinsam mit der Kommunistischen Partei keine Sammlungen herausgegeben. Es besteht auch keine „Kommunistisch-sozialdemokratische Fraktion“, die einen Aufruf zur Geldsammlung erhalten hätte. Nach den Vereinbarungen der beiden Parteien hat jede selbstständig die Kosten für das Volksbegehren aufzuzeigen. Die Kommunisten machen sich eines ungeheuerlichen Betrugsmethoden schuldig, wenn der Eintritt zu ermessen ver suchen, als wenn die Sozialdemokratische Partei an den kommunistischen Geldsammlungen direkt oder indirekt beteiligt wäre. Die Sozialdemokratische Partei wird eigene Sammlungen mit folgendem Text in den nächsten Tagen herausgeben:

Mr. 00020*

Sammelliste.

Die größte politische Aktion des deutschen Volkes, das Volksbegehren und der Volksentscheid gegen die Fürstenabschaffung, hat begonnen. Die ehemaligen Fürsten wollen Milliardenwerte deutschen Volksvermögens an sich raffen, während sich Millionen von Volksgenossen in größter Not befinden. Hiergegen kann nur der schärfste Kampf eine Abwehr bringen. Dieser Kampf erfordert aber ungewöhnliche Kosten.

Wir appellieren deshalb an alle mit uns Gleichgesinnten, durch Zeichnung eines Beitrags zu den Kosten beizutragen. Helft mit, daß es nicht am nötigen Wahlpulver mangelt, geht gern, schnell und reichlich.

Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Leipzig.
J. A. Carl Schrörs.

Jede einzelne Liste ist laufend nummeriert und mit dem Stempel der Bezirksorganisation versehen. Weist die kreisführenden Listen und Sammlungen der KPD, gut und sorgfältig in den Bezieben, auf den Arbeitsplätzen und wo sich sonst Gelegenheit bietet, für Aufklärung. Meldet jeden einzelnen Fall, wo Kommunisten unter falscher Flagge Listen in Umlauf sehen oder Geldsammlungen veranstalten, dem Bezirksssekretariat der SPD, Leipzig, Tauchaer Str. 10-21.

Engerer Bezirksvorstand der SPD. Bezirk Leipzig.

Kommunistische Sammlungen.

Unter falscher Flagge.

Bon der Kommunistischen Partei wird das Volksbegehren für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten zu Geldsammelungen benutzt, gegen die nichts einzubringen wäre, wenn durch die Sammler oder die Sammler nicht nur der Verwendungszweck der Gelder, sondern auch angegeben würde, daß die Sammlungen von der Kommunistischen Partei veranstaltet werden. Wie man uns berichtet, wird dieses aber von den Kommunisten unterlassen. Sie versuchen den Anschein zu erwecken, als handele es sich um eine

Die kostenlose Totenbestattung.

Die vollkommen Verständigung des gesamten Bestattungswesens hätte sicher das Beste, daß die Gemeinde dann durch nichts gehindert wäre, es allen hygienischen und sozialen Forderungen entsprechend auszugehen.

Dieses Bekanntnis legt der Rat der Stadt in seiner Vorlage über die Kommunalisierung des Bestattungswesens ab, und dennoch gelangt er am Schluss eben dieser Vorlage zu einer glatten Abstimmung sowohl der sozialen als auch der entgegengesetzten kommunalen Totenbestattung. In den Ausschusssitzungen fand diese ablehnende Haltung des Rates die rechte Zustimmung der bürgerlichen Vertreter des Stadtverordnetenkollegiums. Die Anträge der sozialdemokratischen Fraktion auf Verständigung des Bestattungswesens wurden abgelehnt, und bei der Feindlichkeit, mit der noch jeder Kommunalisierungsgedanke von der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit aufgenommen wurde, ist damit zu rechnen, daß die Linie in der heutigen Plenarsitzung einen schweren, wenn nicht aussichtslosen Kampf um diese alte soziale Forderung führen muß.

Die Bestattung der Toten ist nicht die Aufgabe der Hinterbliebenen, sondern Pflicht der Gesamtheit. Der einzelne ist ganz in der Lage, diese Aufgabe so zu erfüllen, wie es im Interesse der Allgemeinheit liegt, denn die Bestattung der Toten ist nicht zulast einer sanitären, einer hygienischen Frage. Die Anprüche, die die Gesellschaft in dieser Beziehung stellen muß, können rechts nur dann erfüllt werden, wenn die Allgemeinheit die Bestattung der Toten als ihre Aufgabe anerkennt und deren Ausführung den betroffenen Vertretern, Staat und Gemeinden, zuweist.

Für die Hinterbliebenen bedeutet das Ableben eines Angehörigen zumeist einen schweren wirtschaftlichen Schlag. In vielen Fällen ist dem Tod eine lange Krankheit mit ihren verheerenden finanziellen Folgen durch eingesogene Arbeitsverdienst, Ausgaben für den Arzt, für Krankenpflege und Arznei vorausgegangen, und nicht selten stehen die Hinterbliebenen direkt vor dem wirtschaftlichen Ruin, der durch die Kosten für die Bestattung unabwendbar wird. Wie sehr diese Lage verbreitet ist, geht daraus hervor, daß die Stadt bereits etwas den fünften Teil aller Bestattungen aus Fürsorgemitteln ausführen muß.

Aus welchen Gründen lehnt nun der Rat die von ihm selbst vom sozialen und hygienischen Gesichtspunkt aus anerkannten Forderungen ab? Nach der Ratsvorlage erfordert die Einführung der sozialen Totenbestattung für die Errichtung eines Bestattungsamtes und dessen laufende Ausgaben ein Anlagekapital von 1 Million Mark. Dazu kommen nach Abzug der jetzt bereits aus öffentlichen Mitteln bestreiteten Fürsorgebedürfnisse jährlich noch 845 000 Mark laufende Ausgaben für etwa 8000 Bestattungen.

Alle diese finanzielle Belastung glaubt der Rat keine Deduzierungsmöglichkeit zu haben, zumal sie nach den bestehenden steuerrechtlichen Bestimmungen nur aus den laufenden Einnahmen betrachtet werden kann. Bedeutet man indes, daß der städtische Haushaltsplan für das Jahr 1925 mit rund 142 Millionen Mark bilanziert, und bedeutet man weiter, für welch unnötige Dinge der Rat Mittel zur Verfügung hat — es sei hier nur an den Neubau des Grafftmuseums erinnert — so kann man das Argument des Rates nicht anerkennen.

In Anbetracht des Gesamtevents ist die finanzielle Belastung, die der Stadt durch die Einführung der sozialen Totenbestattung erwächst, nur geringfügig. Diese unzureichende Ausstattung wird bestätigt durch eine Entscheidung der Gemeindelammer. In Chemnitz hatten die Stadtverordneten die Einführung der unentbehrlichen kommunalen Totenbestattung beschlossen. Der Chemnitzer Stadtrat erhob aus finanziellen Bedenken bei der Gemeindelammer Einspruch, der mit der Begründung zurückgewiesen wurde, daß der „entstehende finanzielle Mehraufwand, genauso an dem Gesamtetat der Stadtgemeinde, nicht so erheblich sei“, um dem Beschluss der Stadtverordneten im Wege der Staatsaufsicht entgegenzutreten.

Die ablehnende Haltung, die der Rat einnimmt, dürfte die Unterstützung der bürgerlichen Parteien von den Völkischen bis zu den Demokraten finden. Nach außen hin wird man sich der Argumentation des Rates bedienen und die Kommunalisierung des Bestattungswesens aus finanziellen Gründen ablehnen. In Wirklichkeit aber bestätigen sich die bürgerlichen Stadtverordneten auch hier wieder als die ausgeprochenen Gegner jeder Kommunalisierung, als die Vertreter privatkapitalistischer Interessen. Man wird neben der Berufung auf die finanziellen Schwierigkeiten vor allen Dingen darum bemühen, daß man den 34 privaten Bestattungsanstalten, die in Leipzig vorhanden sind, nicht die Existenz untergraben könne. Gewiß führt die Kommunalisierung der Totenbestattung in ihrer praktischen Auswirkung zur Stilllegung der privaten Anstalten. Aber haben die Vertreter des Bürgertums je zetermordio geschritten, wenn tausenden von Arbeitern und Angestellten, z. B. infolge von Veränderungen im Produktionsprozeß, die wirtschaftliche Existenz entzogen wurde? Welcher Privatunternehmer unterläßt die Einführung technischer oder organisatorischer Maßnahmen, die durch die Entwicklung geboten sind, nur um nicht Arbeiter und Angestellte entlassen zu müssen? Die Interessen von 34 privaten Bestattungsanstalten können denen der Allgemeinheit nicht übergeordnet sein. Die Kommunalisierung des Bestattungswesens aber ist eine Förderung der breiten Massen der Bevölkerung, deren soziale Bedeutung auch von den bürgerlichen Vertretern im Stadtverordnetenkollegium nicht bestreiten werden kann.

In Sachsen haben rund 500 Gemeinden die kommunale Totenbestattung eingeführt. Welche Aufnahme die Kommunalisierung des Bestattungswesens in den breiten Volksmassen findet, beweist die Tatsache, daß in Döbeln, wo neben privaten Bestattungsanstalten ein kommunales Amt besteht, 90 Prozent aller Bestattungen von der Gemeinde ausgeführt werden.

Die Verhandlungen am heutigen Tage werden zeigen, inwiefern sich die Vertreter des Bürgertums von ihrem Klassenegoismus zu befreien vermögen, um die Interessen der Allgemeinheit über die weniger Privatunternehmen zu stellen.

Die Geschäftsleitung in sinniger Weise vorgenommen. Sie wollte den Arbeitern zu verstehen geben, daß sie nicht nach Geld und Gut zu fragen hätten. Das wäre allein Sache der — Kapitalisten.

Wintersportwettkämpfe des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Hieberhaft arbeiten in Oberwiesenthal die Ausschüsse, um das erste Arbeiter-Wintersportfest glänzend zu gestalten. Die Wettkampferzahl wählt täglich, so daß interessante Kampfe zu erwarten sind. Aber auch die Zuschauer finden Gelegenheit, das wunderbare Elitelerbe von Oberwiesenthal kennenzulernen. Sie können sich an den Tagen auf ihren „Brettern“ austoben und die Schönheiten des Wintersports geniessen. Damit soll das Fest ein Volksfest werden. Auch unsere Spieleschule haben ihre Mitwirkung zugesagt und werden ihre Weisen über die Höhen des Erzgebirges erschallen lassen.

Damit die Quartierfrage günstig gelöst wird, sind die Anmeldungen bis spätestens 15. Februar an den Genossen C. Richter, Oberwiesenthal, Böhmischa Straße, anzumelden.

Wettkampfmeldungen, die später wie 15. Februar eingehen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Hoffen wir, daß uns der Wettergott noch recht viel Schnee sendet, damit die Veranstaltung einen vollen Erfolg für den Arbeiter-Sport bringt. Nach den üblichen Schneeverhältnissen kann die Veranstaltung stattfinden.

80 000 Mark für die Arbeiter-Sport- und Turnschule. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund war an den Rat der Stadt um Gewährung einer Beihilfe von 60 000 Mark für den Bau der Arbeiter-Turn- und Sportschule herangetreten. Der Rat hat sich der Rechtigkeit dieses Gesuches nicht verschließen können. Er legt Wert darauf, daß der 880 000 Mitglieder zählende Bund seinen Hauptbau in Leipzig behält und ist der Überzeugung, daß die Bestrebungen des Bundes hinsichtlich der Leibesübungen und besonders der körperlichen Erziehung der heranwachsenden Jugend auch die gleichen Bemühungen in der Stadt Leipzig günstig beeinflussen werden. Darüber hinaus werde die Bundeschule auch für das Schulturnen wertvolle Anregungen geben. Er beantragt daher, dem Arbeiter-Turn- und Sportbund zur Herstellung seiner Bundeschule eine einmalige Beihilfe von 60 000 Mark zu bewilligen.

Wirtschaftsschule Leipzig. Vom Volksbildungsrat wird mitgeteilt: Der nächste Wirtschaftliche Ausprachabend findet Mittwoch, 10. Februar, 7 Uhr, im Unterrichtsraum Zeiller Straße 28 statt.

Der neue Wohnungsbau

Architekt George Karau - Wien spricht in öffentlicher Versammlung Donnerstag, den 11. Februar, abends 18 Uhr, im großen Volkshausaal, über:

Wohnungskultur und Sozialismus

Vortrag mit Lichtbildern.

Ein Vertreter der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion wird in der Versammlung die Stellung unserer Fraktion zum Wohnungsbau darlegen.

Wohnungsinteressenten erscheinen in Masse!

SPD. Groß-Leipzig.

Hatt. Englische Sprachkurse. Wegen Erkrankung der Lehrerin müssen die Englischen Sprachkurse von Hr. Eugenberg auch am Mittwoch, 10. Februar (Arbeitslosenschule 3-5 Uhr), und am Donnerstag, 11. Februar, abends 7-9 Uhr, in der Petrikirche ausfallen.

AWL. Es ist dem Arbeiter-Bildungs-Institut gelungen, das in weitesten Kreisen beliebte Lendvai-Quartett für einen Abend zu gewinnen. Das Konzert findet am 14. Februar, abends 8 Uhr, im Städtischen Kaufhaus statt; es kommen Lieder von Palchner, Schubert, Strauss und Lendvai zu Gehör. Mitwirkende: Meinung-Jung-Steinlein (Alt). Die Preise sind volkstümlich: 1 Mr. für Kreisstifter, 1,50 Mr. für Nichtanreicher, 30 Pf. für Jugendblätter.

Gemeinden als Mitglieder der Konsumgenossenschaften. Wie uns berichtet wird, hat die Gemeinde Knauthain die Mitgliedschaft im Konsumverein Leipzig-Plagwitz und Umgegend erworben. Neben Liebertwolkwitz und Markranstädt ist das die dritte Gemeinde des Leipziger Bezirks, die das nützliche Werk der Konsumgenossenschaften für die Konsumanten erkannt hat und sich ihrer Vorteile im Interesse der Gemeinde bedient.

19. und 30. Volkschule, Freitag, den 12. Februar, abends 18 Uhr: Arbeitsgemeinschaft Jäschke, in der 30. Volkschule.

Polizeinachrichten.

Tödlich verletzt. Am 6. Februar ist in das Krankenhaus St. Fabian ein schwerverletzter Lokomotivführer aus Großdeuben eingeliefert worden, der bereits am anderen Tage seinen Verletzungen erlag. Der Verunglückte hatte während des Rangierens die Lokomotive verloren, um die Lampen in ihr anzuzünden. Durch einen entrollenden Güterwagen erlitt der Ditzer eine schwere Brustquetschung. Tremendes Verhältnis liegt nach den polizeilichen Erörterungen nicht vor. Das Unglück geschieht auf Thüringer Flur.

Unverständliche Zerstörungswut. In der Nacht zum 6. Februar ist an dem in der Südstadt, Ecke Schwanenstraße aufgestellten alten Brunnen der Schwanen mit Gewalt zur Seite gehauen worden und im Volksbad, Leipzig-Schönefeld, wurde in der Nacht zum 5. d. M. das Glas einer Straßenlaternen, der Holz und der Glühstrumpf durch Steinwürfe zertrümmert. Mitteilungen zur Entfernung der Täter werden an die Kriminalabteilung erbeten.

Unfall. Am 4. Februar, kurz nach 12 Uhr, ist ein Arbeiter in der Dresdenstraße, Ecke Breitscheidstraße von einem aus der inneren Stadt kommenden Kraftwagen angefahren worden. Hierbei erlitt er eine tiefe Axtwunde an der rechten Hand. Es wurde ihm in der nahen Sanitätswache ein Notverband angelegt. Nach Angabe eines Beamten, der das Kraftwagen gesehen, aber vom Unfall nichts bemerkte hat, soll das Kraftwagen ein solches der Deutschen Werke Spandau, Modell 1925 gewesen sein. Zeugen des Vorganges sowie solche, die über das Erkennungszeichen des Kraftwagens Angaben zu machen vermögen, werden gebeten, sich bei der Kriminalabteilung zu melden. Ermittelt ist der Aufenthalt des 16-jährigen Arbeitsbüchsen Herbert Jude.

Eine gute Antwort.

In einem Leipziger Betrieb sollte eine Arbeiterin als Jubilarin geehrt werden, weil sie 25 Jahre im Betrieb tätig war. Zu Beginn der Feier, die von der Geschäftsführung veranstaltet wurde, sang man zunächst — „Liebe den Herrn“, und dann, wahrscheinlich den Arbeitslosen zum Trost, „Was sag' ich viel nach Geld und Gut“. Die Belegschaft darüber mit Recht empört, sang in der Pause zu Ehren der Arbeiterin einige Volkslieder. Dann trug eine Kollegin ein revolutionäres Gedicht von Ernst Toller vor. Alles wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Auswahl der Lieder zur Feier hatte

Wo ruft die Pflicht?

Bezirksvorstand.

Freitag, den 12. Februar, abends 18 Uhr, im Volkshaus, Café Mitte, Sitzung des Bezirksvorstandes. Pünktlich erscheinen! Schröder.

Unterbezirksvorstand der SPD. Groß-Leipzig.

Freitag, den 12. Februar, abends 7 Uhr, Sitzung mit den SPD. Vertretern im Bildungsausschuß im Volkshaus, Café Mitte.

Funktionäre.

Freitags. Alle arbeitslosen Genossen melden sich Donnerstag, den 11. Februar, nachmittags 2 Uhr, in der Bibliothek.

Markranstädt. Morgen Donnerstag, abends 7 Uhr, beginnt in der Aula der neuen Schule der Kursus Herre. Gäste willkommen.

Baunatal. Heute Mittwoch, abends 18 Uhr, im Bibliotheksbereich Funktionärsbüro mit Vortrag des Genossen Frenzel.

Genossenschaft.

SPD.-Generalversammlung. Vertreter des Konsum-Vereins Leipzig-Plagwitz. Montag, den 10. Februar 1926, abends 7 Uhr, wichtige Versammlung im Volkshaus. Nebensaal links.

Krämer.

Freitag, den 12. Februar, abends 8 Uhr, Sitzung im Gedenklokal Genossen Redakteur Huchs über Wirtschaftskrise und Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Die aktive Betreuung der Volkskraft muß die lebte Frau wahrnehmen, um die Uraden der Wirtschaftskrise zu erkennen, um den Weg zu finden, der durch Konzentration aller Kräfte zur Befreiung aus den Lasten der Alstagslügen führt. Alle Frauen und Töchter der Genossen besuchen deshalb den Vortrag. Die Genossinnen werben für Gäste.

Mödern. Morgen Donnerstag, den 11. Februar, abends 8 Uhr, in der Bibliothek Brauenviertel, Genossin Klinow wird letztere Dichtungen, sowie Musikkstücke am Harmonium zum Vortrag bringen.

Jugend.

Bezirk Nordostien. Die Bezirkversammlung muss morgen Donnerstag, den 11. Februar, stattfinden. Versammlungsort Schule Schönefeld. Genossin Starmann-Hunger spricht über Jugendwohnsiedlung. Die Mitglieder der Gruppen Mödern, Reudnitz, Neuhöfen und Schönefeld müssen für vollzähligen Besuch sorgen.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Dienstag, den 16. Februar, abends 6 Uhr, Sitzung des Hauptausschusses im Sekretariat, Tauchaer Straße 19/21, Zimmer 2.

AWL.

Für Arbeitslose morgen Donnerstag, vormittags 11 Uhr, im großen Saal des Volkshauses. Bildervortrag: Der Hamburger Kram. Vortragender Kurt Döbel.

Kurtus Schlichting findet morgen Abend 18 Uhr im Lehrsaal des AWL wie gewöhnlich statt.

Nationalbann Schwarz-Rot-Gold.

Abteilung Nord. Freitag, den 12. Februar, abends 18 Uhr, im Kaffeehaus Augusteum. Zusammenkunft des Jungbanners. Leitung: Komrat Stitt.

Gau Leipzig. Hamburg-Kohler. Dienstag, den 16. Februar 1926, abends 8 Uhr, im Lehrvereinshaus Befreiung.

Mitglieder-Versammlungen.

Borsig. Freitag, den 12. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof Kaiser spricht Genossin G. A. Müller. Leitung: Gegen die Fürstenabbindung. Ersteht zahlreich in dieser wichtigen Versammlung.

Bösdorf. Freitag, den 12. Februar, abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung im Gasthof Bösdorf. Frau Anna Ziegler, Leipzig, spricht über Steuerreaktion, Fürstenabbindung und Notlage des schaffenden Volkes.

SPD. Unterbezirk Wurzen-Grimma-Oschatz.

Sonntag, den 14. Februar, vormittags 10 Uhr beginnend, findet in Oschatz im Schulenhaus der ordentliche

Unterbezirksparteitag

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Berichte: a) Politischer Bericht. Redner: Genossin Abgeordneter Müller. b) Organisationsbericht. Redner: Sekretär Gen. Soz. c) Bericht der Frauen-Agitationskommission. Rednerin: Genossin Haase. Wurzen.
2. Die technische Durchführung des Volksentscheids gegen die Fürstenabbindung. Redner: Reichstags-Abgeordneter Genossin Lippnitz.
3. Wahlen: a) des Unterbezirksvorstandes, b) der Delegierten zum Waldbundparteitag.
4. Nominierung von Kandidaten zur Landtagswahl.
5. Anträge und Beschlüsse.

Jeder Ortsverein hat mindestens ein Mitglied zum Unterbezirksparteitag zu delegieren. Größere Ortsvereine entsenden auf je 100 Mitglieder einen Delegierten. Die weiblichen Mitglieder sind ihrer Zahl entsprechend zu berücksichtigen. Kann ein Ortsverein nach seiner Mitgliederzahl nur ein Mitglied delegieren und besteht am Ort eine Frauengruppe, so kann eine Genossin als weitere Delegierte entsandt werden. Die Frauengruppe hat hierzu das Vorzugsrecht.

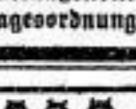
Die Delegationsfolter trägt die Unterbezirkspartei. Neben den gewählten Delegierten haben sämtliche Mitglieder des Unterbezirks als Gäste Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert!

Der Unterbezirksvorstand.

Versammlungskalender.

Mittwoch, den 10. Februar 1926
Hofarbeiter-Berband, Volkshaus, 17 Uhr.
Freitags-Gemeinde (Westen), zwei Linden, Karl-Heine-Straße, 8 Uhr.
Metallarbeiter, Vertrauensmänner des Westbezirks, Felsenallee, 7 Uhr.

Donnerstag, den 11. Februar 1926
Gemeinschaft prof. Friedensee, Ortsgruppe L.-Ost. Reichshallen, L.-V.-Wolfsdorf, 18 Uhr.
Neue Feuerwehrabteilungsoffizier organisierte Friedensee Leipzig. Versammlungsort L.-Ost. Reichshallen, L.-V.-Wolfsdorf, 18 Uhr.
Tagesordnungen neuw., in vorausgegangenen Tafelaten ersichtlich.



Gegen Grippe

Gurgeln, Inhalieren und Nasenspülungen mit Chinosol-Lösung laut mitfolgender Gebrauchsanweisung. Nase, Hals und Brust werden sofort frei. Chinosol desinfiziert, behebt die Entzündung der Schleimhäute und mindert die Ansteckungsgefahr. Ein Röhren Chinosol enthält 60 Tabletten (Desiphiplatten), für lange Zeit ausreichend, 2 - 3 Mark in allen Apotheken und Drogerien. Chinosolfabrik Aktiengesellschaft, Hamburg

Wirtschaft

Die Uebergewinne in der Textilindustrie.

In Erwiderung auf eine von der Partie „Information“ veranstaltete Umfrage über die Zukunft der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen weist der Präsident des Verbandes der französischen Baumwollindustrie, der östliche Industrielle Laedertich, auf die enormen Gewinne hin, die die deutsche Textilindustrie aus der jüngsten Erhöhung des deutschen Zolltariffs gezogen hat. Laedertich führt aus, daß der Preis der Rohbaumwolle in der zweiten Hälfte des Jahres 1925 um 15 bis 20 Prozent geringer war als in der gleichen Zeit des Vorjahrs, während die deutschen Webereien die Preise ihrer Fabrikate um 10 bis 15 Prozent gegenüber 1925 erhöht haben. Die hiesische Mauer, die der neue deutsche Zolltarif aufgerichtet habe, habe es der deutschen Textilindustrie ermöglicht, einen Uebergewinn von 25 bis 30 Prozent zu machen.

Die Mauer ist aber den deutschen Textilsfabrikanten noch lange nicht hoch genug. In einer vom MWB verbreiteten und öffentlich von Unternehmertreinen beeinflußten Veröffentlichung wird eine weitere Erhöhung der Zölle für Baumwollfabrikate gefordert. Die Forderung wird damit begründet, daß die Einfuhr ausländischer Fabrikate zu hoch sei. Der Inlandsmarkt dürfe nicht länger so billig der ausländischen Einfuhr preisgegeben werden, wie das hier geschehe. Tatsächlich liegen die Dinge umgekehrt: der Inlandsmarkt ist weniger der ausländischen Einfuhr als dem Preisdiktat der durch Kartelle und Konzerne verbundenen und durch Zölle geschützten Textilunternehmer preisgegeben, die es vorziehen, die Produktion einzuhängen, als Preisschlüsse vorzunehmen. Ihre Preise sind so hoch, daß das Ausland trotz des Zollauflösung noch konkurrenzfähig ist. Die Einfuhr findet also, soweit die Klagen der Textilindustriellen nicht übertrieben sind, statt, weil das Mihverhältnis zwischen Inlandspreisen und Inlandsauflage so groß geworden ist. Die Zoll erhöhung ist demnach die mittelbare Ursache der Produktionseinschränkungen. Eine weitere Zoll erhöhung würde vielleicht, die Gewinne der Textilunternehmer erhöhen, welche, wie Figura zeigt, die Einschränkung der Erzeugung durch Erhöhung der Preise wettmachen könnten, aber die Arbeitslosigkeit würde weiter wachsen und der Inlandsmarkt noch weiter einschrumpfen, als es ohnehin der Fall ist.

Antidumping in Deutschland und anderswo.

SPD. Einem Besluß des Reichstages vom 2. Dezember 1925 entsprechend, hat das Reichswirtschaftsministerium eine Denkschrift über die Antidumping-Gesetzgebung der wichtigsten Handelsstaaten ausgearbeitet. Insbesondere die schwerindustrielle Presse weist in letzter Zeit auf das Frankendumping, insbesondere auf das französische Eisendumping, hin und verlangt von der Regierung Gegenmaßnahmen. Dabei wird aber von unsrer Industriellen nicht bedacht, daß gerade Antidumpingmaßnahmen, die in der Regel unwirksam bleiben, das ungeignete Mittel sind, Handelsbeziehungen zu fördern. Wir können uns noch erinnern, wie während des Dumpings z. B. die spanischen und australischen Maßnahmen auf Deutschland gewirkt haben. Im übrigen vorausicht man in den Kreisen unserer Industriellen, daß die gegenwärtige unbeständigende Lage auf dem Eisenmarkt nur zum geringen Teil eine Folge des Frankendumpings ist. Es handelt sich hier vielmehr um ein produktionsstatisches und ein Verteilungsproblem.

Die vom Reichswirtschaftsminister ausgearbeitete Denkschrift wird hoffentlich beruhigend auf die Gemüter wirken. Soweit das in letzter Zeit statt erörtert Valutadumping und die ausländische Gesetzgebung in Frage kommen, wird festgestellt, daß nur Belgien, die Schweiz, Kanada und Neuseeland das Valutadumping in verhältnismäßig wirksamer Weise von dem heimischen Markt fernzuhalten versuchen. Der Gesamtexport derjenigen Länder, deren Industrie in größerem Umfange Valutadumping getrieben hat, ist durch ausländische Valutadumping bestimmt nur in geringem Maße erschwert worden. Gerade die am stärksten am Weltmarkt beteiligten Staaten, insbesondere die europäischen Großstaaten, sowie Nordamerika und Japan, haben auf eine Bekämpfung des Valutadumpings entweder ganz verzichtet, oder sie, wie z. B. England, mit vorübergehenden Maßnahmen für einzelne wenige Waren begnügt. Die zollpolitische Bekämpfung des Valutadumpings hat bisher also noch nicht zu den allgemein gebräuchlichen Methoden der internationalen Handelspolitik gehört, und wir sind überzeugt, daß sich auch unter den deutschen Wünschen nach Dumping-Gegenmaßnahmen der Wunsch noch weiteren Zollverhältnissen und weiterem Protektionismus verleiht.

Inwieweit ausländische Dumping-Gegenmaßnahmen auf den deutschen Export während der großen Inflation eingewirkt haben, beweist folgende, in der Denkschrift enthaltene Zusammenstellung:

	1923	1918
(prozentualer Anteil am deutschen Gesamtexport)		
Schweiz	5,7	5,3
Belgien	1,7	5,4
Spanien	1,4	1,5
Kanada	0,3	0,6
Australien	0,2	0,9
Neuseeland	0,07	0,1

Es handelt sich hier um Länder, die dem deutschen Valutadumping in größerem Umfange entgegengetreten sind, obwohl sie insgesamt nur einen geringen Teil des deutschen Gesamtexportes (1923 = 3,5 Prozent und 1918 = 13,8 Prozent) aufnehmen. Alle übrigen in der vorstehenden Auflistung nicht genannten Länder, deren Anteil am deutschen Gesamtexport 1918 insgesamt 86,2 Prozent und 1923 rund 91,8 Prozent betrug, haben den deutschen Export auch im Jahre 1918 nicht erhöht.

Sowohl das Export-Prämiedumping in Frage kommt, haben sich die Schweiz, Spanien, Frankreich, Polen, Belgien, Österreich und die Tschechoslowakei eine Antidumping-Gesetzgebung geschaffen. Bei den beiden letztgenannten Staaten kommen noch die Bestimmungen gegen das Sozialdumping hinzu, die ohne Rücksicht auf ein echtes Dumping das Unterbieten auf Grund ungünstiger sozialer Bedingungen bekämpfen.

Die Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet.

SPD. Auf dem westfälischen Arbeitsmarkt hat sich in der letzten Woche die Zahl der Arbeitsuchenden nicht geändert; die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ging durchschnittlich um 1,3 Prozent zurück. Von den Erwerbslosen gehörten etwa zwei Drittel dem Baugewerbe an. Die Landwirtschaft zeigt infolge der günstigen Witterungsverhältnisse eine lebhafte Nachfrage nach Arbeitskräften. Im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau ist die Arbeitsmarktlage nach wie vor außerordentlich ungünstig. Infolge Betriebs einschränkungen auf den Schachtanlagen der Zeche Kaiserstuhl im Dortmunder Bezirk sind noch etwa 500 Mann zur Entlassung gekommen. Immerhin dürften die am Anfang des Jahres ermittelten Zahlen von rund 40 000 arbeitslosen Bergarbeitern im rheinisch-westfälischen Industriebezirk auch jetzt noch nicht überdeckt sein. Die Zahl der Feierlosen betrug in der Woche vom 24. bis 30. Januar wegen Absatzmangels 96 019, das sind arbeitsfähig 16 153, und wegen Betriebsstörungen 2123, das sind arbeits-

tätig 420. In der Hüttenindustrie hat die Arbeitsmarktlage eine geringe Besserung erfahren. Auch in den Kölner Werken wurden die Werkbeurlaubten wieder eingestellt.

Reparationszahlungen im Januar 1926.

Nach dem Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen wurden von diesem im Januar d. J. insgesamt 90,42 Mill. RM. und im zweiten Annahmsjahr als einschließlich 31. Januar 43,82 Mill. RM. vereinbart. Unter Berücksichtigung des Barbestandes des ersten Jahres (per 31. August 1925) ergibt sich demnach für den Generalagenten ein Gesamtbetrag von 131,14 Mill. RM. von Januar 1926 um 28,83 Mill. RM. An Zahlungen wurden im Januar d. J. insgesamt 89,38 Mill. RM. bzw. 454 Mill. RM. geleistet. Von diesen entfallen auf Zahlungen an die Märkte 79,07 (398,57) Mill. RM., darunter u. a. an Frankreich 46,45 (222,45) Mill. RM., Britisches Reich 18,65 (88,08) Mill. RM., Italien 2,36 (11,93) Mill. RM., Belgien 8,21 (4,01) Mill. RM. Der Rest der deutschen Auslandsanleihe von 1924 beansprucht 7,8 (41,6) Mill. RM. So verbleibt schließlich am 31. Januar d. J. auf Reparationskonto ein Barbestand von 34,83 Mill. RM.

Ausgestaltung der staatlichen Elektrizitätswirtschaft in Preußen.

Die preußische Regierung bereitet, nach Meldung der Konsumenten-Korrespondenz, einen Gesetzentwurf vor, der den Zweck hat, vom Staat finanzielle Mittel zur Ausgestaltung der in seinem Besitz befindlichen Kraftversorgungsbetriebe zu verschaffen. Das preußische Staatsministerium soll ermächtigt werden, daß mit einem Betrag von 33 815 000 Mark zu verwerben. Zur Begründung entwirft die preußische Regierung folgendes Programm:

- Eine weitere Zersplitterung namentlich auch beim Ausbau der noch nicht erschloßenen bedeutenden preußischen Wasser-, insbesondere Speicherkräfte, ist zu verhindern. 2. Durch Rationalisierung und große Zusammenschlüsse ist die Stromerzeugung den jeweils am wirtschaftlichsten arbeitenden Werken zu übertragen. 3. Auf der Grundlage ermächtigter Selbstosten, geringer Gewinnausschläge und möglichster Ausschließung unbilliger Zwischengewinne ist eine Verbilligung des Strombezuges herzuführen. 4. Die Benutzung der elektrischen Kraft ist weitgehend zu fördern, der Verbrauch zu heben, insbesondere sind auch die bisher unverSORgten preußischen Gebiete elektrowirtschaftlich zu erschließen. 5. Unter grundhaftriger Anerkennung der natürlichen Produktionsbedingungen der verschiedenen Wirtschaftsgebiete, d. h. ohne Beseitigung der Standortvorteile durch Einführung von Einheitsarten.

Der geforderte Betrag soll zur Entwicklung der eigenen und zur Beteiligung an anderen Werken verwendet werden. Derartige Beteiligungen des preußischen Staates an privaten Elektrizitätswerken sind ja bereits mehrfach erfolgt; z. B. die Beteiligung an den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken und an den Siemens-Elektrizitätswerken in Hamburg. Das schon dem preußischen Staate gehörige Elektrizitätswerk soll also rationalisiert und außerdem weiter ausgedehnt werden. Es ist aber bemerkenswert, was in der amtlichen Denkschrift über die Verwendung des Mehrertrages gesagt ist, den die geplanten Neuauflwendungen herbeiführen sollen. Danach sollen die staatsseigenen Betriebe durch Gewirtschaftung eines angemessenen Gewinnes zur Herabsetzung des Steuerbedarfs beitragen. Die Kosten der Stromerzeugung sollen zwar verdängt werden, aber die Verbilligung soll nicht voll in den Strompreisen zum Ausdruck kommen. Denn würde das der Fall sein, dann könnte man nicht mit Überschüssen rechnen, die eine beträchtliche Steigerung der Staatsauflwendungen bewirken, daß dadurch eine Steuerherabsetzung ermöglicht wird.

Die Entwicklung der ländlichen Sparkassen.

SAK. Das vierte Quartaljahr 1925 stand allgemein im Zeichen der Wirtschaftskrise, bei den ländlichen Sparkassen aber ist weiter eine günstige Entwicklung festzustellen. Es betragen nach einem Bericht des Statistischen Landesamtes bei den 346 Kassen:

	die Einzahlungen	die Rückzahlungen	das Einlegerguthaben
im Monat	in Tausend RM.	in Tausend RM.	in Tausend RM.
Oktober	66 776	8 861 428	17 155 3 727 471
November	60 593	8 315 749	17 848 3 722 516
Dezember	59 516	8 341 348	16 567 8 123 680
zusammen	188 913	26 518 625	55 560 15 573 647

Davon entfallen auf die Kreise

Bauten	14 981	2 063 963	3 631	703 045	8 256 395
Chemnitz	32 213	4 737 181	9 884	2 903 920	13 711 228
Dresden	52 180	8 498 054	19 733	3 010 484	16 913 283
Leipzig	63 305	9 639 306	24 223	6 063 263	24 820 320
Zwickau	24 286	3 580 004	7 889	1 958 255	10 804 190

Das auffallend starke Ansteigen der Rückzahlungen im Dezember steht mit dem Weihnachtsfest in Zusammenhang. Gegenüber dem Vorvierteljahr sind die Einzahlungen um rund 4 Mill. RM. und die Rückzahlungen um rund 5,5 Millionen RM. gestiegen, der Einzahlungsüberschuss bleibt insgesamt mit 10 944 878 RM. um etwa 1,3 Millionen RM. gegen das Vorvierteljahr zurück. Gegen das 4. Vierteljahr 1924 dagegen ist er um über 3 Millionen RM. gestiegen. Das Gesamtpotential der Sparte ist vom Ende des Vorvierteljahrs bis Ende Dezember um 11,4 Millionen RM. gewachsen und hierin liegt die eingangs festgestellte günstige Entwicklung des Sparvertrags auch in den Kreisen.

Über die Ergebnisse des ganzen Jahres gibt die nachstehende Übersicht Auskunft. Es betragen

i. Vierteljahr	die Einzahlungen	die Rückzahlungen	das Einlegerguthaben
1. Quartal	22 465 358	5 308 908	17 156 450
2. Quartal	24 044 352	8 591 023	15 453 329
3. Quartal	22 403 637	10 155 529	12 248 116
4. Quartal	26 518 525	15 573 647	10 944 878

1925 95 431 872 39 629 107 55 802 765 72 555 416

1924 24 611 633 8 947 638 15 003 995 16 618 946

Hier nach sind zwar die Rückzahlungen im Laufe des Jahres wesentlich stärker gestiegen, als die Einzahlungen, so daß der in den einzelnen Quartieren erzielte Einzahlungsüberschuss immer mehr zurückgegangen ist. Trotzdem aber kann das Ergebnis des ganzen Jahres 1925 noch als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden, wenn man die der Übersicht beigefügten Zahlen des Jahres 1924 damit vergleicht. Ist doch der Einzahlungsüberschuss 1925 mehr als doppelt so hoch wie der gesamte im Jahre 1924 eingezahlte Betrag und das Einlegerguthaben Ende 1925 sogar 4% mal so groß wie am Schlusse des Vorjahres.

Amtliche Preise der Produktionsbörsen.

Berlin.

Produkte	9. Februar
Weizen, märklicher	244—248
Roggen, märklicher	144—150
Gehir Sommer	168—196
" Futter	—
" Winter	140—158
Hafjer märklicher	155—166
Mais	—
Weizenmehl	32,25—35,50
Roggenmehl	22,00—24,00

Handelsrechtliches Lieferungsgebot (Berlin).

Weizen: März 267—268 50 Pf. Mai 275—274 (gestern Weizen: März 271—270 50. Mai 277,50—278).

Roggen: März 168—167. Mai 181—170 50.

Hafjer: März 172. Mai 170.

Mais: —.

Roggenmehl: —.

Metalle. Berlin, 9. Februar. Kupfer (Elektrolyt) 135,25.

Gerichtsaal.

Momentbilder.

Ein Rätsel. Vorl.: „Sie sind 40 Jahre alt, Glasgericht und haben einen großen Teil Ihres Lebens als Strafgefangener zugebracht. Julekt besaßen Sie sich 5 Jahre in der Nervenanstalt Waldheim. Sie sind Psychopath und erblith belastet. Am 20. Oktober 1925 haben Sie aus einem unverschlossenen Zimmer in der Schloßgasse eine Schultasche mit Büchern im Wert von 40 Mark gestohlen; die Bücher sind von Ihnen selbst dem Eigentümer wiederzugekehrt worden. Vier Tage später fuhren Sie einen Handkarren in Lindenauer einem Hof in einen anderen, um ihn zu veräußern. Weiter stahlen Sie 12 Tage später aus einem Auto am Willingsportplatz eine wertvolle Taschenuhr, gaben Sie aber gleich selbst wieder in einem Gasthof ab. Zu gleicher Zeit lauften Sie von einem unbekannten zwei gekohlten Paar orthopädische Stiefel für den geringen Preis von 8 Mark. Wegen der ersten beiden Diebstähle haben Sie sich noch einiger Zeit die Polizei selbst gestellt! Die Deale wollen Sie vor einem Unbekannten zur Aufbewahrung erhalten, die Stiefel rechtmäßig erworben haben.“

Urgell: „Ich befand mich nach meiner Entlassung im vorigen Herbst in großer wirtschaftlicher Not. Da ich bereits vor der Inflation eingesperrt war, konnte ich mich in die jetzt so veränderte Wirtschaftslage nicht hineinfinden. Auch stehe ich unmittelbar vor einer ethischen Verbindung. Ich bitte deshalb, mich aus der Haft zu entlassen.“

Verteidiger: „... unterstehen Sie den läblichen Vorwahldes Angeklagten, der in einer Ehe sich zu einem geordneten Leben zurückfindet will und entlassen Sie ihn aus der Haft...“

Der Sachverständige bezeichnete den Angeklagten als sehr intelligent und durchauszurechnungsfähig. (?) Die vier teilweise gänzlich unmotivierten Handlungen hätte der mutwillige Mensch nach dem Zuschreiben des Gesetzes mit mindestens zwei Jahren Zuchthaus büßen müssen, wie der Verteidige feststellte. Das Gericht verurteilte ihn, zum letzten Male Milderungsgründe zubilligend, zu einem Jahr Gefängnis. Der Haftbefehl bleibt aber bestehen; die geplante Ehe wird damit vorhindert. ... Zu wellem Glück?

Staatsgerichtshof.

Die erste Februarwoche brachte gleich drei Kommunistenprozesse vor dem ersten Senat des Staatsgerichtshofes. Im ersten Prozeß verteidigte man gegen den Ankläger Karl Braun aus Achsen „staatsschädliche Schriften“, wie Gumbels 2 Jahre Wörter, Hakenkreuz und Sowjetkarten. Nummer des satirischen Wissensblattes Antikrieg und der tschechischen Zeitung L'Humanité als Belastungsmaterial! Aber mußte man dafür einige Handarbeiten und 2 Bildchen gelassen, die man ebenfalls bei dem Angeklagten gefunden hatte. Daß Braun außerdem im geheimen M-Aparat der KPD bestätigte, glaubte der Reichsanwalt nicht weniger als 3 Jahre Zuchthaus beanspruchen zu müssen. Der Senat wortete die immer noch außerordentlich harte Strafe von 2 Jahren Gefängnis aus.

Technisch lag der Fall bei dem früheren Studenten Dietrich Wenz aus Gütersloh. Auch hier beantragte der Reichsanwalt 3 Jahre Zuchthaus. Das Gericht verhängte die hohe Strafe von 3½ Jahren Gefängnis, mußte dabei aber 1½ Jahre als durch die Untersuchungshaft verdacht entnehmen.

Der dritte Prozeß richtete sich gegen 5 Arbeiter aus Peine und Umgegend. Der Angeklagte Wallermann sollte mehrere Kommunisten zu terroristischen Taten angestachelt haben. So hat man das Gewerkschaftshaus in Peine mit den Bonsen!, wie man sich äußerte, in die Luft sprengen wollen. Der Reichsanwalt beantragte deshalb für Wallermann 3 Jahre Zuchthaus, doch lag das Gericht den idiosyncratic Beweisen nicht für erbracht an und stellte gegen den Angeklagten das Verfahren mangels Beweises ein. Da sich die übrigen vier Angeklagten aber mehr oder weniger in der militärischen Organisation der kommunistischen Partei beteiligt hatten, erhielten sie Strafen von 10 Monaten bis zu 2 Jahren Gefängnis.

Reichsgericht.

„Soldat und doch Revolutionär, Kriegserlebnisse aus meiner Soldatenzeit“ von Max Albert; Untertitel: Dem revolutionären Proletariat gewidmet, die Bourgeoisie wird wenig Freude daran haben! So betitelt sich eine Druckschrift, die die eitige Polizei vor einiger Zeit in den Räumen der Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten beschlagnahmt. In der Schrift war keine Angabe des Druckers und Verlegers verzeichnet. Als Verfasser glaubt man den kommunistischen Provinziallandtagsabgeordneten Heldemann

entdeckt zu haben. Die Staatsanwaltschaft beantragte Einziehung der Druckschrift, und fürlich beschäftigte sich auch der 4. Strafrenat mit dieser Anklage. Heidemann war geladen, doch ließ er durch einen Schriftsatz des Rechtsanwalts Samter erklären, daß er mit der beanstandeten Schrift nichts zu tun habe und auch nicht der Verfasser sei. Ebenso erklärte sich die Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten an dem beanstandeten Büchlein für desinteressiert. Die Kriegserlebnisse des Soldaten und Revolutionärs sind zunächst rein pacifistischem Sinne geschrieben. Doch werden in einem Schlusssatz Lehrer gezeigt, die nach der bisherigen Rechtsprechung des Staatsgerichtshofes und Reichsgerichts auf eine Fortsetzung der heutigen Staatsmacht hinziehen und der Vorbereitung eines Bürgerkrieges dienen sollen. Aus diesem Grunde kam der Senat zu dem Urteil, die Druckschrift einzuziehen und unbrauchbar zu machen, ein Schicksal, das sich in letzter Zeit mehrere ähnliche kommunistische Schriften gefallen lassen mußten. Die Methoden, Schriften, die der herrschenden Klasse unbehaglich waren, zu beschlagnahmen, wurde mit gleicher Eifer schon vor 100 Jahren geübt. Hat sie etwas genützt?

Eine Bagatelle beschäftigte dieser Tage fünf Reichsgerichtsräte und mehrere andere Personen in dritten Strafrenaten. In einer Zeitschrift befand sich ein angeblich unzüchtiges Bild, an dem irgend ein Stilistischschüler das vorchristmäßige Aberglaube genommen hatte. Daraufhin lief in Elberfeld — sonst nirgends in Deutschland — eine Anzeige ein. Der Bahnhofsbuchhändler, der dem unstilllichen Menschen die beanstandete Nummer der Zeitschrift verkauft hatte, mußte vor dem hochsteinischen Gericht erscheinen, um sich wegen Verhüllung unzüchtiger Abbildungen zu verantworten. Es stellte sich heraus, daß der vorstige Buchhändler seine Zeitschriften vorher der Polizei vorlegte, um so gesichert zu sein. Trotzdem verurteilte man ihn zu 50 Mark Geldstrafe. Das unverhältnismäßige Urteil gelangte bis zum Reichsgericht und wurde — zurückgewiesen. Die Bagatelle muß nun noch einmal verhandelt werden. Sieht das nicht einem Schildbürgerstreit recht ähnlich?

Derselbe Senat bestätigte in der gleichen Sitzung ein Todesurteil, und das war wahrlich keine Bagatelle! Der Flehdüter und Nachwächter Hans Karow hatte im vorigen Jahr bei Torgau einen Mann aus dem Rheinland erschossen, um in ihm einen unbehaglichen Zeugen aus der Welt zu schaffen, der in einer Angelegenheit auslagen sollte, in der Karow bestraft worden wäre. Hier wurde die Revision des Angeklagten verworfen und das Todesurteil des Schwurgerichts Torgau bestätigt.

Gemeinsames Schössengericht.

Eine Szene vom Schlachthof spielte sich dieser Tage in teilweise dramatisch bewegten Formen vor Gericht ab. Der Gelegenheitsverkäufer Martin Kreße kaufte eine Kugel zwei Kühe, ohne das dazu nötige Geld zu bezahlen. Dem Verkäufer erklärte er, die Kühle koste für 25 Mark pro Zentner weiterverkauft zu haben; die Summe hätte er sich inzwischen von dem Viehkommissar Scherer gegen eine falsche Rechnung auszuhändigen lassen. Nach einigen Tagen verkaufte Kreße dann die Kühle für 30 Mark pro Zentner tatsächlich weiter und operierte dabei auch noch mit der Fälschung einer an und für sich richtigem Rechnung, um noch mehr Vermittlungsgebühren außer dem festen Verdienst herauszuholen. Der Zeuge Goldk, der von Kreße um den wirklichen Marktwert der beiden Kühe betrogen worden war, glaubte vor Gericht wie in einer Schlachthofskiste randaliert zu können. Die auf dem Schlachthof gebräuchlichen etwas rauh anmutenden Sitten dokumentierten sich bei dem Zusammenspiel zwischen Donnern und Angeklagten so drastisch, daß der Vorsitzende den Goldk zur Tür hinaustreten lassen mußte. Kaum war dieser Betrugssal erledigt, so mußte sich Kreße wegen Diebstahl verantworten. Eines Tages gingen der Angeklagte und ein Zigarettenfabrikant auf der Landstraße. Beide waren anscheinend sinnlos betrunken. Deshalb ließen sich die nun folgenden Ereignisse nicht mehr reizlos ausfläuren. Der eine hat sich gebrochen, der andere verlor seinen Hut; dann haben sich beide ancheinend aus lauter Freundschaft gebüßt. Später war ein Zigarettenrat verschwunden, und das zu guter Letzt aber doch wieder. Über die Brieftafel des Fabrikanten mit 152 Mark Inhalt war wie vom Erdboden weggesetzt, trotzdem blieb die längere Zeit danach lückenlos. Kreße bestreit vor Gericht entschieden, die Brieftafel mit dem Geld gestohlen zu haben. Man sah aber seine Schuld als erwiesen an und verurteilte ihn wegen Betrug, Urkundfälschung und Diebstahl zu 1 Jahr 2 Monaten 2 Wochen Gefängnis.

Von Nah und Fern.

Sieben Arbeiter vom Eisenbahngüte zerstört.

WTB, Oberhof, 10. Februar. Heute stürzte gegen 15 Uhr fuhr im Tunnel bei Oberhof ein Arbeitzug in etwa 80 mit Gleisarbeiten beschäftigte Arbeiter, die das Herannahen des Zuges insoweit starke Nebel nicht wahrnahmen konnten. Nach den amtlichen Angaben wurden sechs Arbeiter getötet, sechs leicht und einer schwer verletzt.

Eva de Putti's Abschied von Berlin.

Die Filmschauspielerin Eva de Putti, den Leipziger u. a. bekannt durch den gegenwärtig laufenden Film „Barbiere“, hat Berlin ebenso plötzlich wie stillschweigend verlassen. Ihr Filmmaterial war ihr zu klein, wenigstens wesentlich kleiner als ihre Ansprüche an das Leben. So kam es, daß sie bei einem gelegentlichen Überblick über ihre Altväter und Passiva ein Manso von 100 000 Mark entdeckte. Was tun? Fort über den Ozean! Hat doch schon mancher, der sich hier nicht halten konnte, darüber gefunden, was er braucht. Die Filmindustrie hat sich über Paris nach Cherbourg vergeben, um dort aus mit dem Dampfer Majestic die Überfahrt nach Amerika anzutreten. — Neben die Begleichung der Altväterstände der bekannten Diva dürfte man sich vielleicht noch einige Zettel den Kopf zerbrechen. Es gibt allerdings auch Leute, die behaupten, die 100 000 Mark Schulden seien gar keine richtigen Schulden, sondern nur aus Neidsegenringen singiert.

Ein Dampfschiff für 100 Passagiere.

Nach Berichten aus New York soll demnächst in Amerika ein Riesenluftschiff gebaut werden, das sowohl an Größe wie an Fahrtgeschwindigkeit alle bisherigen Zeppeline übertrifft wird. Das Schiff soll in zwei Tagen den Atlantischen Ozean überqueren. Es soll dreimal soviel Gas wie die „Savannah“ oder die „Los Angeles“ fassen und 200 Fuß länger sein. Das Schiff soll „Goodyear Zeppelin I“ heißen und 100 Passagiere mit Gepäck und Nahrung befördern.

Bergmannstor.

Budapest, 9. Februar. In Salgotrajan hat sich gestern infolge des Ausströmens von Gas ein schweres Grubenunglück ereignet. Fünf Arbeiter, die in eine neue Grube bei Salgotrajan hinaufgestiegen waren, wurden durch das aus dem Grundwasser austretende Gas getötet.

Vier Knaben verschüttet.

Köln, 9. Februar. In dem Vorort Ossendorf wurden gestern vier Knaben beim Spielen in einer Kiesgrube von einkündigenden Kiesmassen erstickt. Die Leichen sind heute morgen aufgefunden worden.

Ein Prozeß mit 525 Zeugen.

Am Montag, dem 22. Februar, beginnt in Berlin einer der größten Prozesse. Er richtet sich gegen den Leiter der Erziehungsanstalt Berlin-Lichterfelde, Freiherrn von Vilzow. Der Prozeß soll bis Ende März dauern. Die Gerichtsbehörde richtet sich demgemäß auf eine Prozeßdauer von zwei bis drei Monaten ein. Von der Anklage sind 375 Zeugen, von der Verteidigung 150 geladen. Der Angeklagte, Freiherr von Vilzow, der seit 1½ Jahren in Untersuchungshaft steht, wird beaufsichtigt, in 75 Fällen gegen seine Pflichten als Erzieher verzehrt und sich an einem Schüler geschlechtlich vergangen zu haben.

Über drei Monate tot in der Wohnung?

In einem Hause der Fürstenbergerstraße im Norden Berlins ereignete sich etwas, das nur in den größten Großstädten oder den weltverlorenen Winkelchen sich ereignen kann. In dem bezeichneten Hause, eine Mietfaaker größten Ausmaßes, wohnte eine 50 Jahre alte Witwe namens Spiller. Sie lebte schen und zurückgezogen. Gestern wollte ihr Neffe sie besuchen und fand sie tot und durch den bereits stark fortgeschrittenen Verwesungsprozeß bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Im Briefkasten befanden sich noch Briefe, datiert vom 31. Oktober. Ob die Frau seit dem 31. Oktober tot ist oder durch Krankheit oder andere Gründe an der Decke an der Decke des Briefkastens verhindert wurde, muß die nähere Untersuchung ergeben. Es ist kaum anzunehmen, daß den Mitbewohnern des Hauses der Tod der Frau verhindert geblieben wäre, wenn ihre Leiche über drei Monate in dem Zimmer gelegen hätte. Der Verwesungsgeruch hätte ihnen verraten müssen, daß in der Wohnung der Verstorbenen irgend etwas nicht in Ordnung ist, zumal wir in all der Zeit seit dem 31. Oktober mehr warme als frostschwere Tage hatten.

Familien-Nachrichten

Nach langem schwerem Leiden verstarb am 8. Februar unter lieber Turn- und Sportgenossen **Hermann Fischer** im Alter von 33 Jahren. Sein aufrichtiger Charakter sowie sein reges Schaffen für unsere Sache schenkt ihm ein ehrendes Andenken.

Freie Turnerschaft L.-Möckern, e. V. Zur Einäscherung treffen sich die Turngenossen Donnerstag um 1 Uhr am Edvardsthal.

Um 8. Februar verstarb nach langem, schwerem Leiden unsere liebe Turngenossin **Ida Strözel** im blühenden Alter von 34 Jahren. Wir rufen für die langjährige Treue ein letztes Freiheit nach.

Turn- u. Sport-Verein Eiche-Süd und Turnerinnen-Abteilung. Die Etsig feiert Freitag 9 Uhr an der Schule.

Allen denen, welche mir und meinen Kindern in diesen schweren Tagen, welche uns durch den Verlust unseres unvergleichlichen Mannes und Vaters **Josef Hermann** durch Wort und Tat zur Seite standen, strecken wir hiermit unsern innigsten Dank aus.

Anna vorw. Hermann
Marie, Max, Hildegard u. Karl als Kinder.
Bruno Bennewitz u. Frau
Liddy geb. Pötzsch.

Dank Hierdurch sagen wir allen, die beim Ableben meiner lieben Gattin, unserer guten Mutter, Tochter, Schwester, Schwagerin, Tante und Großmutter, Frau **Marie Minna Rausch geb. Becker** uns durch Kranzpende und letztes Geleit innige Teilnahme kundgegeben haben, herzlichsten Dank. Aber Dir, liebe Mutter, ruhen wir ein Habe Dank und Ruhe sanft in Dein allzufreies Grab nach.

Leipzig-Großzschocher, den 10. Februar 1926

Otto Rausch und Kinder
nebst Hinterbliebenen

Gemeinschaft Broterkrüppel Freidenker

Müller-Moser
Ortsgruppe Leipzig-Ost

Neue Feuerbestattungsstätte organisierter Freidenker

Leipzig, C. B. Verwaltungsstelle Leipzig-Ost

Hauptgeschäftsstelle: Neustädter Markt 1.

Das am Montag in der 2. B erschienene Inserat ist ohne unser Willen von kommunistischer Seite eingerückt worden. Unsere außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

findet Donnerstag, den 11. Februar, abends 18 Uhr, in den Reichssälen, 2. Volkssäle, Elizabetthstr. 7 statt.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Hauptversammlung. 2. Bericht über den derzeitigen Stand der NFBK und Neuwahl der Ortsverwaltung.

Ohne Mitgliedsbuch der G. B. K. und Mitgliedsliste der Feuerbestattungsstätte kein Zutritt. Erhältlich vollständig.

Den Vorstand. 3. A. Hanisch.

Amtliche Bekanntmachungen.

Fensterglas
Bilderglas
Spiegelglas
Glaskästen
und Aquarien-Zubehör aller Art billig bei

A. Glaschker
Tauchaer Str. 26
Volksszeitung gegenüber

Sprechapparate
Schallplatten
kaum billiger als die neueste Schallplatte, eben auch Zeitungslieferung
Musikhaus Franke

Rabet 44

Die Zulassungsberechtigung vom R. U. Kraatz III 8963 des Schneiders Kurt Franke, in Leipzig-Schönfeld, Heinrichstr. 12 III ist seit 10. Dezember 1925 verloren gegangen.

Zur Verbüttung von Altbauholz wird diese Zulassungsberechtigung hiermit für ungültig erklärt.

Leipzig, den 5 Februar 1926.

Das Polizeipräsidium

Verkehrsabteilung

Markranstädt. Offizielle Bekanntmachung

findet Freitag, den 12. Februar 1926, abends 18 Uhr, im Sitzungszimmer Weißbachweg Nr. 1, statt — Die Tagesordnung hängt im Rathaus aus.

Markranstädt, 8. Februar 1926.

Großdruckerei

Offizielle Bekanntmachung am Donnerstag, den 11. Februar 1926, abends 18 Uhr.

Tagesordnung: 1. Darlehenaufnahme für

Holzbauvorfinanzierung; 2. Übernahme der

Krankenversicherungsbeiträge für Hilfsbedürftige; 3. Bewilligung der Mittel

für die an Gewerbeslosen zu leistenden

Sonderunterstützungen; 4. Einführung der

Ruhelohnordnung für Gemeindearbeiter.

— Hierauf: Geheimer Rat.

Großdruckerei

Offizielle Bekanntmachung

findet Freitag, den 12. Februar 1926, abends 18 Uhr.

Tagesordnung: 1. Darlehenaufnahme für

Holzbauvorfinanzierung; 2. Übernahme der

Krankenversicherungsbeiträge für Hilfsbedürftige;

3. Bewilligung der Mittel

für die an Gewerbeslosen zu leistenden